RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Aurelia Frick

Das Ressort Äusseres war im Berichtsjahr 2010 sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene sehr aktiv. Auf multilateraler Ebene standen Fragen der Gouvernanz, der Positionierung Liechtensteins im Allgemeinen, der Zusammenarbeit mit Allianzpartnern, der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs und der liechtensteinischen aussenpolitischen Prioritäten generell im Vordergrund.

Im Rahmen der Europäischen Integration war das Ressort wieder intensiv mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt.

Im Bereich der Menschenrechte erstellte das Ressort Äusseres diverse Berichte und koordinierte deren Präsentation vor den jeweiligen Ausschüssen. Es fand auch eine Reihe von ämterübergreifenden Sitzungen sowie von Treffen mit Nicht-Regierungsorganisationen statt.

Liechtenstein wendete insgesamt 26.6 Mio. CHF für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) auf. Der Jahresbericht für das Jahr 2009 wurde verabschiedet. Zudem wurde eine IHZE-Homepage erstellt. Auf www.llv.li/ihze können aktuelle Nachrichten und Informationen abgerufen werden.

Der Besuch von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bildete den Höhepunkt des Jubiläums «20 Jahre UNO-Mitgliedschaft Liechtensteins».

Auch Themen des Finanzplatzes beschäftigten das Ressort Äusseres bzw. die im unterstellten Stellen in beträchtlichem Ausmass.

Die bilateralen Beziehungen insbesondere zu den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie zu Deutschland wurden weiter gepflegt und vertieft. Zahlreiche Besuche aus dem Ausland und im Ausland zeugen von der Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten. In den USA konnten zwei weitere Honorarkonsulate eröffnet werden. Per Ende 2010 sind 79 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein akkreditiert. Zudem sind 9 Berufskonsularbeamte und 27 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestallt. Neu wurden direkte diplomatische Beziehungen mit den Malediven, Singapur und St. Kitts und Nevis aufgenommen.

Europäische Integration

Im Bereich der Europäischen Integration war das Ressort weiterhin mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt. Es bereitete den Bericht und Antrag für die am 19. März unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 sowie die dazugehörige Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft vor. Das Ressort war wie bisher durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in der Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten.

Finanzplatz

Im Berichtsjahr wurden Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland geführt. Liechtenstein nahm wieder an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) teil. Zudem wurden im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich des Informationsaustausches in Steuersachen die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen über das Ressort bereitgestellt.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten wieder zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Ressorts. Die internationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Das Ressort nahm auch am 12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege in Salvador (Brasilien) teil. Auch die 19. Session der UNO-Kommission der für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, die unter dem Motto «Schutz vor illegalem Handel von Kulturgütern» stand, sowie das 5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention) wurde wahrgenommen. Das Amt nahm ebenso an der Konferenz zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie in Wien teil. Es konnte auch der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 beendet werden. Das Übereinkommen trat für Liechtenstein am 7. August in Kraft.

Menschenrechte

Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der internationalen Menschenrechtsinstrumente koordinierte das Ressort im Januar die Präsentation des ersten Länderberichts über die Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Kinderrechtsübereinkommen der UNO betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten und präsentierte im Mai den dritten Länderbericht unter dem Antifolter-Übereinkommen der Vereinten Nationen vor dem Ausschuss gegen die Folter. Auf der Grundlage des Berichts und des zweitägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, welche vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten weiterbearbeitet wurden. Das Ressort beantwortete zudem die ausführliche Frageliste des UNO-Ausschusses zum Frauenrechtsübereinkommen im Rahmen der vierten

Berichterstattung Liechtensteins über die Umsetzung des Übereinkommens. Die Antworten dienten dem Ausschuss als Vorbereitung auf die Behandlung des liechtensteinischen Berichts im Januar 2011. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter www.liechtenstein.li (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener Übereinkommen im Menschenrechtsbereich konnte das Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats ratifiziert werden.

Auf internationaler Ebene erfolgte die Teilnahme an einer Reihe von Konferenzen und Treffen zu Menschenrechtsfragen. Zudem wirkte das Ressort Äusseres über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in diversen Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Bereits zum zweiten Mal lud das Ressort im Berichtsjahr die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zu einem Treffen ein, an welchem ein Dialog über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen geführt wurde.

Jubiläum 20 Jahre UNO-Mitgliedschaft

Am 18. September 1990 stimmte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) der Aufnahme des Fürstentums Liechtenstein als 160. Mitglied zu. Im Berichtsjahr konnte Liechtenstein daher seine 20jährige UNO-Mitgliedschaft feiern. Die Aktivitäten aus Anlass des Jubiläums in Liechtenstein, mit welchen die liechtensteinischen Prioritäten an der UNO einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten, wurden vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten koordiniert und zu einem grossen Teil auch organisiert. Am 6. Mai informierte Regierungsrätin Aurelia Frick die Medien an einer Pressekonferenz über die geplanten Aktivitäten. Für die Zeit von Mitte August bis Anfang Oktober wurde ein UNO-Weg erarbeitet, welcher auf dem Peter Kaiser-Platz Liechtensteins Engagement bei der UNO auf zwölf Tafeln in deutscher und englischer Sprache präsentierte. Dieser UNO-Weg wurde den Medien am 18. August 2010 durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick präsentiert. Für die Landesverwaltung und für interessierte Schulklassen wurden durch das diplomatische Personal des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten mehrere Führungen angeboten. Vom 27. August bis am 5. September konnte die von Frau Laura Hilti im Rahmen des UNO-Jubiläums organisierte Ausstellung «Those Dancing Days (Are Gone)» in der Galerie Domus in Schaan besichtigt werden. Als Höhepunkt des Jubiläumsjahrs besuchte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon am 1. September Vaduz. Am 16. September fand im Foyer des Vaduzer Saals der eigentliche Festakt zum Jubiläum statt. S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein, die erste liechtensteinische Botschafterin bei der UNO in New York, Claudia Fritsche, und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hielten Festansprachen, welche von einem Streichquartett der liechtensteinischen Musikschule umrahmt wurden. Schliesslich konnte in Zusammenarbeit mit dem Takino in Schaan aus Anlass des Jubiläums eine Filmreihe realisiert werden. Zusätzlich zu diesen Veranstaltungen wurde jeweils eine Interview-Reihe in beiden Landeszeitungen und ein Artikel in der Mitarbeiterzeitschrift der Landesverwaltung «Flip» realisiert werden.

Bilaterale Beziehungen zur Volksrepublik China

Am 14. September wurde des 60-jährige Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Fürstentum Liechtenstein gedacht. Aus diesem Anlass fand am 14. September ein Telegrammaustausch auf Ebene der Staatsoberhäupter sowie der Aussenminister statt.

Zudem luden Regierungsrätin Aurelia Frick und der für Liechtenstein zuständige Generalkonsul der Volksrepublik China in Zürich, Liang Jianquan, am 13. September zu einem gemeinsamen Empfang im Guido-Feger-Saal in Triesen ein.

Aus Anlass der Teilnahme Liechtensteins an der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai reisten im Berichtsjahr drei hochrangige liechtensteinische Delegationen nach China und verbanden den Besuch der EXPO mit bilateralen Gesprächen in Peking.

Vom 17. bis am 20. Mai weilte Regierungsrätin Aurelia Frick für einen bilateralen Besuch in China. Im Anschluss an ihren Aufenthalt in Shanghai führte sie in Peking Gespräche mit dem Stellvertretenden Kulturminister Wang Wenzhang, der Stellvertretenden Aussenministerin Fu Ying und dem Stellvertretenden Justizminister Sujun Zhang. Regierungsrätin Aurelia Frick war das erste Regierungsmitglied Liechtensteins, welches China einen offiziellen Besuch abstattete.

Zum liechtensteinischen Nationentag an der Weltausstellung in Shanghai am 1. September reisten S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Klaus Tschütscher gemeinsam mit einer Delegation hochrangiger Wirtschaftsvertreter nach China. Im Vorfeld des Besuchs in Shanghai fanden bilaterale Gespräche in verschiedenen Ministerien in Peking statt. Als Höhepunkt der Termine in Peking wurde die liechtensteinische Delegation vom chinesischen Vize-Staatspräsident Xi Jinping empfangen. Bei diesem Anlass wurde auch ein Memorandum of Understanding zwischen Liechtenstein und China betreffend die Anerkennung des marktwirtschaftlichen Status Chinas durch Liechtenstein unterzeichnet.

Zum Abschluss der EXPO in Shanghai reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer am 27. September mit einer Wirtschaftsdelegation nach China. Schwerpunkte des Programms waren Besuche bei Niederlassungen liechtensteinischer Firmen, Gespräche mit chinesischen Unternehmen in Shanghai, die Teilnahme an der Abschlussveranstaltung der EXPO sowie politische Gespräche in verschiedenen Ministerien in Peking.

Liechtensteinische Honorarkonsulate in den USA
Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Honorarkonsulate in den USA errichtet werden. Neben einem Honorarkonsulat in Georgia und einem in Kalifornien verfügt Liechtenstein nun auch über Honorarkonsulate in den US-Bundesstaaten Oregon und Michigan.

In Portland im US-Bundesstaat Oregon eröffnete Regierungsrätin Frick in Anwesenheit von Botschafterin Claudia Fritsche und Botschafter Roland Marxer am 24. März das dritte Honorarkonsulat Liechtensteins in den USA. Frau Mary Jean Thompson wurde während des Festaktes im Kunstmuseum von Portland zur liechtensteinischen Honorarkonsulin bestellt. Sie vertritt nun liechtensteinische Interessen in Oregon und weiteren Teilen des Nordwestens der USA. Weitere Programmpunkte in Portland umfassten ein Zusammentreffen mit dem Bürgermeister sowie einen Vortrag im Rahmen des vom Portland Women's Forum zu Ehren der Regierungsrätin veranstalteten Mittagessens. Anschliessend besuchte die Regierungsrätin das liechtensteinische Honorarkonsulat in Los Angeles. Im Rahmen des Programms, welches vom dortigen liechtensteinischen Honorarkonsul Leodis Matthews organisiert worden war, hielt Regierungsrätin Frick eine Rede vor dem Los Angeles Consular Corps über die Geschichte Liechtensteins sowie über Liechtenstein als Industriestandort und Finanzplatz und die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA. Der Besuch von zwei kulturellen Institutionen sowie ein von Honorarkonsul Matthews und seiner Gattin gegebener Empfang zu Ehren der Regierungsrätin bildeten den Abschluss der Reise.

Anlässlich einer offiziellen feierlichen Zeremonie überreichte Regierungsrätin Aurelia Frick am 12. Dezember in Chicago dem neuen liechtensteinischen Honorarkonsul, Paul Donahue, die Bestallungsurkunde. An der Zeremonie nahmen viele hochrangige Persönlichkeiten von Chicago aus Politik, Wirtschaft und Kultur teil. Regierungsrätin Aurelia Frick nutzte den Aufenthalt in Chicago auch, um einen Vortrag vor Wirtschaftsvertreterinnen zu halten. Sie sprach über die aussenpolitischen Prioritäten Liechtensteins und die spezifischen Herausforderungen der Globalisierung.

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)
Die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR verlief ohne grössere Vorkommnisse. Im ersten Halbjahr hatte Liechtenstein den Vorsitz der EFTA-Staaten inne. Nach allgemeinem Bekunden funktioniert die Zusammenarbeit gut, jedoch begegnet Liechtenstein bei der integralen Übernahme des EWR-Acquis grösseren Schwierigkeiten als andere Mitgliedsstaaten. Dies lässt sich auf die Spannungen zwischen dem unveränderten EWR-Abkommen und dem sich ständig weiterentwickelnden EU- Primärrecht zurückführen. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat die Interessen des Landes an beiden jährlichen EWR-Ratssitzungen. Dabei wurden insbesondere die schnelle Umsetzung und Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften in Liechtenstein an die Entwicklung des EU-Rechts hervorgehoben.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)
Das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten konnte weiter ausgebaut werden. Am 1. Oktober trat das Freihandelsabkommen mit Serbien und am 1. November dasjenige mit Albanien in Kraft. Bei den bereits unterzeichneten Abkommen mit den Golfkooperationsstaaten (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) und Kolumbien fehlt hingegen noch die Ratifikation in den Partnerstaaten, weshalb diese Abkommen erst 2011 in Kraft treten. Ausserdem konnten am EFTA-Ministertreffen vom 24. Juni in Reykjavik/Island mit zwei weiteren Freihandelsabkommen mit der Ukraine und Peru weitere Märkte für die liechtensteinische Wirtschaft zugänglich gemacht werden. Somit umfasst das EFTA-Netzwerk nun 22 Freihandelsabkommen mit 31 Ländern.

Am Herbstministertreffen vom 23. November in Genf begannen die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan, was die zunehmende Wichtigkeit asiatischer Märkte aufzeigt. Liechtensteinische Wirtschaftskreise zeigten grosses Interesse.

Im November fand bereits die sechste Verhandlungsrunde über ein Freihandelsabkommen mit Indien statt, welches prioritär behandelt wurde. Mit Hongkong soll die letzte Verhandlungsrunde im Februar 2011 stattfinden. Im Juli konnte ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Indonesien lanciert werden. Weitere Verhandlungen sollen im Februar 2011 folgen. Mit Vietnam wurde im Juni eine gemeinsame Machbarkeitsstudie ausgearbeitet. Mit Malaysia wurde im Juli eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet. Im südostasiatischen Raum sollen auch die Philippinen in naher Zukunft dazu stossen. Mit Thailand wurden die laufenden Verhandlungen aufgrund der politischen Lage sistiert.

Auf dem Balkan gehören weiter Bosnien-Herzegowina sowie Montenegro zum Intressentenkreis für ein Freihandelsabkommen. In Zentralamerika konnte mit Panama eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet werden. Bereits bestehende Abkommen mit Südkorea, Kanada, der Mongolei, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Singapur, Mexiko und Marokko konnten weiterentwickelt werden.

Welthandelsorganisation (WTO)
Im Mittelpunkt standen nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der Doha- Welthandelsrunde. Seit Beginn der Verhandlungen im Jahre 2001 konnte, aufgrund der Nord-Süd-Konfrontation in Agrar- und Güterverhandlungen sowie des fehlenden politischen Willens, kein Durchbruch erzielt werden. Zentrale Inhalte der laufenden Runde sind die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des

WTO-Regelwerkes. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein der «Gruppe 10» an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt. Die Welthandelsrunde soll Ende 2011 erfolgreich abgeschlossen werden. Bis dahin müssen die führenden Handelsnationen ihre Vorbehalte minimieren. Liechtenstein wird versuchen, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Abschluss beizutragen.

Europarat

Am 18. und 19. Februar nahm Regierungsrätin Aurelia Frick in Interlaken in ihrer Funktion als Aussen- und Justizministerin an einer hochrangigen Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) teil. Begleitet wurde sie vom Ständigen Vertreter Liechtensteins beim Europarat, Botschafter Daniel Ospelt, sowie von seinem Stellvertreter, Dominik Marxer. Das Ziel der Konferenz war die Bekräftigung der Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Schutz der Menschenrechte in Europa sowie der Entschlossenheit, dem EGMR als wichtigstem Bestandteil dieses Schutzmechanismus die Bewältigung der steigenden Zahl der Beschwerden zu ermöglichen. Als Höhepunkt der Konferenz verabschiedeten die Mitgliedstaaten am 19. Februar eine Politische Erklärung und einen Aktionsplan, durch welchen weitere, dringend notwendige Schritte zur Reform des Gerichtshofs eingeleitet wurden. Regierungsrätin Aurelia Frick nutzte die Teilnahme an der Konferenz auch für Gespräche mit hohen Vertretern der Institutionen des Europarats sowie mit Amtskolleginnen und –kollegen aus anderen Mitgliedstaaten des Europarats.

Unter dem Vorsitz der Schweiz fand am 11. Mai in Strassburg die 120. Ministersession des Europarates statt. Hauptthema waren die Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz, sowie die Rolle des Europarates bzgl. Bosnien-Herzegowinas. Darauf folgend wurde der Vorsitz der Schweiz im Ministerkomitee an die «Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien» übergeben. Bereits zu Anfang des Jahres war beschlossen worden, den Europarat zu reformieren. Die Reform soll auf folgenden Säulen stehen: effizientere Verwaltung, weitere Strukturreformen sowie Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR).

Mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz ist derzeit auf Expertenebene vor allem das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) sowie die zu diesem Thema geschaffene Arbeitsgruppe beschäftigt. Liechtenstein engagiert sich in beiden Gremien für das Vorantreiben der Reformbemühungen.

Die Unterstützung von Projekten zur Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte vier Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 170'000. Die Regierung genehmigte Beiträge für das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 37'500), für vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/ Transnistrien (CHF 37'500), für die Unterstützung der Volksabstimmung zur Abänderung der Verfassung und der vorgezogenen Parlamentswahlen in Moldau (CHF 45'000) sowie für die Akademie für Kommunalverwaltung (School of Local Democracy) im westlichen Balkan (EUR 50'000).

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien

Die Arbeit der Ständigen Vertretung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien war von den Vorbereitungen für das hochrangige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 56 OSZE-Teilnehmestaaten in Astana, Kasachstan, vom 31. November bis 1. Dezember 2010 geprägt, welches elf Jahre nach dem letzten derartigen Treffen stattfand. Es wurden insbesondere Verpflichtungen in Bezug auf die menschliche Dimension eingegangen. Liechtenstein war durch Regierungschef Klaus Tschütscher vertreten.

Im Vorfeld zum Gipfeltreffen wurde eine Konferenz zur Überprüfung der Tätigkeiten der OSZE abgehalten. Diese Konferenz war in drei Teile gegliedert. Vom 30. September bis 8. Oktober fanden in Warschau Sitzungen zur menschlichen Dimension statt. Vom 18. bis 26. Oktober wurden in Wien die politisch-militärische sowie die wirtschaftlich-ökologische Dimension behandelt. Anschliessend stand beim dritten Teil der Konferenz vom 26. bis 28. November in Astana abermals die menschliche Dimension im Mittelpunkt. Liechtenstein war an allen drei Teilen der Überprüfungskonferenz vertreten.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Die Tätigkeit der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen (UNO) in New York konzentrierte sich auf die Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) und die humanitäre Hilfe sowie auf finanzplatzrelevante Entwicklungen. Als Höhepunkt der Arbeiten präsidierte Botschafter Christian Wenaweser die Überprüfungskonferenz zum ICC-Statut in Kampala (Uganda). Regierungschef Klaus Tschütscher nahm am UNO-Gipfeltreffen zur Umsetzung der Milleniums-Entwicklungsziele bis 2015 teil. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung. Sie wurde von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags begleitet.

Das Thema Steuertransparenz blieb weiterhin aktuell. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an den Arbeiten der 3G («Global Governance Group»), die sich insbesondere in finanzrelevanten Bereichen um die Einbeziehung von Nichtmitgliedern der G20 in die Prozesse einsetzt. Im Rahmen der umfassenden Überprüfung der Taliban/Al-Qaida-Sanktionenliste des Sicherheitsrates wurden die letzten verbliebenen liechtensteinischen Gesellschaften von der Liste gestrichen. Liechtenstein

steht somit auf keiner Sanktionenliste des UNO-Sicherheitsrats mehr.

Im Bereich der Menschenrechte wurde besonderes Gewicht auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau gelegt. Die Generalversammlung verabschiedete dazu einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der Ständige Vertreter Liechtensteins sowie der Ständige Vertreter Marokkos wurden mit der Leitung der New Yorker Überprüfung des Statuts des Menschenrechtsrates (MRR) betraut.

Aus völkerrechtlicher Perspektive konnte an der Revisionskonferenz in Kampala zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC) unter liechtensteinischer Verhandlungsleitung unerwartet ein Kompromiss zur Definition des Verbrechens der Aggression gefunden werden.

Am 31. Mai reiste Regierungsrätin Aurelia Frick zur ersten Überprüfungskonferenz des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) nach Uganda. Dort diskutierten die 111 Vertragsparteien des ICC und rund 1000 andere Teilnehmer unter dem Vorsitz des liechtensteinischen Botschafters Christian Wenaweser über die Zukunft der Internationalen Strafjustiz. Im Verlaufe der Konferenz hielt die Aussenministerin Unterredungen mit UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, dessen Vorgänger Kofi Annan sowie mit dem Chefankläger des ICC, Luis Moreno Ocampo. Sie traf unter anderem auf Amtskollegen aus Norwegen, Italien und Luxemburg sowie auf prominente Fürsprecher der internationalen Strafgerichtsbarkeit wie Bianca Jagger sowie den letzten noch lebenden Ankläger der Nürnberger Tribunale, Ben Ferencz. Auf Einladung des ugandischen Präsidenten Yoveri Museveni nahm Regierungsrätin Frick an einem Staatsdinner teil.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, war aus Anlass des Jubiläums zur 20-jährigen UNO-Mitgliedschaft am 1. September zu Besuch in Liechtenstein. Es war der zweite Besuch eines UNO-Generalsekretärs in der Geschichte Liechtensteins. Während seines Aufenthaltes traf Ban Ki-moon mit S.D. Fürst Hans Adam II. sowie mit Regierungschef Stellvertreter Martin Meyer und mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu Gesprächen zusammen. Der Generalsekretär hielt ausserdem im Rathaussaal in Vaduz einen Vortrag zum Thema «Global Governance». Mit einem Abendessen auf Schloss Vaduz fand der Besuch seinen feierlichen Abschluss.

Vom 24. bis 28. September hielt sich Regierungsrätin Aurelia Frick in New York auf, um an der Generaldebatte der UNO-Generalversammlung teilzunehmen. Sie nutze Ihren Aufenthalt zur Teilnahme an der jährlichen Strategiesitzung der «Global Governance Group» (3G) unter dem Vorsitz des Aussenministers von Singapur, ausserdem hielt sie einen Vortrag an der Princeton University zur Rolle der Frau in der internationalen Politik.

Am 25. September traf Aurelia Frick den tschechischen Aussenminister Fürst Karel von und zu Schwarzenberg zu einem Gespräch. Das Treffen diente einem Rückblick auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Tschechischen Republik seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 8. September 2009 und der formellen Ernennung der Mitglieder in der gemeinsamen Historikerkommission. Ebenfalls an diesem Tag fand unter dem Vorsitz der ehemaligen irischen Präsidentin Mary Robinson und in Anwesenheit von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ein Ministertreffen zur Stärkung der Rolle und des Schutzes von Frauen in Konfliktsituationen statt. Weiters traf Regierungsrätin Aurelia Frick ihre Amtskollegen aus Costa Rica, Kanada, Bahrain und Jordanien zu bilateralen Gesprächen.

Ihre Rede vor der UNO-Vollversammlung hielt Aussenministerin Aurelia Frick am 28. September. Weiters standen noch Gespräche unter anderem mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Asha-Rose Migiro auf dem Programm.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Der Menschenrechtsbereich und insbesondere die Arbeiten des UNO- Menschenrechtrates standen im Zentrum der Aktivitäten der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei den Vereinten Nationen in Genf. Der Menschenrechtsrat trat zu drei ordentlichen Sessionen, zwei Sondersessionen (über die Lage in Haiti bzw. der Elfenbeinküste) und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Von besonderem Interesse waren die Arbeitsgruppen zur Reform des Menschenrechtsrates sowie zur Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention. Darüber hinaus bildete die Stärkung der Sondermechanismen des Rates zur Überwachung der Standards einen Schwerpunkt des liechtensteinischen Engagements. Dazu gehörte die Schaffung des Mandats für einen Sonderberichterstatter über die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und für eine Gruppe von Sachverständigen betreffend die Diskriminierung von Frauen in Gesetz und Rechtspraxis. Liechtenstein hatte über die Umsetzung seiner Verpflichtungen unter dem Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention sowie unter der UNO-Konvention gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vor den entsprechenden Expertengremien der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten. Bei beiden Themen beteiligte sich Liechtenstein aktiv an der Präsentation. Zusätzlich nahm Liechtenstein an der Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, der zwölften Vertragstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie der vierten Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände) teil.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Vom 8. bis 12. März fand das 53. Treffen der Drogenkommission (CND) statt, welche die Implementierung des Drogenabkommens, die Reduktion der Drogennach-

frage sowie den illegalen Drogenhandel zum Thema hatte. Liechtenstein wurde dabei vom Amt für Soziale Dienste vertreten. Im Bereich der Verbrechensverhütung fand vom 12. bis 19. April der 12. Kongress für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) in Salvador, Brasilien, sowie vom 17. bis 21. Mai das Treffen der Kommission der UNO-Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CPCJ) in Wien statt. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Anlässlich der Aufnahme des Lehrbetriebs der Internationalen Korruptionsakademie (IACA) fand am 2. und 3. September eine Gründerkonferenz in Wien statt. Liechtenstein hat das internationale Abkommen über die Gründung mit 34 anderen Staaten als Gründungsmitglied unterzeichnet. Abermals in Wien fand am 20. bis 24. September die 54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) statt. Im Zentrum standen Israels nukleare Fähigkeiten sowie Konflikte zwischen dem Westen und arabischen Ländern. Im Rahmen der Generalkonferenz wurde Liechtenstein gemäss Rotationsschema innerhalb der westeuropäischen Gruppe zusammen mit Luxemburg und Frankreich als Mitglied des Präsidialausschusses gewählt. I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer nahm an den zwei Treffen des Ausschusses teil. Die fünfte Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Palermo- Konvention) fand vom 18. bis 22. Oktober in Wien statt. Hauptthema war die mangelnde Umsetzung der Konvention durch einzelne Vertragsparteien. Liechtenstein wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Der Senatssprecher des kanadischen Senats, Noel A. Kinsella, weilte am 25. und 26. Januar mit einer Delegation in Liechtenstein. Die Gäste wurden von Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Gespräch empfangen. Weiters traf die Delegation den Amtsleiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer, der über das Land Liechtenstein informierte, sowie Frau Katja Gey, Koordinatorin und Delegierte für internationale Finanzplatz- und Steuerverhandlungen. Senatssprecher Kinsella wurde ausserdem von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Regierungsrätin Aurelia Frick empfing am 30. Januar den Aussenminister von Singapur, George Yong-Boon Yeo, in Vaduz. Der Delegation gehörten Vanu Gopala Menon, Ständiger Vertreter Singapurs bei der UNO in New York, und Jaya Ratnam, Direktor für internationale Wirtschaftsangelegenheiten im Aussenministerium, sowie weitere Mitarbeitende des Ministers an. Nach dem Arbeitsgespräch mit anschliessendem Mittagessen wurde die Delegation von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

Die Co-Regenten von San Marino, Francesco Mussoni und Stefano Palmieri, Capitani Reggenti, weilten am 7. und 8. Februar zu einem offiziellen Besuch Liechtenstein. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein begrüssten die Staatsgäste mit allen offiziellen Ehren auf Schloss Vaduz. Regierungsrätin Aurelia Frick empfing Aussenministerin Antonella Mularoni, welche der offiziellen Delegation angehörte, zu einem Arbeitsgespräch. Dieses Gespräch diente dazu, sich gegenseitig über Themen zu informieren, die für beide Kleinstaaten von Interesse sind. Am Abend des 8. Februar wurden die Co-Regenten auf Schloss Vaduz zur Ordensverleihung durch Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein empfangen. Der Ordensverleihung folgte ein Abendessen, an dem neben der Delegation aus San Marino auch Mitglieder des Landtags und der Regierung teilnahmen.

Am 4. März besuchte der Aussenminister Thailands, Kasit Piromya, mit einer Delegation Liechtenstein. Er traf mit Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Hauptthemen waren die derzeitige politische Entwicklung in Thailand, Fragen der Menschenrechte und insbesondere die Kandidatur Thailands für den UNO-Menschenrechtsrat. Anschliessend wurde die Delegation von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen.

Der Aussenminister des Grossherzogtums Luxemburg, Jean Asselborn, weilte auf Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick am 15. und 16. März zu einem offiziellen Besuch in Liechtenstein. Mit dem Besuch wurden die hervorragenden Beziehungen zwischen Liechtenstein und Luxemburg auf bilateraler und multilateraler Ebene, welche durch regelmässige Besuche auf Regierungsebene geprägt sind, unterstrichen. Aussenminister Asselborn wurde von Luxemburgs Botschafter in Bern, Gérard Philipps, und von Botschafter Jean Graff, Direktor für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit des Luxemburgischen Aussenministeriums begleitet. Nebst einem Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Aurelia Frick stand ein Höflichkeitsbesuch bei Erbprinz Alois auf dem Programm. Der Besuch wurde durch eine Besichtigung der Ivoclar Vivadent AG in Schaan abgerundet.

Am 7. April weilte der tschechische Aussenminister Jan Kohout auf Arbeitsbesuch in Vaduz. Er folgte damit einer Einladung von Regierungsrätin Aurelia Frick. Bei den Gesprächen der beiden Amtskollegen stand der seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen intensivierte bilaterale Austausch zwischen den beiden Ländern im Mittelpunkt. Bereiche der aussenpolitischen Zusammenarbeit wie auch der Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturkooperation wurden hierbei ebenfalls thematisiert. Aussenminister Kohout bestätigte die Teilnahme der Tschechischen Republik als Gastland an der Liechtensteinischen Industrie-, Handels- und Gewerbeausstellung Anfang September 2010. Weiters wurde eine bereits im September 2009 angekündigte Vereinbarung zur Einsetzung einer tschechisch-liechtensteinischen

Historikerkommission von beiden Seiten unterzeichnet. Zu Ehren des tschechischen Aussenministers gab Fürst Hans Adam II. ein Abendessen auf Schloss Vaduz.

Die Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes besuchten am 27. und 28. April Liechtenstein. Nach dem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois bot sich die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit Regierungschef Klaus Tschütscher. Regierungsrätin Aurelia Frick und Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, informierten über die Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz und andere Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik. Zudem referierte Christian Hausmann, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, über die Wirtschaft Liechtensteins. Das Programm der Stagiaires umfasste zudem eine Besichtigung des Landtagsgebäudes, eine Führung im Landesmuseum und einen Besuch bei der Firma Kaiser AG in Schaanwald.

Das jährliche Treffen der Regierungen des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons Graubünden fand dieses Jahr am 4. Mai in Vaduz statt. Der Empfang im Fürst-Johannes-Saal im Regierungsgebäude sowie das anschliessende Mittagessen boten wiederum Gelegenheit, um gegenseitig interessierende Fragen zu besprechen und die bestehenden Kontakte zu pflegen.

Die liechtensteinische Regierung lud am 18. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zum 9. Informationstag der Regierung ein. 85 diplomatische Vertreterinnen und Vertreter aus 60 Ländern nahmen an der Veranstaltung in Vaduz teil.

Am 18. Juni stattete die Vorarlberger Kulturlandesrätin Andrea Kaufmann Liechtenstein zum ersten Mal einen offiziellen Besuch ab. Sie traf mit Ihrer Amtskollegin Aurelia Frick zusammen. Während dieses Treffens wurde über mögliche regionale Kulturaustauschprojekte gesprochen. Weiters besichtigte Landesrätin Kaufmann verschiedene Museen, darunter das Liechtensteinische Landesmuseum, der Kunstraum Engländerbau und das Liechtensteinische Kunstmuseum. Ein Mittagessen mit Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Kunstszene rundete das Programm ab.

Am 24. August weilte die St. Galler Kantonsregierung zu einem Besuch in Liechtenstein. Das diesjährige Treffen fand in der Werkstätte Auxilia des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan statt. Neben einer Führung durch die Werkstätte erhielten die Mitglieder der beiden Regierungen von den Vertretern des Vereins für heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein Informationen über die Tätigkeit des Vereins und das Heilpädagogische Zentrum. Im anschliessenden Arbeitsgespräch wurden verschiedene aktuelle Themen behandelt.

Am 31. August besuchte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Herr Karl-Heinz Lambertz, Liechtenstein. Er stattet Regierungsrätin Aurelia Frick einen Höflichkeitsbesuch ab.

Die schweizerische Bundespräsidentin Doris Leuthard weilte am 6. September zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Im Rahmen dieses Besuchs traf sie sich mit Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer und Regierungsrätin Aurelia Frick. Im Zentrum der Gespräche standen die aktuelle Wirtschaftslage, die bilateralen Beziehungen, die Zusammenarbeit in internationalen Gremien sowie die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA und die Europapolitik der beiden Länder.

Der Vizeaussenminister von Aserbaidschan, Khalaf Khalafov, weilte am 4. Oktober zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. In einer Unterredung mit Regierungsrätin Aurelia Frick wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Aserbaidschan auf bilateraler und multilateraler Ebene gewürdigt und Möglichkeiten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene diskutiert.

Wie in den vergangenen Jahren fand auch 2010 wieder ein sogenanntes Package-Meeting mit der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) in Vaduz statt. Im Rahmen des zweitätigen Treffens vom 21. und 22. Oktober gab es einen Empfang bei S.D. Erbprinz Alois und Arbeitsgespräche mit Regierungschef Klaus Tschütscher, Regierungsrätin Aurelia Frick und dem College der EFTA-Überwachungsbehörde. Unter den Teilnehmern befanden sich der Präsident, Per Sanderud, das liechtensteinische College Member Sabine Monauni-Tömördy, das isländische College Member Sverrir H. Gunnlaugsson sowie acht weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ESA.

Regierungsrätin Aurelia Frick lud am 2. Dezember Botschafterinnen und Botschafter der Gruppe Asien/Pazifik nach Vaduz ein. In Ihrer Rede erläuterte sie, wie sich Liechtenstein in der globalisierten Welt positioniert. Sie betonte die Rolle Liechtensteins als verlässlicher und engagierter Partner in Europa und in der globalen Staatengemeinschaft. Beim anschliessenden Gedankenaustausch standen die aktuelle Wirtschaftssituation und die Zusammenarbeit insbesondere in multilateralen Gremien im Vordergrund. Das Treffen von Regierungsrätin Frick mit Vertretern der ASPAG-Gruppe steht im Zeichen der Bestrebungen, die Beziehungen zu ausgewählten Ländern in Asien zu vertiefen.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Auf Einladung des Aussenministers von Singapur, George Yong-Boon Yeo, nahm Regierungsrätin Aurelia Frick am 28. Januar in Davos am Treffen der sogenannten Singapur-Gruppe (heute 3G) der UNO-Mitgliedstaaten teil.

In dieser Gruppe treffen sich rund 30 Staaten, welche alle das gemeinsame Interesse haben, Themen auf der Tagesordnung der G20 und insbesondere der «Global Governance» in ihrem Kreis zu diskutieren. Für Liechtenstein ist die Teilnahme an den Treffen dieser Gruppierung von besonderem Interesse, weil unter anderem Themen behandelt werden, welche die Entwicklungen auf dem Finanzplatz betreffen.

Regierungsrätin Aurelia Frick traf am 2. März den Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Guido Westerwelle, zu einem Gespräch in Berlin. Diskutiert

wurden neben den bilateralen Beziehungen beider Länder auch die Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen sowie die Entwicklung Afghanistans. Auch der aktuelle Stand der Verhandlungen bezüglich des Ausbaus der Wirtschafts- und Steuerkooperation zwischen Deutschland und Liechtenstein stand auf der Agenda.

Regierungsrätin Aurelia Frick weilte im März zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch in den USA. Am 22. März stattete sie Sonia Sotomayor, Richterin am US-Supreme Court in Washington, einen Höflichkeitsbesuch ab und hielt einen Vortrag vor Studenten der Georgetown University McDonogh School of Business. Bei einem Abendessen in der liechtensteinischen Residenz traf Regierungsrätin Aurelia Frick mit Gästen aus Politik, Kultur und Medien zusammen. Am 23. März wurden bei Gesprächen mit Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses das aussenpolitische Engagement Liechtensteins und die Schwerpunkte der bilateralen Zusammenarbeit diskutiert.

Regierungsrätin Aurelia Frick besuchte anlässlich ihrer Reise nach China am 17. Mai die EXPO in Shanghai und konnte sich von einem sehr beeindruckend gestalteten Liechtenstein-Pavillon und vom professionellen Auftritt des Liechtenstein-Teams überzeugen. Sie wurde vom chinesischen Protokoll durch den Pavillon des Gastgeberlandes geführt und war Gast in den Pavillons der Schweiz, Österreichs, Deutschlands, Grossbritanniens und einiger anderer Länder. Während ihres Aufenthalts in Shanghai hielt sie auch Vorträge an zwei der grossen Universitäten, Fudan und Tongji, wo sie jeweils mit besonderen Ehren von der Universitätsleitung begrüsst wurde und ihre Ausführungen zu Liechtenstein in akademischen Kreisen auf grosses Interesse stiessen. In Peking führte sie Gespräche mit dem Stellvertretenden Kulturminister Wang Wenzhang, der Stellvertretenden Aussenministerin Fu Ying und dem Stellvertretenden Justizminister Sujun Zhang. Regierungsrätin Aurelia Frick ist das erste Regierungsmitglied Liechtensteins, welches China einen offiziellen Besuch abstattete. Der schweizerische Botschafter in Peking, Blaise Godet, gab zu Ehren von Regierungsrätin Aurelia Frick ein Abendessen in seiner Residenz und lud dazu Gäste aus den akademischen Kreisen in Peking ein. In Peking nahm Regierungsrätin Frick am Treffen des «Global Summit of Women» teil, welcher sich dem Thema «Frauen an der Front des gesellschaftlichen Wandels» widmete.

Der luxemburgische Aussenminister lud seine Amtskolleginnen und Amtskollegen am 13. Juni zu den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der Schengen-Verträge ein. Regierungsrätin Aurelia Frick nahm an diesem Festakt zur feierlichen Eröffnung des Europa-Museums in Schengen teil.

Am 21. und 22. Juni trafen sich die Justizministerinnen der deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich und Liechtenstein sowie ein deutscher Staatssekretär in Feusisberg. Dies war bereits das dritte Treffen dieser Art. Liechtenstein hatte vor zwei Jahren die Initiative zur Durchführung eines regelmässigen Justizministertreffens der vier Länder ergriffen und ein erstes Treffen in Vaduz durchgeführt. Wie schon bei den vergangenen Arbeitsgesprächen befassten sich die Teilnehmer mit aktuellen Themen der Justizpolitik.

Das ordentliche Sommertreffen des Ministerrats der Europäischen Feihandelsassoziation (EFTA) fand unter dem Vorsitz des isländischen Aussenministers Össur Skarphédinsson am 24. Juni in Reykjavik statt. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Aurelia Frick vertreten.

Regierungsrätin Aurelia Frick weilte auf Einladung des Aussenministers von Andorra, Xavier Espot, am 9. Juli zu einem Arbeitsbesuch in Andorra. Sie führte mit dem Aussenminister Gespräche zu bilateralen und multilateralen Themen von gemeinsamen Interesse. So kamen der Abschluss des bilateralen Abkommens über den Informationsaustausch und die Möglichkeiten einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zur Sprache. Ausserdem statte Regierungsrätin Frick dem Co-Prinzen von Andorra, Bischof Joan Enric Vives Sicilia, in La Seu d'Urgel sowie dem Vizepräsidenten des andorranischen Parlaments, Esteve Lopez, einen Höflichkeitsbesuch ab.

Am 23. November reisten S.D. Erbprinz Alois von und Liechtenstein in Begleitung von I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, Regierungsrätin Aurelia Frick, einer Delegation hoher Beamter sowie einer Wirtschaftsdelegation auf Einladung der indischen Regierung nach Delhi. Der erste Tag stand ganz im Zeichen der Politik. Es fanden Gespräche mit der Präsidentin der Republik Indien, Shrimati Pratibha Devisingh Patil, dem Vize-Präsidenten Shri M. Hamid Ansari, der stellvertretenden Aussenministerin Indiens, Shrimati Preneet Kaur, und der Oppositionsführerin, Shrimati Sushma Swaraj, statt. In den Gesprächen kamen aussenpolitische Themen sowie aktuelle Herausforderungen der internationalen Politik zur Sprache. Eine Kranzniederlegung beim Grabmal von Mahatma Gandhi und die Besichtigung des Gandhi-Hauses rundeten das intensive Programm ab.

Nach Delhi besuchte die liechtensteinische Delegation auch Mumbai, das Wirtschafts- und Finanzzentrum Indiens. Es stand ein Besuch des Tata Institute of Fundamental Research (TIFR) auf dem Programm, eines staatlichen Forschungsinstituts, das in einer breiten Palette von Gebieten forscht. Der Gouverneur von Maharashta empfing die liechtensteinische Delegation zu einem Gedankenaustausch mit anschliessendem Abendessen.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

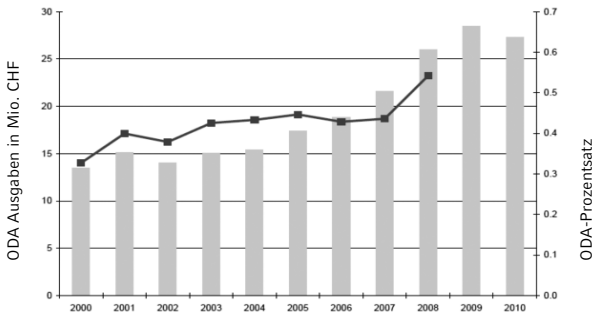
Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 26.6 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch der

Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf 27.3 Mio. Franken.

Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

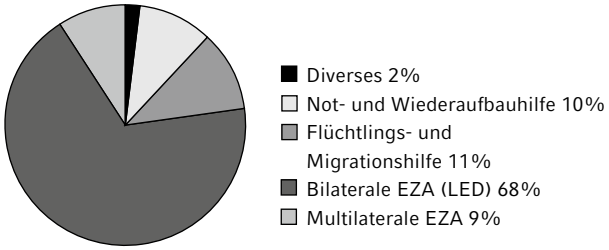
Jahr	BNE (in Mio. CHF) Ausgaben	ODA-anrechenbare	ODA-Prozentsatz
2000	4'112	13'451'090	0.33 %
2001	3'782	15'114'860	0.40 %
2002	3'698	14'010'065	0.38 %
2003	3'538	15'055'869	0.43 %
2004	3'553	15'395'590	0.43 %
2005	3'892	17'381'933	0.45 %
2006	4'399	18'843'051	0.43 %
2007	4'947	21'563'049	0.44 %
2008	4'793	25'984'138	0.54%
2009	Nicht bekannt	28'434'531	Nicht bekannt
2010	**Nicht bekannt**	**27'335'148**	**Nicht bekannt**

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2008 vor. Bei einem BNE von 4'793 Mio. Franken ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.54. Dies ist der höchste Prozentsatz, den Liechtenstein bisher erreicht hat.



IHZE-Beiträge 2010 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen 65 Prozent des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder. Je 10 Prozent der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit und die von Liechtenstein finanzierten Stellen bei internationalen Organisationen (drei von vier Secondments sind Ende 2010 ausgelaufen und werden nicht mehr verlängert), sollen nicht mehr als 5 Prozent der Mittel aufgewendet werden. Im Berichtsjahr wurden bereits erste Sparmassnahmen umsetzt und einzelne Budgetposten nicht voll ausgeschöpft. Daher ergeben sich geringfügige Verschiebungen bei der Aufteilung der verwendeten Mittel auf die einzelnen Kategorien (siehe Diagramm).



IHZE-Beiträge 2010 nach Regionen

Bei der geografischen Verteilung der Mittel gab es nur geringfügige Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Rund ein Drittel der Mittel (33 Prozent) fliessen nach Afrika. Das sind 5 Prozent weniger als im Jahr 2009. Das grösste Engagement erfolgt dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Mosambik, Sambia, Zimbabwe, Burkina Faso, Mali, Niger und Senegal.

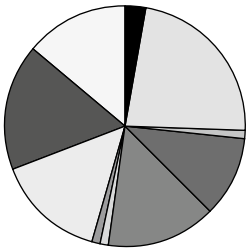
15 Prozent der Mittel werden in Europa ausgegeben, wobei sich die Aktivitäten hauptsächlich auf die Balkanländer Bosnien-Herzegowina und Kosovo (Ausländer- und Passamt) sowie die Republik Moldau (LED) konzentrieren. Im Balkan liegt der Schwerpunkt auf der Friedensförderung, dem Schutz von ethnischen Minderheiten und dem Aufbau von Strukturen zur Existenzsicherung.

Minimal zugenommen hat der Anteil der Mittel, die für Entwicklungsprojekte des LED in Lateinamerika (Bolivien, Peru, Costa Rica) verwendet werden: 17 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent im Jahr 2009. In Asien wurden die Aktivitäten in den neueren Schwerpunktländern Afghanistan und Kirgistan im Berichtsjahr leicht ausgebaut, sodass sich der Anteil am Gesamtbudget neu bei 11 Prozent (gegenüber 9 Prozent im Vorjahr) bewegt.

Im üblichen Rahmen weitergeführt wurde die Projektunterstützung in den Bergregionen des Kaukasus durch das Amt für Wald, Natur und Landschaft. Hier handelt es sich um Beiträge im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz des Ökosystems und der Verbesserung der Energieeffizienz.

Der finanziell gesehen grösste Schwerpunkt im multilateralen Bereich ist das Thema «Good Governance», das heisst die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäscherei sowie der Schutz der Menschenrechte. Diese Gelder werden häufig nicht länderspezifisch oder projektspezifisch ausgezahlt und fallen daher in die Sparte «International». Solche allgemeinen Beiträge sind für internationale Organisationen und sonstige Projektpartner essentiell, um

die Finanzierung von Grundkosten, grenzüberschreitenden Aktivitäten oder unterfinanzierten Programmen zu ermöglichen. Der Anteil hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.



- Zentralamerika 3%
- International 23%
- Naher Osten 1%
- Asien 11%
- Europa 15%
- Nördliches Afrika <1%
- Östliches Afrika 1%
- Südliches Afrika 15%
- Westliches Afrika 17%
- Südamerika 14%

Details können der nachstehenden Projektliste entnommen werden. Die Spalte «ODA CHF» gibt an, in welcher Höhe der jeweilige «Betrag CHF» für den ODA-Prozentsatz angerechnet werden kann.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE): Projektliste 2010

NOT- UND WIEDERAUFBAUHILFE (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verbesserung der Ernährungssicherheit	Burkina Faso	ADA	150'000	150'000
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	Caritas FL	50'000	50'000
Wiederaufbau einer Schule	Haiti	DEZA	225'000	225'000
Zivile Katastrophenbewältigung	Türkei	DEZA	225'000	225'000
Spendenaufstockung für Nahrungsmittelhilfe	Guinea; Guinea-Bissau; Mauretanien; Mali; Senegal	Kreuz des Südens	12'000	12'000
Spendenaufstockung für Erdbebenopfer in den Abruzzen	Italien	Centro Italiano, Schaan	8'000	0
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	Lehrlinge VPB	4'000	4'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	113'761	113'761
Allgemeiner Beitrag an den IKRK-Sonderfonds für Behinderte	International	IKRK	50'000	50'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kirgisistan	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Niger	IKRK	100'000	100'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung für Hochwasserhilfe	Pakistan	LRK	50'000	50'000
Weihnachtsaufruf LRK	Ukraine	LRK	47'500	47'500
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	250'000	250'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	UNDP	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	UNICEF	50'000	50'000
Soforthilfe für die Opfer der Flutkatastrophe	Pakistan	UNICEF	100'000	100'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Soforthilfe nach Erdbeben	Haiti	WFP	50'000	50'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms IRA	International	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Niger	WFP	50'000	50'000
Total			**2'655'261**	**2'647'261**

INTERNATIONALE FLÜCHTLINGS- UND MIGRATIONSHILFE
(Ausländer- und Passamt; Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Good Governance	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	92'000	92'000
Jugendhaus in Ljubija	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	30'000	30'000
Multi-ethnische Friedensförderung	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	126'667	126'667
Projekt gegen Menschenhandel	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	65'000	65'000
Verminderung der Abwanderung durch Beerenproduktion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	250'000	250'000
Wiederaufbau/Sanierung von 16 Häusern für Roma in Donji Vakuf	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	204'867	204'867
Aufbau Kompetenzzentrum Vorschulerziehung Drenas	Kosovo	Caritas CH	40'000	40'000
Beitrag zum Aufbau einer privaten Trägerschaft für die Berufsfachschule Gjakova	Kosovo	Caritas CH	100'000	100'000
Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für ethnische Minderheiten in Gjakova, Phase 1	Kosovo	Caritas CH	190'288	190'288
Landwirtschaftsprogramm	Kosovo	Caritas CH	150'000	150'000
Renovation Kindergarten Dielli	Kosovo	Caritas CH	46'200	46'200
Neubau Kindergärten Drenas / Prizren	Serbien	Caritas CH	70'000	70'000
Spendenaufstockung Flüchtlingssonntag	El Salvador	Caritas FL	10'000	10'000
Migrations- und Entwicklungsprojekt in Armenien	Armenien	Caritas		
	Vorarlberg	239'222	239'222	
Beitrag «Prävention von Prostitution und Menschenhandel» in Peja	Kosovo	cfd	50'000	50'000
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften im Westbalkan	International	DEZA	500'000	500'000
Allgemeiner Beitrag an das Internal Displacement Monitoring Center	International	IDMC	100'000	100'000
Schulbildungsprojekt für Roma-Kinder	Mazedonien;	Kinderdorf		
	Serbien	Pestalozzi	80'000	80'000
Förderung der Grundausbildung von Frauen in der Provinz Parwan	Afghanistan	RET	200'000	200'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramm Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Total			**2'844'244**	**2'844'244**

BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)
Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED

TOTAL			**18'200'000**	**18'200'000**

MULTILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Folterprävention in Lateinamerika (5-Jahresprogramm)	International	APT	200'000	200'000
Beitrag ans Centre for Governance and Anti-Corruption (GOV)	International	Basel Institute		
	on Governance	50'000	50'000	
Allgemeiner Beitrag	International	Concordis		
	International	20'000	20'000	
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Beitrag an das Nord-Süd-Zentrum Lissabon	International	Europarat	37'500	37'500
Unterstützung der Volksabstimmung in Moldau vom November 2010	Moldau	Europarat	45'000	45'000
Vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/Transnistrien	Moldau	Europarat	37'500	37'500
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors (CANSA)»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Schulungskurse für Menschenrechtsverteidiger	International	Geneva for		

aus Entwicklungsländern	Human Rights	10'000	10'000	
Allgemeiner Beitrag	International	Globaler Fonds		
	gegen HIV/Aids	100'000	100'000	
Allgemeiner Beitrag an das Centre for Humanitarian Dialogue	Naher Osten	HD Centre	50'000	0
Allgemeiner Beitrag an das International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	90'000	90'000
Allgemeiner Beitrag an die International Commission of Jurists	International	ICJ	12'000	0
Beitrag an den International Service for Human Rights (ISHR)	International	ISHR	20'000	20'000
Geldwäschereibekämpfungsseminar in Siracusa, Italien	International	IWF	20'000	20'000
Geburtstagsspende Fürst und Fürstin	International	LRK	135'000	135'000
Allgemeiner Beitrag	International	Millennium		
	Institute	50'000	50'000	
Beitrag an die Abteilung für Menschenrechtsübereinkommen	International	OHCHR	20'000	12'800
Allgemeiner Beitrag an OHCHR	International	OHCHR	60'000	38'400
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	20'000	20'000
UNO-Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15'000	15'000
Beitrag für das «Human Rights and				
Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	80'000	80'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	40'000	40'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Police Cooperation				
Convention for South East Europe	International	PCC SEE	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNAIDS	25'000	25'000
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des				
UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	60'000	60'000
Beitrag an ein Microfinance-Programm in Sierra Leone	Sierra Leone	UNCDF	60'000	60'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNDP	50'000	50'000
UNDP-Korruptionsbekämpfungsprogramm	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNFPA	25'000	25'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNICEF	50'000	50'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	150'000	150'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNIFEM	15'000	15'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UNIFEM	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNITAR	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an das Globale Programm gegen Terrorismus	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an NGO-Aktivitäten zum Schutz von Kindern	International	Watchlist on		
in bewaffneten Konflikten	Children and			
	Armed Conflict	10'000	0	
Handbuch zu «Frieden, Frauen und Sicherheit»	International	Women's		
	International			
	League for Peace			
	and Freedom	11'000	0	
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Allgemeiner Beitrag an die Women's World Summit Foundation	International	WWSF	10'000	0
Total			**1'943'000**	**1'821'200**

UMWELT UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffizienz-Programm	Kirgisistan; Kasachstan; Tadschikistan	CAMP	5'720	5'720
Energieeffiziente Schulen in Kutaissi und Ararat	Armenien; Georgien	Community & Environment Tiflis	72'813	72'813
Energieeffiziente Schule in Ganja (1. Tranche)	Aserbaidschan	Community & Environment Tiflis	14'518	14'518
Energieeffiziente Schule in Ganja (2. Tranche)	Aserbaidschan	Community &		
	Environment Tiflis	37'200	37'200	
Förderung der Imkerei im Kazbegi Distrikt	Georgien	Community &		

	Environment Tiflis	53'625	53'625	
Renovation der Kindertagesklinik in Tellavi	Georgien	Community &		
	Environment Tiflis	135'381	135'381	
Wiederherstellung von Infrastrukturbauten / Präventionskonzept Shalauri	Georgien	Community &		
	Environment Tiflis	22'293	22'293	
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Turkmenistan	Div. Partner	1'716	1'716
Weiterbildungsstudium im Bereich nachhaltige Entwicklung	Usbekistan	Div. Partner	20'338	20'338
Wiederherstellung Ökosystem Paliastomi-See in Poti	Georgien	REC Caucasus	73'546	73'546
Total			**437'150**	**437'150**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND KOMMISSION FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Benefiz-CD zugunsten ehemaliger Kindersoldaten	International	Div. Partner	6'456	0
Internetauftritt Microfinance Initiative Liechtenstein MIL	FL	Div. Partner	119	119
Jahresbericht IHZE (inkl. Veranstaltung)	FL	Div. Partner	21'339	21'339
Kommission für Entwicklungspolitik	FL	Div. Partner	7'109	7'109
Mitgliederbeitrag Microfinance Initiative Liechtenstein MIL	International	EMP European		
	Microfinance			
	Platform	1'118	1'118	
Total			**36'141**	**29'685**

SECONDMENTS (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische				
Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	International	DCAF	391'723	391'723
Secondment beim UNO-Sondervertreter für intern Vertriebene	International	UNDP	5'033	5'033
Secondment beim UNHCR	International	UNHCR	90'913	90'913
Secondment bei GPML	International	UNODC	7'167	7'167
Total			**494'836**	**494'836**

SONSTIGE BEITRÄGE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	562	500
Beitrag an den Technical Cooperation Trust Fund der Basler Konvention	International	UNEP	4'700	4'700
Jahresbeitrag an den Zusatzfonds der Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	5'000	5'000
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	572	572
Jahresbeitrag Biodiversitätskonvention	International	UNEP	1'465	1'465
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	662	662
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige				
grenzüberschreitende Luftverunreinigung)	International	UNECE	522	0
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung				
der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	14'828	0
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2'574	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'628	0
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	1'916	1'169
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	1'438	877

Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	16'835	16'835
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	0
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	217	217
Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International Alpenkonvention	Sekretariat 26'068	0	
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	594	594
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	9'810	9'810
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	1'147	1'147
Beitrag für die Akademie für Kommunalverwaltung im westlichen Balkan	Europa	Europarat	50'000	50'000
Deutschsprachige Sammlung der Entscheidungen des EGMR	International	Engel Verlag	20'000	0
UNO-Mitgliederbeitrag	International	UNO	234'308	28'117
UNO-Sondertribunale	International	UNO	23'282	0
Friedenserhaltende Operationen der UNO	International	UNO	902'171	54'130
Mitgliederbeitrag	International	IAEO	39'145	12'918
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit	International	IAEO	14'847	14'847
Beiträge an den Internationalen Strafgerichtshof	International	ICC	45'635	0
Beiträge an die Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearwaffen	International	CTBTO	12'580	0
Allgemeiner Beitrag	International Report	Security Council 20'000	0	
Allgemeiner Beitrag	International Diplomat	Independent 10'000	0	
Allgemeiner Beitrag	International Peace Institute	International 10'000	0	
Allgemeiner Beitrag	International Center for Transitional Justice	International 10'000	10'000	
Allgemeiner Beitrag	International Crisis Group	International 10'000	10'000	
Beiträge an die Weltpostunion	International	UPU	42'136	6'742
Beiträge an die Internationale Telekommunikationsunion	International	ITU	159'000	28'620
OSZE-Sommerakademie am Österr. Studienzentrum für Friedens- und Konfliktlösung	International zentrum AT	Studien- 2'850	0	
Projekt «Entwicklung einer Strategie zu Nationalen Minderheiten»	Bosnien-Herzegowina	OSZE	18'600	18'600
Projekt «Containersicherheit»	International	OSZE	18'600	18'600
Einsatz einer beratenden Polizeitruppe	Kirgisistan	OSZE	19'950	19'950
Projekt zur Verhütung von Menschenhandel für Kinder ohne elterliche Fürsorge	Moldau	OSZE	19'950	19'950
Entmilitarisierungsprogramm im Bereich Kleinwaffen	Montenegro	OSZE	24'800	24'800
OSZE-Programm in Südwest-Serbien	Serbien	OSZE	14'300	14'300
Total			1'697'492	258'922

TOTAL IHZE-AUSGABEN GEMÄSS RECHNUNG	**26'610'632**
Zwischentotal ODA	26'296'148
Flüchtlingsbetreuung im Inland: Kto. 590.318.01 und 590.366.00.01	904'000
Katastrophenfonds der Gemeinden	135'000
TOTAL ODA	**27'335'148**

AMTSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung von Anträgen an die Regierung sowie der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitete in allen Bereichen eng mit dem Ressort Äusseres und den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm zahlreiche Koordinationsaufgaben in den diversen Bereichen der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Botschafters in Berlin sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR,) Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung]. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich. Sie beantworteten auch diverse Anfragen aus der Bevölkerung sowie Fragebogen von internationalen Organisationen.

Der bilaterale Bereich war auch im Berichtsjahr wieder durch den politischen Dialog mit den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich geprägt. Der politische Dialog mit Österreich fand zum zwölften Mal seit seiner Einführung 1999 am 12. Oktober in Wien statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, fand im Berichtsjahr zum sechsten Mal am 25. Oktober statt. Tagungsort war Vaduz. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, den Vertretern des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Im Berichtsjahr konnten zwei weitere Honorarkonsulate in den USA errichtet werden. Neben Georgia und Kalifornien verfügt Liechtenstein nun auch über Honorarkonsulate in den US-Staaten Oregon und Michigan. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit dem Protokoll der Regierung zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Insbesondere zu erwähnen sind die Feierlichkeiten aus Anlass des Jubiläums der Aufnahme diplomatischen Beziehungen mit China vor 60 Jahren sowie zum Jubiläum «20 Jahre UNO-Mitgliedschaft». Es wurden, wie in den vergangenen Jahren, diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Eine immer grösser werdende Anzahl konsularischer Fälle konnte mit Hilfe der Liechtensteinischen Botschaft in Bern und des EDA gelöst werden. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen der liechtensteinischen Aussenpolitik und waren Gastgeber bei diversen Anlässen und Arbeitsessen.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt intensiv mit den Vorkommnissen auf dem internationalen Finanzplatz sowie den internen Finanzplatz-Agenden beschäftigt.

Im Menschenrechtsbereich war das Amt im Berichtsjahr sowohl mit der Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit internationalen Menschenrechtsübereinkommen als auch mit der Vorbereitung der Unterzeichnung und Ratifikation von weiteren für Liechtenstein relevanten Abkommen beschäftigt.

Als Teil der regelmässigen Berichterstattung im Rahmen der internationalen Menschenrechtsinstrumente koordinierte das Amt im Januar die Präsentation des ersten Länderberichts über die Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Kinderrechtsübereinkommen der UNO betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten und präsentierte im Mai 2010 den dritten Länderbericht unter

dem Antifolter-Übereinkommen der Vereinten Nationen vor dem Ausschuss gegen die Folter. Auf der Grundlage des Berichts und des zweitägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, welche vom Amt aufbereitet wurden. Das Amt koordinierte zudem die Beantwortung der ausführlichen Frageliste des UNO-Ausschusses zum Frauenrechtsübereinkommen im Rahmen der vierten Berichterstattung Liechtensteins über die Umsetzung des Übereinkommens. Die Antworten dienen dem Ausschuss als Vorbereitung auf die Behandlung des liechtensteinischen Berichts im Januar 2011. Sämtliche Berichte und Empfehlungen im Menschenrechtsbereich sind unter www.liechtenstein.li (Rubrik: Staat/Aussenpolitik/Menschenrechte) abrufbar.

Im Hinblick auf die Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener Übereinkommen im Menschenrechtsbereich leistete das Amt im Auftrag der Regierung die entsprechenden Vorarbeiten. So unterzeichnete und ratifizierte Liechtenstein im Berichtsjahr das Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats.

Auf internationaler Ebene nahm das Amt an einer Reihe von Konferenzen oder Treffen zu Menschenrechtsfragen teil.

Das Amt wirkte im Berichtsjahr in diversen ämterübergreifenden Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Es beteiligte sich ausserdem mit Stellungnahmen zu menschenrechtsrelevanten Aspekten an der Vernehmlassung zu verschiedenen neuen Gesetzen bzw. Gesetzesrevisionen. Bereits zum zweiten Mal lud das Amt im Berichtsjahr die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) zu einem Treffen ein, an welchem ein Dialog über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen geführt wurde.

Das Amt übte auch im Berichtsjahr wieder die Koordinationsfunktion innerhalb des Bereichs «Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)» aus. Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen der IHZE-Akteure beinhaltete das auch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Im Juli konnte der zweite gemeinsame IHZE-Jahresbericht (über das Jahr 2009) veröffentlicht werden. Inhaltlich befassten sich die Beiträge schwerpunktmässig mit dem Thema Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Das Amt war ausserdem mit der Erarbeitung einer IHZE-Homepage befasst. Seit Ende des Berichtsjahrs sind nun umfassende Informationen und aktuelle Nachrichten zum Thema IHZE auf www.llv.li/ihze zugänglich.

In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig. Des Weiteren engagierte sich das Amt im Berichtsjahr als Vertretung der Regierung in der «Microfinance Initiative Liechtenstein» (MIL).

Des Weiteren war das Amt für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Sitzung der Kommission für Entwicklungspolitik verantwortlich. Diese tagte im Berichtsjahr einmal. Besprochen wurden schwerpunktmässig das liechtensteinische Engagement im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung - vor dem Hintergrund des Klimawandels - sowie die Frage, wie die IHZE in der Öffentlichkeit wirkungsvoll präsentiert werden kann und/oder soll.

Das seit 2002 bestehende und vom Amt betreute liechtensteinische JPO-Programm endete im Dezember und wird aufgrund des Sparprogramms nicht weitergeführt. Im Berichtsjahr finanzierte Liechtenstein drei JPO-Stellen, jeweils eine im UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge, eine im UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und eine beim UNO-Sonderbeauftragten für Intern Vertriebene. Das Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) wird jedoch weitergeführt.

Im Bereich der Europäischen Integration war das Amt auch im Berichtsjahr wieder mit dem Schengen-Beitritt beschäftigt. Es bereitete die am 19. März unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 sowie die dazugehörige Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft in einem «Bericht und Antrag» für den Landtag auf. Das Amt war auch weiter in der Arbeitsgruppe «Umsetzung Schengen» vertreten.

Das Amt bearbeitete die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates (GCC), mit Albanien und mit Serbien für den Landtag auf. Das Abkommen mit Serbien trat am 1. Oktober, jenes mit Albanien am 1. November in Kraft. Zudem unterstützte das Amt die Liechtensteinische Mission in Genf in den laufenden Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern im Bereich «Geistiges Eigentum» und «Öffentliches Beschaffungswesen».

Das Amt war auch im Berichtsjahr beim Abschluss verschiedener bilateraler Vereinbarungen auf Regierungs- und Ämterebene beratend tätig. Insbesondere mit der Schweiz fanden intensive Kontakte, Verhandlungen und Gespräche statt. Gegenstand waren generelle politische Themen, aber auch spezifische Themen wie der Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung, des Strahlenschutzes, der Organtransplantation, der geistigen Eigentumsrechte sowie der Landwirtschaftspolitik. Das Amt bereitete die Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Zuteilung von Organen zur Transplantation vom 1. März 2010 für den Landtag auf. Die Vereinbarung wird seit dem 1. April vorläufig angewendet. Weiter wurde die am 14. September unterzeich-

nete Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes dem Landtag unterbreitet.

Die Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Übernahme der EG-VO 883/2004 zum EU- Sozialversicherungsrecht in die Vaduzer Konvention hat die Verhandlungen mit der Schweiz unter dem Vorsitz des Amts weitergeführt und eine mögliche Lösungsvariante für die bilateralen Anwendungsprobleme diskutiert.

Des Weiteren bearbeitete das Amt das Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln für den Landtag auf. Das Abkommen trat am 1. Dezember 2010 in Kraft.

Im Rahmen des Finanzplatzes war das Amt an den Verhandlungen zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland beteiligt. Das Amt stellte auch die Vertretung Liechtensteins an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sicher. Zudem erstellte das Amt im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich des Informationsaustausches in Steuersachen die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten auch im Berichtsjahr wieder zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Amtes. Die internationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, der Terrorismusfinanzierung und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Im Berichtsjahr nahm eine Vertreterin des Amtes am 12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege in Salvador (Brasilien) teil. Auch die 19. Session der UNO-Kommission der für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, die unter dem Motto «Schutz vor illegalem Handel von Kulturgütern» stand, sowie das 5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention) wurden von Vertretern des Amts wahrgenommen. Das Amt nahm ebenso an der Konferenz zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie in Wien teil. Im Berichtsjahr konnte auch der Ratifikationsprozess zum UNO-Übereinkommen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003 beendet werden. Das Übereinkommen trat für Liechtenstein am 7. August in Kraft.

Im Berichtsjahr bereitete das Amt die Änderungen im Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof(ICC) und anderen Internationalen Gerichten (ZIGG) vor. Dadurch wird zusätzlich zur Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) und den internationalen Ad-hoc-Strafgerichten für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) nun auch die Kooperation mit dem Sondergerichtshof für Sierra Leone (SCSL) und den Ausserordentlichen Kammern in Kambodscha (ECCC) gewährleistet.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Berichtsjahr wiederum aktiv in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Der Amtsvorstand arbeitete in der Stiftung Image, in der Task Force USA sowie im aussenpolitischen Expertenrat der Regierung aktiv mit. Das Amt hatte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe betreffend die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen des «Visa Waiver Programs» mit den USA, in der Projektgruppe «Statistik», in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie in der Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung. Des Weiteren arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Verhandlungsdelegation zum Vertrag und zur Vereinbarung mit der Schweiz betreffend Umweltabgaben, im Verwaltungsausschuss EXPO 2010 in Shanghai, in der Arbeitsgruppe zur Vaduzer Konvention, in der Arbeitsgruppe betreffend Sozialversicherungsrecht sowie im Menschenrechtsbereich am «Runden Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels», sowie in der Arbeitsgruppe betreffend die Überprüfung des Handlungsbedarfs bezüglich Liechtensteins Beitritt zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Im bilateralen Bereich hat das Amt sowohl bei den Vorbereitungen zur EXPO 2010 in Shanghai und den damit verbundenen China-Reisen S.D. des Erbprinzen sowie von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Regierungschefstellvertreter Dr. Martin Meyer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick intensiv mitgewirkt. Des Weiteren war das Amt an der Organisation und Durchführung mehrerer Anlässe zur Feier des Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Liechtenstein und China vor 60 Jahren aktiv beteiligt.

Im Bereich der diplomatischen und konsularischen Vertretungen war der Stand per Ende Berichtsjahr wie folgt: 79 Staaten sowie die Europäische Kommission und der Souveräne Malteser Ritterorden sind mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Sitz der Botschaften ist in den meisten Fällen Bern, in einigen wenigen Fällen Wien oder Berlin. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit den Malediven, Singapur sowie St. Kitts und Nevis auf. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 36 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestallt. 11 konsularische Posten sind per Ende Berichtsjahr vakant.

– Berufskonsuln	Generalkonsuln	7
Konsuln	2	
– Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	6
Honorarkonsuln	20	
Honorarvizekonsuln	1	

Die Betreuung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehörte auch im Berichtsjahr wieder zu den wichtigen Aufgabenbereichen des Amtes in Zusammenarbeit mit dem Protokoll und der Liechtensteinischen Botschaft in Bern. Das Amt war auch in Zusammenarbeit mit den Liechtensteinischen Botschaften vor Ort an der Betreuung der bestehenden Liechtensteinischen Honorarkonsulate in Deutschland und den USA sowie an der Eröffnung der beiden neuen Honorarkonsulate in den USA beteiligt. Zudem zeichnete sich das Amt für die Organisation und Durchführung des mehrtägigen Besuchs der Honorarkonsuln im Herbst in Liechtenstein verantwortlich.

KONFERENZEN UND TAGUNGEN

INTELSAT (ITSO)

34. (ordentliches) Treffen der Versammlung der Vertragsparteien: 22.-24.6. in Washington D.C.
(Botschafterin Claudia Fritsche)

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Europäische Patentorganisation

121. bis 126. Tagung des Verwaltungsrats in München
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Europarat

High-Level-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: 18./19.2. in Interlaken
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

2./3./4./5. Verhandlungsrunde zur Konvention über die Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt: 22.-24.2., 30.6.-2.7., 27.9.-30.9., 8.-10.11 in Strassburg
(Carlo Ranzoni, Landrichter, Minister Patrick Ritter)

Plenarversammlung der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) in Strassburg: 22.-26.3., 27.9.-1.10., 29.11.-3.12.
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Octopus Interface-Konferenz über die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Interkriminalität: 23.-25.03 in Strassburg
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

2. Versammlung der Vertragsstaaten des Übereinkommens des Europarats über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus: 15. – 16.4. in Strassburg
(Peter Matt, Erster Sekretär)

121. Session des Ministerkomitees: 11.5. in Strassburg
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

High-Level-Konferenz zum Thema Roma: 20.10. in Strassburg
(Dominik Marxer, Erster Sekretär)

EFTA

26. EFTA-Ministerrat: 23.-25.6.2010 in Reykjavik
(Regierungsrätin Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, designierter Botschafter Kurt Jäger, Ministerin Doris Frick)

27. EFTA-Ministerrat: 22.-23.11.2010 in Genf
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick, Ministerin Doris Frick, Minister Patrick Ritter, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin der Regierung im Ressort Äusseres, Beatrice Fankhauser, Erste Botschaftssekretärin)

EWR

EWR-Ministerrat: 10.5. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschaftsrat Georges Baur)

ECOFIN-Treffen: 17.11. in Brüssel
(Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer, Botschafter Kurt Jäger)

EWR-Ministerrat: 22.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Botschaftsrat Georges Baur)

Welthandelsorganisation (WTO)

Ausschuss über öffentliches Beschaffungswesen in Genf: 12.+14.10., 6.-10.12.
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Informelles Ministertreffen der OSZE: 16.-17.7. in Almaty, Kasachstan
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer)

OSZE-Überprüfungstreffen der menschlichen Dimension: 30.9.-8.10. in Warschau
(Domenik Wanger, Erster Sekretär)

Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE: 1.-2.12. in Astana, Kasachstan
(Regierungschef Klaus Tschütscher, Amtsleiter Roland Marxer, Domenik Wanger, Erster Sekretär)

UNO/Verschiedenes

Ausserordentliche gemeinsame Konferenz der Vertragsparteien der Basel Konvention und des Rotterdamer und Stockholmer Übereinkommens: 22.-24.2. in Bali
(Vertretung durch die Schweiz)

53. Session der UNO-Betäubungsmittelkommission: 8.-12.3. in Wien
(Esther Kocsis, Suchtmittelbeauftragte beim Amt für Soziale Dienste)

15. Konferenz der Vertragsparteien des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES): 13.-25.3. in Doha, Katar
(Vertretung durch die Schweiz)

Climate Talks: 9.-11.4., 31.5.-11.6., 02.08.-06.08. in Bonn und 4.10.-9.10. in Tianjin (China)
(Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz)

12. UNO-Kongress zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege: 12.-19.04. in Salvador (Brasilien)
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen: 3. – 28.5. in New York
(Teilnahme durch Mission New York)

19. Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ): 17.-21.05. in Wien
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

Global Summit of Women: 20.-22.5. in Peking
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Ministerin Doris Frick)

1. Überprüfungskonferenz des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC): 31.05. – 11.06. in Kampala (Uganda)
(Regierungsrätin Aurelia Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

16. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau: 28.6. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

29. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 2.9. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Minister Stefan Barriga, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

Gründungskonferenz der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie (IACA): 2.-3.9. in Wien
(Peter Matt, Erster Sekretär)

54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 20.-24.9. in Wien
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschaftsrätin Esther Schindler, Domenik Wanger, Erster Sekretär)

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (ITU): 4. – 22.10. in Guadalajara, Mexiko
(Kurt Bühler, Leiter des Amtes für Kommunikation und Schweizer Delegation)

5. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) in Wien: 18.-22.10
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

22. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls: 25.-29.10. in Nairobi
(Vertretung durch die Schweiz)

3. Vertragsstaatentreffen zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter: 28.10. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 22.-23.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 24.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 25.-26.11. in Genf
(Minister Patrick Ritter)

16. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 6. Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls): 29.11.-10.12. in Cancun (Mexiko)
(Regierungsrätin Renate Müssner, Felix Näscher, Leiter des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Mitarbeiter Amt für Umweltschutz)

Übereinkommen

UNO
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption vom 31. Oktober 2003: 8.7 (Inkrafttreten: 7.8.)
- Unterzeichnung des Abkommens zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie als internationale Organisation: 2.9.

EU/EFTA/EWR
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Albanien: 31.5. (Inkrafttreten: 1.11.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Serbien: 31.5. (Inkrafttreten: 1.10.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates vom 22. Juni 2009: 17.11.
- Annahme von Änderungen des EFTA-Übereinkommens sowie von Änderungen einzelner EFTA-Freihandelsabkommen
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie Liechtenstein, Island, Norwegen und der Schweiz über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Aussengrenzfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013: und der dazugehörigen Erklärung betreffend die Zuständigkeit der Europäischen Union als Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft: 19.3.
- Unterzeichnung des Übereinkommen zwischen Liechtenstein, Island und Norwegen betreffend die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in Liechtenstein, Island oder Norwegen gestellten Asylantrags: 25.3.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Ukraine: 24.6.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Peru: 24.6./14.7.

EUROPARAT
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Zusatzprotokoll zur Datenschutzkonvention des Europarats: 28.1.

Verschiedenes
- Hinterlegung der Zustimmungserklärung zur Beendigung des Haager Abkommens betreffend die internationale Hinterlegung der gewerblichen Muster oder Modelle (Londoner Akte), revidiert in London am 2. Juni 1934, sowie der Zusatzvereinbarung von Monaco vom 18. November 1961: 13.12.

Bilateral
- Notifikation betreffend des Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zur Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zuteilung von Organen zur Transplantation vom 1. März 2010: 14.10. (Unterzeichnung: 1.3., vorläufige Anwendung ab 1.4.)
- Notifikation betreffend des Abschlusses des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zum Abkommen zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Österreichischen Bundesregierung betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln vom 31. Mai 2010 (Unterzeichnung: 31.5.; Inkrafttreten: 1.12.)
- Notifikation betreffend des Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens zur Vereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat betreffend die Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes vom 14. September 2010: 25.11.

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN IM AUSLAND

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2010 Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2010 in der Schweiz

In der Schweizer Regierung kam es zum Rücktritt der Bundesräte Leuenberger und Merz. Mit der Wahl von Johann Schneider-Ammann und Simonetta Sommaruga erhielt der Bundesrat erstmals eine Frauenmehrheit. Zur

Verbesserung seiner Arbeit traf der Bundesrat erste Entscheide für eine Regierungsreform.

Hinsichtlich der Europapolitik hielt der Bundesrat fest, dass der bilaterale Weg erfolgreich war und nicht beendet ist, auch wenn er extrem schwieriger geworden sei. Seitens der EU werden neue Lösungen für die Zusammenarbeit mit der Schweiz angestrebt, da die grosse Zahl der bilateralen Abkommen komplex geworden und schwer zu verwalten sei, womit der bisherige bilaterale Weg aus EU-Sicht eindeutig seine Grenzen erreicht habe.

Die Libyen-Krise endete, nachdem die fast zwei Jahre vom Regime Gadhafi dort festgehaltenen schweizerischen Bürger ausreisen dürfen.

An den Eidgenössischen Abstimmungen im Frühjahr und Herbst stand sechs Vorlagen zur Wahl. Die Annahme der Ausschaffungsinitiative fand auch internationale Aufmerksamkeit. Die Steuergerechtigkeitsinitiative wurde vom Stimmvolk verworfen.

Die schweizerische Wirtschaft gelangt wieder auf den Wachstumspfad, auch wenn die Arbeitslosigkeit erst langsam zurückgeht. Die neue Finanzplatzstrategie wird weiter umgesetzt. Mit Deutschland und Grossbritannien einigt sich die Schweiz auf eine Abgeltungssteuer. Der Bundeshaushalt kann statt des budgetierten Defizits einen beachtlichen Überschuss ausweisen.

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt und wurden auch im Jahr 2010 intensiv gepflegt. Die liechtensteinische Regierung besuchte verschiedene Kantonsregierungen wie umgekehrt einzelne Kantonsregierungen in Vaduz empfangen wurden. Die Schweizer Bundespräsidentin sowie die Nationalratspräsidentin besuchten Liechtenstein und liechtensteinische Regierungsmitglieder weilten zu offiziellen Anlässen mehrmals in der Schweiz. Rita Adam löste Botschafter Paul Seger als Botschafterin der Schweiz im Fürstentum Liechtenstein (mit Sitz in Bern) ab. Es werden drei neue bilaterale Abkommen unterzeichnet (Umweltabgaben, Organtransplantation, Strahlenschutzabkommen).

Der direkten Beziehungen zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichten eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisteten die gegenseitige Information.

Kontakte mit den Botschaften in Bern

Die liechtensteinische Botschaft wirkte weiterhin intensiv als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern und diente dabei als Knotenpunkt und Drehscheibe für den zwischenstaatlichen Schriftverkehr sowie auch als Mitorganisatorin für offizielle liechtensteinische Besuche in anderen Staaten.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1'700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2010 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen sowie der Beglaubigungen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

In Belgien waren im Berichtszeitraum die Wahlen zum Parlament das herausragende Ereignis. Es entstanden Probleme bei der Bildung einer neuen Regierung, nachdem bei den Parlamentswahlen im Juni ein klarer Wahlsieg der konservativen, flämischen Nationalisten der N-VA (Nieuw-Vlaamse Alliantie) unter ihrem Parteichef Bart De Wever in Flandern einerseits sowie der Sozialisten auf der französischsprachigen Teil des Landes andererseits zu verzeichnen war.

Die darauffolgende Regierungs- und Staatskrise konnte bis zum Jahresende nicht beseitigt werden. Dies war vor allem auf den Umstand zurückzuführen, dass die Regierungsbildung mit einer Staatsumbildung einhergeht. Dabei soll die heutige Ausgestaltung des belgischen Föderalismus in eine Staatenbundslösung mit weitgehenden, neuen Kompetenzen der Gliedstaaten überführt werden. Dabei sind folgende sachpolitische Themenbereiche umstritten:

– die Kompetenzverteilung auf nationaler Ebene / Gliedstaatenebene;
– der neue Finanzierungsmodus zwischen den Gemeinschaften sowie
– die Lösung des Sprachproblems der flämischen Gemeinden im Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde in der Umgebung von Brüssel

Die Flamen wollen eine Zweiteilung (Flandern/Wallonien), die Wallonen wollen eine Dreiteilung (Flandern, Wallonien und die Region Brüssel) und die Deutschsprachigen wollen eine Vierteilung (Flandern, Wallonien, Brüssel und die Deutsche Gemeinschaft), wobei die aus den deutschsprachigen Staaten bekannte Föderalismusidee zum Tragen kommen soll. Allerdings blieben bis Ende Jahr die Gespräche fruchtlos und zeitweise wurden sie sogar unterbrochen.

Anfang September weilte der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz,

in Liechtenstein. In einem dichtgedrängten Programm wurde er von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick sowie von Regierungsrätin Dr. Renate Müssner empfangen. Es wurden Gespräche zu Fragen der Raumplanung, der Gemeindeautonomie und der kleinstaatlichen Organisation geführt. Weiters besuchte der Ministerpräsident den liechtensteinischen Bankenverband, das Liechtenstein-Institut sowie die Hilti AG. Die deutschsprachige Gemeinschaft Belgien zeigt Interesse am Erfolg Liechtensteins als Kleinstaat mit Vorbildcharakter im Hinblick auf eine allfällige grössere Autonomie in einem künftigen, neugeordneten belgischen Staatsgefüge.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein

Der Botschafter beim Heiligen Stuhl nahm, wie jedes Jahr, an einzelnen Veranstaltungen im Vatikan teil und pflegte den Informationsaustausch zwischen den Partnern. Der Sitz des Botschafters wurde aufgrund der Beendigung seiner Tätigkeit in Brüssel nach Liechtenstein verlegt.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Neben den Kontakten auf Bundesebene werden auch Beziehungen zu Bundesländern gepflegt. Im Jahr 2010 konnte eine Reihe von hohen Besuchen auf Regierungs- und Staatsebene durchgeführt und dadurch die Zusammenarbeit weiter vertieft werden. Höhepunkt war der erste offizielle bilaterale Besuch eines liechtensteinischen Staatsoberhauptes in Berlin durch S.D. Erbprinz Alois am 14. April 2010. Weitere Schwerpunkte waren die Begleitung der parlamentarischen Ratifikation des im Jahr zuvor abgeschlossenen Steuerinformationsaustauschabkommens (TIEA) sowie der Beginn formeller Verhandlungen zu einem bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA).

Das Jahr 2010 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Bilaterale Steuerabkommen

Im Jahr 2010 konnte der Ratifizierungsprozesses für das Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) vom 2. September 2009 abgeschlossen werden. In Liechtenstein stimmte der Landtag im Juni in zweiter Lesung zu. Der Abschluss der Ratifizierung wurde dem Auswärtigen Amt am 15. Juni notifiziert. In Deutschland stimmte der Bundestag im Juni und der Bundesrat Anfang Juli endgültig zu. Mit der Übergabe der deutschen Notifizierung durch Bundesminister Wolfgang Schäuble an Regierungschef Klaus Tschütscher Ende September konnte das Abkommen am 28. Oktober 2010 in Kraft treten. In Laufe des Ratifizierungsprozesses zeigte sich sowohl bei Mitgliedern des Deutschen Bundestags als auch auf der Ebene der Länder (Bundesrat) ein grosses Interesse an diesem Abkommen. Es stellt die Beziehungen beider Länder auf eine neue Basis und ermöglichte noch im selben Jahr Kontakte auf höchster Ebene.

Parallel konnten im Februar 2010 formelle Verhandlungen zu einem Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung (DBA) beginnen. In mehreren Verhandlungsrunden konnten in konstruktiver Weise über weite Teile Übereinstimmung erzielt werden. Ende 2010 waren nur mehr wenige, aber sicherlich auch sehr komplexe Punkte offen. Dennoch schien und scheint weiterhin ein Abschluss möglich und wird für die erste Hälfte 2011 angestrebt. Das DBA würde erhebliche Rechtssicherheit für den wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern, insbesondere gegenseitige Investitionen, bedeuten. Dies wäre im Sinne beider Länder. Liechtensteinische Unternehmen haben in erheblichem Umfang in Deutschland investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen.

Kontakte auf Regierungsebene

Der Abschluss des TIEA im Jahr zuvor war eine gute Ausgangsbasis für Kontakte auf hoher und höchster Ebene. Gleich zu Beginn des Jahres 2010 setzte die Einladung des Bundespräsidenten an S.D. den Erbprinzen zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Berlin ein freundschaftliches Signal.

Noch vor dem Treffen auf der Ebene der Staatsoberhäupter traf am 2. März Regierungsrätin Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch mit Bundesaussenminister Guido Westerwelle in Berlin zusammen. Zu den Hauptthemen zählte die deutsch-liechtensteinische Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen und bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan. Daneben liess sich der Bundesminister über den Stand der liechtensteinischen Steuerkooperation informieren. Er würdigte den «Paradigmenwechsel», den Liechtenstein im Kontext Steuerkooperation vollzogen habe. Mit Interesse verfolgte das Auswärtige Amt den liechtensteinischen Vorschlag zur Reform des UNO-Sicherheitsrates und begrüsste ihn als Belebung der Debatte.

Das Arbeitstreffen von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Bundespräsident Horst Köhler in Berlin wurde für 14. April festgesetzt. Dieses erste offizielle bilaterale Treffen der Staatsoberhäupter von Liechtenstein und Deutschland in Berlin unterstrich die neue Phase des zwischenstaatlichen Verhältnisses. Der aktuelle Stand und die weitere Entwicklung dieser Beziehungen waren Schwerpunkte der Gespräche. Weitere Gesprächsthemen waren die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf beide Länder sowie die Zusammenarbeit in Europa und in den internationalen Organisationen.

Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer traf am 3. und 4. Mai Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle sowie Vertreter des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestags zu einem Arbeitsbesuch in Berlin. Dabei wurde er von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) begleitet. Die Vertiefung dieser Beziehungen bildete den Schwerpunkt der Gespräche. Die Minister kündigten unter anderem die Schaffung eines gemeinsamen Deutsch-Liechtensteinischen Regierungsausschusses für Wirtschaftsfragen an.

Am 1. und 2. Juni, unmittelbar vor der Ratifikation des TIEA im Bundestag, besuchte eine sechsköpfige Delegation des Finanzausschusses des Bundestags unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Wissing (FDP) Liechtenstein. Alle Fraktionen des Bundestags waren vertreten. Ausführliche Arbeitsgespräche wurden geführt mit der Regierung, dem Landtag, der Finanzmarktaufsicht, dem Bankenverband sowie Vertretern der Industrie.

Am 28. September traf Regierungschef Klaus Tschütscher Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin. Es war das erste bilaterale Arbeitstreffen mit einem deutschen Finanzminister seit Februar 2008. Das Gespräch gab wichtige politische Impulse und Signale für die Verhandlungen zur Steuerkooperation. Am selben Tag sprach der Regierungschef auch an einem Parlamentarischen Abend des Liechtensteinischen Bankenverbandes, der gemeinsam mit der Botschaft vorbereitet wurde. Der Anlass stand unter dem Patronat des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundestags.

Am 1. November nahmen S.D. der Erbprinz und I.K.H. die Erbprinzessin am Treffen der vier deutschsprachigen Staatoberhäupter in Lübeck in Schleswig-Holstein teil. Schwerpunktthemen waren Migration und Integration, aber auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Es war dies die erste Zusammenkunft mit dem Ende Juni gewählten neuen Bundespräsidenten Christian Wulff. Um die Netzwerke für Liechtenstein zu erweitern, lud die Botschaft mit Unterstützung Dritter zweimal zu Vortrags- und Diskussionsabenden mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien. Am 6. Juli hielt Aussenministerin Aurelia Frick einen Vortrag in Berlin über die liechtensteinische UNO-Politik und das Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof. Am 16. November sprach Regierungschef Klaus Tschütscher in München über die regionalen Aspekte und Beziehungen Bayern-Liechtenstein. Als Ehrengast nahm der bayerische Finanzminister Fahrenschon teil. In Bayern befinden sich die meisten liechtensteinischen Direktinvestitionen und daher Arbeitsplätze. Erst Ende Oktober 2010 eröffnete die HILTI AG ein weiteres Werk in Kaufering.

Kontakte in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur

Im April besuchte das Deutsche Institut für Sachunmittelbare Demokratie aus Dresden in Begleitung der Botschaft das Liechtenstein-Institut in Bendern. Schwerpunkt des Austauschs und eines Vortrags von Dr. Wilfried Marxer war die Praxis der direkten Demokratie in Liechtenstein. Dieses Thema spielte auch eine zentrale Rolle in einem von S.D. dem Fürsten am 28. Oktober am Aspen Institute Deutschland in Berlin gehaltenen Vortrag über Thesen aus dem Buch «Der Staat im Dritten Jahrtausend». Die innenpolitischen Ereignisse in Deutschland im Laufe des Jahres 2010 führten zu vermehrten Diskussionen über Modelle der bürgerlichen Mitbestimmung.

Das humanitäre Engagement Liechtensteins in Afghanistan und die akademisch-politische Plattform des Liechtenstein Institute on Self-Determination in Princeton (LISD) stiessen auch in Deutschland auf Interesse. Gemeinsam mit dem LISD organisierte die Botschaft diverse akademische Begegnungen. So im Mai in Bochum, gemeinsam mit dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum und mehrmals im Laufe des Jahres in Berlin.

Eine besondere Ehre war die Einladung der Stadt Lichtenstein in Sachsen an Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein die Festrede anlässlich der offiziellen Feier am 2. Oktober zum 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung zu halten. Thema der Rede war die «Sicht von Aussen» auf die Wiedervereinigung. Die Stadt Lichtenstein ist an intensiveren Kontakten mit Liechtenstein interessiert.

Wie in den vorherigen Jahren war Liechtenstein an der Frankfurter Buchmesse mit einem eigenen Stand vertreten. Der Präsident der Kulturstiftung, Walter N. Marxer, und Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein gaben am 8. Oktober einen Empfang mit geladenen Gästen. Der Anlass ist mittlerweile zu einem festen Termin geworden.

Daneben pflegt die Botschaft permanent einen konstruktiven Austausch mit liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern, die als Stipendiaten im Residenzatelier «La Fabrik» in Berlin für drei oder sechs Monate leben und arbeiten. Das Atelier ist die konkreteste Form des kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern. Schliesslich unterstützte die Botschaft erneut die Organisation von Ausstellungen oder anderen künstlerischen Projekten aus Liechtenstein in Deutschland.

Einen adventlichen Jahresabschluss konnten das Ressort Äusseres und die Botschaft, unter tatkräftiger Unterstützung der Stabsstelle für Kulturfragen, am 1.

Dezember in München organisieren. Die Liechtensteiner Hofmusik gab in der St. Michaels-Kirche, Wirkungsstätte von J.G. Rheinberger, ein wunderbares Kammerkonzert.

Das Jahr 2010 in Deutschland
Bestimmende Themen im Jahr 2010 waren u.a. die Rettungspakete für die gemeinsame Währung Euro, unter massiver und wesentlicher Beteiligung Deutschlands, die prominenten Rücktritte bis hin zum amtierenden Bundespräsidenten und, wie in den Jahren zuvor, der deutsche Einsatz in Afghanistan.

Innenpolitik
Die deutsche Beteiligung an den Rettungspaketen der Eurostaaten erreichte ungekannte Dimensionen. Alleine an den Garantien für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden Euro betrug der theoretische Höchstbeitrag Deutschlands über 22 Milliarden Euro. An dem wenige Tage später, Anfangs Mai 2010, geschnürten Euro-Rettungsplan mit einem Gesamtkreditrahmen von 750 Milliarden Euro (wovon 440 Milliarden auf die Länder der Währungsunion fallen, 60 Milliarden auf Europäische Kommission und weitere 250 Milliarden Euro nötigenfalls vom IWF garantiert werden) beträgt der deutsche Anteil 147 Milliarden Euro. Rechnet man diese Risiken zu den bereits bestehenden Schulden der öffentlichen Hand hinzu, so kommt man per Ende 2010 auf den gigantischen Schuldenstand von beinah 2'000 Milliarden Euro. Die Konsequenz war eine historisch hohe Neuverschuldung im Budget der Bundesregierung für 2010 von errechneten rund 80 Milliarden. Eine unerwartet wieder erstarkte Wirtschaft (plus 4%) und damit auch deutlich besser als ursprünglich erwartete Steuereinnahmen liessen dieses Defizit gegen Ende 2010 dann auf rund 50 Milliarden – immer noch ein historisch hoher Wert – schrumpfen. Trotzdem, oder gerade deshalb, verschrieb sich die Bundesregierung ein Sparpaket zur Sanierung des Bundeshaushalts. Deutschland will bis 2016 sein strukturelles Haushaltsdefizit um ca. 50 Milliarden Euro abbauen, um so der im Grundgesetz eingebauten «Schuldenbremse» zu entsprechen.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und die Niederlage des bis Mai amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers änderten die Mehrheitsverhältnisse in der Länderkammer des Parlaments, dem Bundesrat. In den Wochen danach traten zwei weitere CDU-Ministerpräsidenten, Roland Koch in Hessen und Ole von Beust in Hamburg, aus persönlichen Motiven zurück. Ende Mai kam es sogar zum ersten Rücktritt eines amtierenden Bundespräsidenten. Bundespräsident Horst Köhler (CDU) gab am 31. Mai seinen Rücktritt mit sofortiger Wirkung bekannt. Der neue Präsident musste innerhalb eines Monats von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt werden. Am 30. Juni wählten die 1´244 Mitglieder der Bundesversammlung im dritten Durchgang Christian Wulff, bis dahin Ministerpräsident in Niedersachsen, zum neuen Bundespräsidenten.

Aussenpolitik
Der Einsatz in Afghanistan blieb ein bestimmendes Thema, nicht zuletzt wegen der hohen Verluste, die erneut zu beklagen waren. Die verschlechterte Sicherheitslage fand schliesslich auch in der Rhetorik von Regierungsvertretern ihren Niederschlag, die sich dazu durchrangen, von «kriegsähnlichen» Verhältnissen bzw. von «Krieg» zu sprechen.

Am 12. Oktober erreichte Deutschland bereits im ersten Wahlgang die Wahl in den Sicherheitsrat der UNO als nicht-ständiges Mitglied für 2011/2012. Ein wichtiges aussenpolitisches Ziel war damit erreicht.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Ein erheblicher Teil des Berichtsjahres wurde vom Wahlkampf und den Halbzeitwahlen des US-Kongresses, welche Anfang November stattfanden, geprägt. Die Wahlen resultierten in einem grossen Erfolg für die republikanische Partei und in einer Mehrheitsverschiebung im Kongress. Das Repräsentantenhaus wird von einer komfortablen republikanischen Mehrheit beherrscht, während im Senat die demokratische Partei nach wie vor 53 von 100 Sitzen hat.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die sich nur sehr langsam erholende Wirtschaft, die sehr kontroverse Gesundheitsreform sowie die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko waren vorherrschende innenpolitische Themen.

Die WikiLeaks-Affäre versetzte der US-Diplomatie einen harten Schlag, indem bestehende Beziehungsnetze empfindlich gestört und die diplomatischen Beziehungen der USA auf eine harte Bewährungsprobe gestellt wurden. Trotz Bestrebungen der US-Regierung, die Informationen zu relativieren, hatte die Schadensbegrenzung nur beschränkte Erfolge.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA waren stark geprägt von Versuchen, die Zusammenarbeit im Steuerbereich zu erweitern. Im Hinblick darauf wurde den US-Behörden der Entwurf eines Offenlegungsprogramms, analog zu jenem mit Grossbritannien, unterbreitet.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Im März wurde der Gesetzesentwurf FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) als Bestandteil des neuen Gesetzes über die Schaffung von Arbeitsplätzen von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet. Ausländische Finanzinstitute sind hinkünftig angehalten, mit der US-Steuerbehörde (IRS) zusammenzuarbeiten und die Kundenverhältnisse offenzulegen, andernfalls fallen 30% Quellensteuer auf Erträgnisse an, die ihnen aus den USA

zufliessen. Die neuen Bestimmungen gelten ab 2013.

Sämtliche ausländische Banken befürchten im Zusammenhang mit FATCA stark steigende Verwaltungskosten aufgrund des Aufwandes zur Datenerfassung und -pflege. Auch die liechtensteinischen Banken werden davon betroffen sein. Die neuen Regeln können als Ergänzung zum QI-System gesehen werden. Sie gelten aber nicht nur für die Banken mit QI-Status, sondern für alle Finanzintermediäre, die amerikanische Kunden betreuen, einschliesslich nicht-amerikanischer Kunden mit Wohnsitz in den USA («green card holders»). Finanzintermediäre müssen hinkünftig auch die Eigentumsverhältnisse juristischer Personen abklären.

Im April fanden nach Ausarbeitung eines White Paper zu einem UK-ähnlichen Übereinkommen mit den USA (Offenlegungsprogramm) Gespräche seitens der Botschaft mit Vertretern von IRS und dem US-Finanzministerium statt, um Interesse an einer solchen Übereinkunft zu wecken und herauszufinden, ob und welche allfälligen Bedenken die amerikanische Seite haben könnte. Ende Juli wurde den US-Behörden ein entsprechender Abkommensentwurf unterbreitet. In den folgenden Monaten wurden die Kontakte auf Behörden- und Kongressebene im Hinblick auf eine Reaktion verstärkt.

Aufgrund des grossen Widerstandes betroffener Länder stellte der Einbringer des kalifornischen Gesetzesentwurfes AB 1178 seine Bemühungen ein, dessen Verabschiedung nach dem Repräsentantenhaus auch im Senat zu erwirken. Der Gesetzesentwurf hatte vorgesehen, Unternehmensgewinne von in Kalifornien ansässigen Firmen, die aus sogenannten Steuerparadiesen stammen oder dort inkorporiert sind (Liechtenstein stand auf der Liste) , den in Kalifornien erzielten Gewinnen dazuzurechnen und steuerbar zu machen. Liechtensteinischerseits war schriftlich interveniert worden. Zudem bemühte sich Honorarkonsul Leodis Matthews vor Ort in verschiedenen Treffen mit Mitgliedern des kalifornischen Senats intensiv, die liechtensteinischen Bedenken zum Ausdruck zu bringen.

Anfang Juli traten die von den USA gegenüber Iran verhängten Sanktionen in Kraft, welche teilweise extraterritoriale Wirkung haben. Allen ausländischen Banken, welche hinkünftig mit den von den Vereinten Nationen oder den USA boykottierten iranischen Finanzinstituten verkehren, wird der Zugang zum amerikanischen Finanzmarkt verwehrt. Auf der schwarzen Liste stehen des weiteren Unternehmen des Energiesektors sowie die von der Iran Revolutionary Guards betriebenen Unternehmen. Die bisherige Möglichkeit der US-Regierung, bestimmten ausländischen Unternehmen die Geschäftstätigkeit mit Iran zu erlauben (es geht vor allem um Investitionen im Energiesektor), wird durch das neue Gesetz erheblich eingeschränkt. Einige Unternehmen stehen nun vor der Wahl, ob sie mit den USA oder mit dem Iran Geschäfte tätigen wollen. Von liechtensteinischer Seite wurden Vorbereitungen getroffen, die von der Europäischen Union gegen Iran verhängten Sanktionen umzusetzen.

Einer neuen Initiative zufolge sollen hinkünftig sämtliche Geldtransfers in die USA und aus den USA meldepflichtig sein. Bisher trifft dies nur auf Beträge über USD 10'000 zu. Hauptgrund ist eine wirkungsvolle Terrorismusbekämpfung. Das US-Finanzministerium plant, diesen Vorschlag zu publizieren und vor einer allfälligen Inkraftsetzung ab 2012 vorerst Kommentare der öffentlichen Meinung abzuwarten. Der Vorschlag ist eine sehr verspätete Folgewirkung des im Jahr 2004 verabschiedeten Gesetzes über Terrorismusprävention und die Reform der Nachrichtenbeschaffung. Während FinCEN die vorgeschlagene Massnahme begrüsst, bezeichnen Kritiker sie als einen beunruhigenden Trend der für die nationale Sicherheit verantwortlichen Regierungsstellen, den Zugriff auf persönliche Daten zu intensivieren, ohne den wirklichen Nutzen quantifizieren zu können.

Die amerikanische Steuerbehörde (IRS) gab am 9. Dezember bekannt, dass sie säumigen Steuerzahlern eine weitere Chance geben möchte und an einem zweiten Amnestieprogramm arbeitete. Commissioner Shulman betonte in der Ankündigung, dass die IRS weiterhin ihr Augenmerk auf ausländische Finanzinstitute richten werde, welche amerikanischen Kunden bei der Steuerhinterziehung behilflich gewesen seien. Die neue Amnestie, deren Ausarbeitung und Inkraftsetzung noch mehrere Monate dauern dürfte, soll für die Steuersünder nicht mehr so vorteilhaft sein wie die erste (im Oktober 2009 abgelaufen). Das Hauptaugenmerk soll diesmal mehr auf Finanzinstituten in Asien und im Mittleren Osten liegen.

US-Aussenpolitik / State Department

Am 30. Juni fand im State Department ein Treffen mit dem für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigen Under-Secretary Robert Hormats statt, um ihn über die liechtensteinischen Bestrebungen im Hinblick auf den Abschluss einer Vereinbarung (Offenlegungprogramm) zu informieren.

Das für Liechtenstein zuständige Referat im State Department wurde in regelmässigen Treffen über die Bemühungen und die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche informiert, die Steuerkooperation zu erweitern.

Die WikiLeaks-Enthüllungsaffäre verursachte in den USA (und weltweit) grosse Aufregung. Sie rückte u.a. die Frage der Internet-Sicherheit und damit verbundener Regelwerke in den Vordergrund. Die veröffentlichten Papiere, Berichte usw. bedeuten für die US-Regierung nicht nur einen Gesichtsverlust, sie werden auch schwerwiegende Folgen für einige bilaterale Beziehungen haben sowie amerikanische Verhandlungspositionen schwächen, und sie stellen eine empfindliche Störung politischer Beziehungsgeflechte dar. Nach der Veröffentlichung von geheimen Militärdokumenten betreffend den Krieg in Afghanistan im Juli war es das zweite Mal im Berichtsjahr, dass WikiLeaks die US-Regierung in eine peinliche Situation brachte.

Die Liechtenstein betreffenden Passagen beziehen sich hauptsächlich auf Aussagen von in Liechtenstein akkreditierten US-Botschaftern und Botschafterinnen. Sie reichen von leicht herablassenden Beschreibungen bis zur Vorreiterrolle, die Liechtenstein nach Ansicht von US-Diplomaten im Vergleich zur Schweiz in Sachen Steuerkooperation eingenommen hat.

Kongress

Der nach 2009 zum zweiten Mal durchgeführte Besuch einer Gruppe von diesmal acht Mitarbeitern von US-Kongressabgeordneten in Liechtenstein fand vom 30. Mai-1. Juni statt. Der mit Hilfe der Stiftung Image Liechtenstein ausgezeichnet organisierte Besuch bot den Gästen Gelegenheit, mit Vertretern von Regierung, Landtag, Wirtschaft und Finanzplatz zusammenzutreffen und in einer offenen Gesprächsatmosphäre Themen wie die Entwicklungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein, die Implementierung von FATCA, die EU-Aufsichtssysteme sowie die Steuerpolitik in den USA und in Liechtenstein zu diskutieren. Diese Kontakte auf Mitarbeiterebene sind für die Arbeit der Botschaft sehr nützlich.

Im Juli billigte der US-Kongress endgültig die grosse Finanzreform. Sie zielt darauf ab, das Risiko zu verringern, dass sich die jüngste Finanzkrise mit ihren verheerenden Folgen, darunter die Notwendigkeit staatlicher Hilfsprogramme, wiederholt. Das Reformgesetz ist seit 21. Juli in Kraft. Die Finanzreform sieht schärfere Regeln für Geldinstitute, mehr Macht für staatliche Kontrolleure und einen besseren Verbraucherschutz durch eine neue Behörde innerhalb der US-Notenbank vor. Unter dem Vorsitz des Finanzministers wird hinkünftig ein zehnköpfiger Regulierungsrat über mögliche Risiken für das Finanzsystem wachen. Die Regierung erhält neue Vollmachten, zusammenbrechende Finanzinstitutionen zu übernehmen. Die Regulierungsbehörden haben hinkünftig stärkere Befugnisse, grosse Finanzinstitute in kleinere Einheiten aufzuspalten, sollte eine Gefährdung des Finanzsystems drohen. Der risikoreiche Eigenhandel der Banken wird eingeschränkt. Geldinstitute mit staatlich versicherten Spareinlagen dürfen nur sehr beschränkt in Hedge- oder Private-Equity-Fonds investieren. Zudem wird der Umgang der Banken mit komplexen Finanzinstrumenten schärfer reguliert. Für den Handel mit riskanten Derivaten, z.B. aus dem Rohstoffbereich, muss ein Finanzinstitut hinkünftig mit eigenem Kapital ausgestattete Einheiten gründen. Ein Grossteil des Geschäfts muss in Zukunft über Börsen oder Clearing-Stellen laufen. Was die Löhne für Top-Manager börsenkotierter Firmen betrifft, so haben die Aktionäre hinkünftig ein Mitspracherecht, das allerdings nicht bindend ist.

Die Halbzeitwahlen im November bescherten der republikanischen Partei einen grossen Erfolg. Im Repräsentantenhaus erkämpften sie sich mit den erwarteteten etwas über 240 Sitzen einen historischen Sieg und eine eindeutige Mehrheit. Das ist ein Zugewinn von über 60 Mandaten. Weniger dramatisch präsentiert sich das Bild im Senat, wo die Präsidentenpartei zwar Sitze an die Republikaner verlor, aber eine einfache Mehrheit mit 53 Mandaten sichern konnte. Wesentlicher Faktor für die Niederlage der Demokraten war die schlechte Wirtschaftslage, da die USA trotz Stabilisierung der Wirtschaft mit einer anhaltend hohen Arbeitslosenquote zu kämpfen haben. Ein weiterer gewichtiger Punkt war zweifellos der fehlende Enthusiasmus unter den Wählern, die Präsident Obama vor zwei Jahren ins Weisse Haus gebracht hatten. Viele, insbesondere unabhängige Wähler verknüpften mit der Präsidentschaft Obamas Erwartungen und Hoffnungen, die der Präsident nicht erfüllen konnte, zumindest nicht in den ersten zwei Jahren. Bei jungen und schwarzen Wählern machte sich ebenfalls eine gewisse Gleichgültigkeit oder Desillusionierung breit.

Bei der «Tea Party», welche zum republikanischen Wahlerfolg beitrug, handelt es sich um ein neues Phänomen der politischen Landschaft in den USA. Sie begann Anfang 2009 als überwiegend weisse, rechtskonservative, libertäre Protestbewegung als Antwort auf das wirtschaftliche Stimulierungspaket der Regierung. Die Bewegung steht unter keiner klaren Führung, es gibt unterschiedliche Strömungen. Die Anhänger rekrutieren sich aus dem konservativen Mittelstand sowohl der republikanischen als auch der unabhängigen Wählerschaft. Die Tea Party ist geprägt von der Sorge, dass sich die USA unter Präsident Obama auf eine sozialdemokratische Gesellschaft analog europäischen Beispielen hinbewegen könnte und damit die Eigeninitiative zugunsten der Bedürfnisse der Gemeinschaft hintenangestellt würde. Die Wahl einiger Exponenten der Tea Party in den Kongress stellt die republikanische Partei vor die Herausforderung, ob und wie loyal sich diese Abgeordneten der republikanischen Basis gegenüber verhalten werden.

Dem «Congressional Friends of Liechtenstein Caucus» gehören insgesamt 19 Kongressabgeordnete an. Die Botschaft bemüht sich laufend, diesen Kreis zu erweitern.

Honorarkonsulate

Die weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen den Honorarkonsuln und der Botschaft resultiert in einem einwandfreien Funktionieren der Konsulate und einer überdurchschnittlich aktiven Tätigkeit derselben. Die Konsuln Liechtensteins sind in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet sehr visibel, spielen innerhalb des konsularischen Corps eine aktive Rolle, informieren über Liechtenstein im Rahmen von Vorträgen, durch den Versand von einschlägigem Material sowie im gesellschaftlichen Leben. Es wurden Verbindungen der Hochschule Liechtenstein mit amerikanischen Universitäten hergestellt, mögliche kulturelle Ereignisse sind in Abklärung.

Am 24. März wurde in Portland im US-Bundesstaat Oregon das dritte liechtensteinische Honorarkonsulat

mit Mary Jean Thompson als Honorarkonsulin durch Aussenministerin Aurelia Frick eröffnet. Ein anschliessender Besuch in Los Angeles bot Gelegenheit, sich von den Leistungen des dortigen Honorarkonsuls Leodis Matthews ein Bild zu machen.

Der Besuch der Honorarkonsuln in Liechtenstein (15.-17. September) diente dazu, sie in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Finanzplatz, Kultur und Tourismus auf den neuesten Informationsstand zu bringen und ihr Beziehungsnetz in Liechtenstein zu erweitern. Dies wurde durch Treffen und Besprechnungen mit dem zuständigen Personenkreis bzw. die Einbindung dieses Personenkreises in die Mittag- und Abendessen bewerkstelligt. Die lebhafte Teilnahme der Honorarkonsuln am Programm bestätigt den Nutzen und die Notwendigkeit. Die Teilnahme am ersten Teil des LIECHTENSTEIN CONGRESS an der Hochschule erlaubte u.a. die Kontaktnahme mit Mitgliedern der Fakultät im Hinblick auf allfällige Studentenaustausche.

Am 9. Dezember wurde Paul Donahue von Regierungsrätin Aurelia Frick offiziell als vierter Honorarkonsul Liechtensteins in den USA eingesetzt. Sein Einzugsbereich konzentriert sich auf Chicago und die umliegenden Staaten des Mittleren Westens der USA.

Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit

4. Febr. gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» zur Lage in Afghanistan

23. Febr. Besuch einer Gruppe von Studenten der International School of the Americas (San Antonio, Texas) in der Botschaft – Kurzvortrag der Botschafterin mit anschliessender Diskussion

24. Febr. Vortrag der Botschafterin und Empfang in der Residenz für 40 Personen der Washington Intergovernmental Professional Group

4. März Abendanlass in der Residenz zu Ehren der Ivoclar-Vivadent Delegation unter der Leitung von Dr. Volker Rheinberger sowie weiteren US-Konferenzteilnehmern aus Anlass der Jahrestagung der Amerikanischen Vereinigung für Dentalforschung

27. April gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» über die Aussichten auf die Halbzeitwahlen im November

7. Mai erstmalige Durchführung der Liechtenstein Lounge in der Residenz, eine Veranstaltung v.a. für Staffers & Medienschaffende, sich zum Wochenausklang informell und ungezwungen zu aktuellen Themen austauschen zu können

12.-14. Mai Teilnahme der Botschafterin an einer vom State Department organisierten Reise des diplomatischen Corps nach Chicago:
– Treffen mit dem konsularischen Corps
– Besuch der Chicago Mercantile Exchange
– Diskussion mit Vertretern von World Business Chicago und der Chicagoland Handelskammer
– Besichtigung des Wrigley Global Innovation Center
– Besuch des Illinois Institute of Technology
– Besuch der University of Chicago

15. Mai Teilnahme der Botschaft am vierten internationalen Kinderfestival, veranstaltet vom Meridian Center, mit über 1,400 Besuchern

26. Mai Empfang in der Botschaft für den International Neighbors Club II mit Kurzvortrag der Botschafterin, im Beisein von Congressman Joe Crowley, Congressman Bart Gordon, Congressman Roy Blunt, Congressman Paul Hodes und Congressman Ed Royce

28. Mai Entgegennahme durch die Botschafterin der «4 NOLA» – Auszeichnung in New Orleans in Anerkennung des liechtensteinischen Engagements für das St. Bernard Project (Wiederaufbau von Häusern für Katrina-Opfer, mit grosszügiger Werkzeugspende von HILTI AG)

23. Juni Vortrag der Botschafterin vor 50 Studentinnen und Studenten im Rahmen der National Student Leadership Conference an der Amercian University
Liechtenstein-Abend im University Club mit Vortrag der Botschafterin und anschliessendem Abendessen mit passenden liechtensteinischen Weinen

24. Juni gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» über die globalen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise
Präsentation von liechtensteinischen Weinen für Kongressmitarbeiter und Staffer des Congressional Wine Caucus

16. Juli Zweite Liechtenstein Lounge in der Residenz

4. August Teilnahme und Ansprache der Botschafterin anlässlich der Eröffnung der erweiterten Produktionsstätte von ThyssenKrupp Presta in Terre Haute, Indiana

30. Sept. Teilnahme der Botschafterin an der feierlichen Eröffnung der Ausstellung «Cleopatra – The Search for the Last Queen of Egypt» im Beisein von Michael Hilti im Franklin Institute of Science in Philadelphia

14. Okt. Traditionelles, 6. «Small Nations Poetry Reading» im Katzen Arts Center der American University. 10 teilnehmende Botschaften mit anschliessendem Empfang (der liech-

tensteinische Beitrag war ein Gedicht von Dr. Martin Risch)

20. Okt. Vortrag der Botschafterin vor 60 weiblichen Mitgliedern des Capital Speakers Club

27. Okt. Benefizveranstaltung in der Residenz zugunsten des St. Bernard Projects, das den Wiederaufbau von Häusern in New Orleans nach Hurrikan Katrina unterstützt

Nov. Mit Stefan Sprengers «Staub» verzeichnet die aktuelle Ausgabe des im Taschenbuchformat erscheinenden, sehr erfolgreichen Buchs «Best of European Fiction» zum zweiten Mal den Beitrag eines liechtensteinischen Autors

1. Nov. Benefizveranstaltung in der Residenz für die Sponsoren des Capital City Ball (Unterstützung von drei NGOs im Bereich der Bekämpfung von Menschenhandel)

11./12. Nov. Jubliäums-Kolloquium in Princeton aus Anlass des 10-jährigen Bestehens des Liechtenstein Institute on Self-Determination in Anwesenheit von S.D. Fürst Hans-Adam II von und zu Liechtenstein

15. Nov. Teilnahme der Botschafterin an einer Paneldiskussion zum Thema «Women Ambassadors in Diplomatic Leadership», veranstaltet von der University of the District of Columbia

18. Nov. gemeinsame Veranstaltung der Botschaft mit dem Think Tank CSIS im Rahmen des «Small States Forum» zu den Folgen der Halbzeitwahlen

Liechtensteinische Besuche in den USA

Der Besuch von Aussenministerin Aurelia Frick in Washington vom 22.–23. März beinhaltete Gespräche mit Congressmen und Senatoren, die in einigen deutlichen Aussagen der Wertschätzung für die in Liechtenstein in den vergangenen zwei Jahren durchgeführten Finanzplatzreformen resultierten. Besonders nützlich war eine Begegnung mit Senator Carl Levin, der anerkennend feststellte, dass viele Fortschritte in der Zusammenarbeit zu verzeichnen seien und dass dies Anerkennung verdiene. Die traditionell guten Beziehungen mit der Georgetown University konnten durch einen Vortrag von Frau Regierungsrätin Aurelia Frick vor Studenten der McDonough School of Business (Klasse von Prof. Michael Czinkota, der auch gelegentlich an der Hochschule Liechtenstein unterrichtet) vertieft werden. Beim anschliessenden Empfang konnte die Diskussion mit MBA-Studenten und Mitgliedern der Fakultät fortgesetzt werden. Ein Gespräch mit Supreme Court Justice Sonia Sotomayor bot Gelegenheit, das liechtensteinische Rechtssystem vorzustellen. In Portland traf die Regierungsrätin u.a. zu einem Höflichkeitsbesuch mit dem Bürgermeister der Stadt zusammen und hielt einen Vortrag vor dem International Women's Forum. Programmpunkte in Los Angeles beinhalteten u.a. eine Präsentation vor dem gesamten konsularischen Corps.

S.D. der Erbprinz hielt am 21. April an der Salve Regina University in Newport, Rhode Island, sowie am angegliederten Pell Center je einen Vortrag. Der anschliessende Aufenthalt in Washington beinhaltete die Teilnahme an der diesjährigen Bertelsmann-Konferenz, welche unter dem Titel «Opportunities in Crisis: Defining New Avenues of Growth» stand. Im Rahmen eines Frühstücks mit Vertretern von Politik, Wirtschaft und Think Tanks (darunter Congressman Jim McDermott) konnte S.D. der Erbprinz über die Herausforderungen für die liechtensteinische Wirtschaft sprechen und sich über aktuelle politische Themen informieren lassen.

Dr. Robert Wallner, Leiter der Staatsanwaltschaft, hielt sich am 8. November zu verschiedenen Gesprächen sowie einem Treffen mit Assistant Attorney General Lanny Breuer in Washington auf. Lanny Breuer hatte im Juni 2009 an der in Liechtenstein abgehaltenen Konferenz zur internationalen Zusammenarbeit bei der Einziehung von Vermögenswerten teilgenommen.

Der Besuch von Aussenministerin Aurelia Frick in Chicago vom 8.-10. Dezember umfasste neben der Eröffnung des Honorarkonsulats u.a. einen Besuch bei der Mercantile Exchange, die geführte Besichtigung des Chicago Art Institute (zweitgrösstes Kunstmuseum in den USA, nach dem Metropolitan Museum in New York), einen Vortrag vor rund 40 Geschäftsfrauen sowie eine Zusammenkunft mit Vertretern von Chicago World Business.

Rene Brülhart bzw. Dr. Katja Gey hielten sich im Berichtsjahr zwecks Diskussion einer Erweiterung der Zusammenarbeit im Bereich Steuerfragen mehrmals in Washington auf.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im Berichtsjahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene, statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein, die Imagepflege sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsbürger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Besonders hervorzuheben ist auch im Jahr 2010 die Konkretisierung der Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, die über die Botschaft in Wien erledigt wird.

Die Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Besuche auf Regierungsebene

Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich wurden, wie in den vergangenen Jahren, durch zahlreiche Treffen auf höchster Ebene sowohl in Liechtenstein als auch in Österreich gepflegt. Am 20. Januar besuchte Regierungsrat Hugo Quaderer das Bildungsinstitut St. Josef in Feldkirch, an welchem 65 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner zur Schule gehen. Regierungsrätin Aurelia Frick nahm am 13. Februar an der 38. Präsidentenkonferenz der Europäischen Anwaltsorganisationen teil, zudem fand ein Arbeitsgespräch mit Bundesjustizministerin Claudia Bandion-Ortner zum Thema Familienrecht statt. Anlässlich der «Afghanistan Implementation Conference» des Liechtenstein Institute of Self-Determination (LISD) reiste Regierungsrätin Aurelia vom 25. – 26. Februar nach Wien. Am 26. Februar traf sich Regierungsrat Hugo Quaderer mit Bundesbildungsministerin Claudia Schmied zu einem Arbeitsgespräch, bei welchem das Thema «neue Mittelschule» behandelt wurde. Am 12. März nahm Regierungsrat Quaderer an der Jubiläumskonferenz zur Bologna Deklaration in Wien teil. Am 29. April reiste Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer für die Eröffnung der Liechtensteinischen Landesbank in Österreich sowie für bilaterale Kontakte nach Wien. Der österreichische Bundesgesundheitsminister, Alois Stöger, reiste am 31. Mai für ein Treffen mit Regierungsrätin Renate Müssner nach Vaduz. Neben der Unterzeichnung des bilateralen Abkommens zwischen Österreich und Liechtenstein betreffend die automatische Anerkennung von in Österreich zugelassenen bzw. registrierten Human- und Tierarzneimitteln in Liechtenstein nahm Bundesminister Stöger am Studientag Zukunft Krankenhaus in Vaduz teil. Am 17. Juni hielt Regierungschef Klaus Tschütscher in Wien eine Festrede zum Thema Banken- und Finanzplatz Liechtenstein. Weiters fand ein Treffen mit Experten des österreichischen Bundeskanzleramts zu einem Informationsaustausch im Bereich E-Government statt. Am 18. Juni traf sich der Regierungschef mit Bundeskanzler Werner Faymann zu einem Arbeitsgespräch, das die Sanierung des Landeshaushaltes sowie die Totalrevision des liechtensteinischen Steuerrechts beinhaltete. Auf Einladung von Regierungsrätin Renate Müssner trafen sich am 21. und 22. Juni in Vaduz die Umweltminister aus Liechtenstein, Österreich, Deutschland und der Schweiz. Schwerpunkte des traditionellen Vierländertreffens waren die Klimapolitik, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Alpenkonvention. Auf Einladung der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLI) nahm Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer als Ehrengast am jährlichen Empfang der ÖLI in Bregenz anlässlich der Eröffnung der Bregenzer Festspiele teil. Am 26. August nahm Regierungschef Klaus Tschütscher am Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Wien teil. Regierungsrätin Aurelia Frick lud am 29. August in Alpach zum traditionellen Mittagessen anlässlich der Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpach. Am 13. September nahm Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer am «1. Treffen der Tourismus-MinisterInnen im Alpenraum» in Innsbruck teil. Am 28. Oktober organisierte die Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein eine Veranstaltung zum Thema «Finanzplatz Liechtenstein», an welcher Regierungschef Klaus Tschütscher, der Präsident des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht, Michael Lauber, sowie der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Adolf Real, teilnahmen. Von 10. – 11. November nahm Regierungsrätin Renate Müssner auf Einladung des österreichischen Bundesministers Nikolaus Berlakovich in Wien an einem Gedankenaustausch zur Klimakonferenz von Ende November in Cancún teil. Am 29. November besuchte die ehemalige österreichische Bundesministerin und OSZE-Menschenhandelsbeauftragte Helga Konrad Regierungsrat Hugo Quaderer sowie Behörden- und NGO-Vetreter für einen Arbeitsbesuch betreffend Bekämpfung des Frauenhandels.

Besuche auf Beamtenebene

Der Chef der Steuerverwaltung sowie die Koordinatorin für internationale Finanzplatz- und Steuerverhandlungen trafen sich am 30. Juni zu einem allgemeinen Austausch zu Steuerfragen mit Vertretern des österreichischen Finanzministeriums. Am 2. und 3. September weilte Staatsanwalt Robert Wallner zur Eröffnungskonferenz der Anti-Korruptions-Akademie (IACA) in Wien, im Zuge welcher Liechtenstein das Übereinkommen zur Gründung der IACA mitunterzeichnete. Der Leiter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer, traf am 12. Oktober Generalsekretär Botschafter Johannes Kyrle in Wien zum traditionellen Politischen Dialog, an welchem unter anderem der Vertrag von Lissabon und eine mögliche Zusammenarbeit im Donauraum besprochen wurde. Am 21. und 22. Oktober besuchten Vertreter der Landesverwaltung sowie der Financial Intelligence Unit das Büro für Informationssicherheitskommission des Bundeskanzleramts in Wien. Staatsanwalt Robert Wallner sowie Mitarbeitende des Ressorts Justiz trafen sich am 27. Oktober in Wien mit Kolleginnen und Kollegen des Bundesministeriums für Justiz.

Kultur

In den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich ist die kulturelle Zusammenarbeit sehr eng. Während ihres Aufenthaltes in Wien für das Treffen mit Bundesjustizministerin Bandion-Ortner am 13. Februar traf Regierungsrätin Frick die liechtensteinische Künstlerin Beate Frommelt, die auf Einladung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur einen Atelieraufenthalt auf Schloss Laudon bei Wien absolvierte.

Anlässlich des 300-Jahr-Jubiläums der Manufaktur Meissen veranstaltete die Liechtensteinische Botschaft gemeinsam mit der Deutschen Botschaft eine Porzellanausstellung im Liechtenstein Museum in Wien. Die Eröffnung fand am 20. Mai statt. Am 18. Juni stattete die Kulturlandesrätin Vorarlbergs, Andrea Kaufmann, Regierungsrätin Aurelia Frick einen offiziellen Besuch ab, bei welchem regionale Kulturaustauschprojekte besprochen wurden. Am 9. September nahm Stabsstellenleiter Tom Büchel an der Auslandskulturtagung 2010 des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, die unter dem Titel «Der Donauraum als gemeinsame Kulturlandschaft» stand, teil.

Das Liechtenstein Museum in Wien veranstaltete im Mai 2010 die Sonderausstellung «Klassizismus und Biedermeier aus den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein und den staatlichen Sammlungen der Tschechischen Republik» in Prag, welche am 5. Mai von S.D. dem Fürsten von und zu Liechtenstein im Beisein von hochrangigen Vertretern der tschechischen Regierung eröffnet wurde. I.D. Fürstin Marie von und zu Liechtensten nahm an der Finnissage dieser Ausstellung am 14. Oktober teil.

Die Beziehungen Liechtenstein-Tschechien

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien wurden seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Herbst 2009 konsequent weitergeführt. 2010 konzentrierte sich die Zusammenarbeit insbesondere auf die Etablierung der Historikerkommission sowie auf die Weiterführung der Zusammenarbeit im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Am 7. April weilte der damalige tschechische Aussenminister, Jan Kohout, für einen Arbeitsbesuch bei Ausseministerin Aurelia Frick in Vaduz. Anlässlich seines Besuchs am 5. Mai in Prag stattete S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein dem tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus einen Höflichkeitsbesuch ab. Am 17. Mai fand im Zuge des Besuchs von Regierungsrätin Frick bei der EXPO in Shanghai ein weiteres Treffen mit dem tschechischen Aussenminister, der anlässlich des tschechischen Nationentages zur Weltausstellung angereist war, statt.

Historikerkommission

Die Etablierung der tschechisch-liechtensteinischen Historikerkommission konnte mit der Unterzeichnung der offiziellen Ernennungsschreiben anlässlich eines Treffens von Regierungsrätin Aurelia Frick mit dem tschechischen Aussenminister Karel Schwarzenberg in New York am 25. September formell besiegelt werden. S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein nahm vom 24. - 26. November als Ehrengast an der internationalen Konferenz zum Thema «Das Fürstenhaus Liechtenstein in der Geschichte der Länder der Böhmischen Krone" teil. Die Konferenz fand in Olmütz / Mähren unter der Teilnahme von über 40 Experten statt und wurde vom Historischen Verein Liechtenstein in der Tschechischen Republik zusammen mit der Universität Ostrau organisiert. Die konstituierende Sitzung der Historikerkommission fand am 16. Dezember im Liechtenstein Museum in Wien statt.

Wirtschaft

Die Tschechische Republik präsentierte sich bei der LIHGA 2010 als Gastland. So reiste zur Eröffnung am 4. September eine hochrangige Delegation aus Prag und Brünn nach Liechtenstein. Dieser Besuch wurde für Treffen und Gespräche auf Regierungsebene im Rahmen der LIHGA genutzt.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Nach Einschätzung der EU funktioniert die Zusammenarbeit mit den EWR/EFTA-Staaten reibungslos. In Schlussfolgerungen des EU-Rates von Ende Jahr wurde die Schnelligkeit, mit der Liechtenstein seine Rechtsvorschriften entsprechend der Entwicklung des EU-Rechtsbestandes regelmässig angepasst hat, explizit gewürdigt. Ein rascher Beitritt Liechtensteins zum Schengen-Raum wurde gewünscht und die Zusammenarbeit mit Liechtenstein in Steuersachen gelobt. Man möchte aber prüfen, ob mit Bezug auf die EWR/EFTA-Staaten ein umfassenderer Integrationsansatz vorzuziehen wäre, der alle Bereiche der Zusammenarbeit erfasst und horizontale Kohärenz der Regelungsmatieren gewährleistet. Es konnte in den EU-Institutionen ein erhöhtes Interesse an der Frage festgestellt werden, inwieweit sich Liechtenstein künftig stärker in die EU integrieren liesse. Vereinzelt scheint sich die Einsicht zu bilden, Liechtenstein sollte angesichts der beachtenswerten Integrationsbemühungen auch eine Integrationsperspektive angeboten werden, die über den heutigen EWR hinausgeht. Auch mit Bezug auf die anderen europäischen Kleinstaaten werden in der EU Überlegungen angestellt, wie diese Staaten rechtlich in die EU eingebunden werden könnten.

Das Abkommen über den Finanzmechanismus 2009-2014 wurde unterzeichnet und von Liechtenstein als erstem Land ratifiziert. Ab Anfang 2011 wird es mit Zustimmung aller Parteien provisorisch angewendet. Die politische Blockierung des Schengen-/Dublin-Beitrittsdossiers Liechtensteins im EU-Ministerrat konnte beseitigt werden. Mit Ausnahme des Abkommens mit Dänemark sind alle Annex-Abkommen zur Schengen-/Dublin-Assoziation Liechtensteins ausgehandelt und unterzeichnet worden.

Auf Mitte des Jahres übergab S.D. Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein nach 14 Jahren die Leitung der Mis-

sion und Botschaft in Brüssel an seinen Nachfolger, Kurt Jäger, der zuvor als von Liechtenstein benanntes Mitglied der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) tätig war. Die Nachfolge in der ESA wurde im Juli von Frau Sabine Monauni-Tömördy angetreten, die zuvor die Funktion als stellvertretende Leiterin der Stabsstelle EWR in Liechtenstein wahrgenommen hatte.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

EWR-Institutionen

Der EWR stand im ersten Halbjahr 2010 unter EU-Vorsitz, wobei Liechtenstein den Vorsitz der EFTA-Staaten innehatte. Bei den Beschlüssen des Gemeinsamen Ausschusses gab es in dieser Phase keine nennenswerten Probleme. In 2010 wurden insgesamt 139 Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses gefasst, womit 347 neue EU-Rechtsakte in den EWR übernommen wurden. Der EWR funktioniert nach allgemeinem Bekunden beider Seiten gut. Eine gewisse Herausforderung ist allerdings, die Spannungen zwischen dem seit seinem Inkrafttreten formell unveränderten EWR-Recht und dem sich ständig weiterentwickelnden EU-Primärrecht abzubauen. Dabei scheint die integrale Übernahme von EWR-Acquis in letzter Zeit für Liechtenstein ein weniger grosses Problem darzustellen als für die anderen EWR/EFTA-Staaten. Ganz allgemein war festzustellen, dass die Beziehungen zur EU durch deren Anwachsen auf 27 Mitgliedstaaten nicht einfacher geworden sind. Entsprechend der erhöhten Schwierigkeit, im EU-Innenverhältnis Kompromisse zu finden, sowie angesichts der angespannten finanzpolitischen Lage in den meisten EU-Mitgliedstaaten, zeigt die EU sich gegen aussen zunehmend weniger flexibel. Es überrascht daher nicht, dass in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs im Rahmen der Verhandlungen zur Übernahme neuer EU-Erlasse in den EWR Divergenzen zwischen der Kommission einerseits sowie Island und Norwegen andererseits auftraten. Als Beispiel sei die Übernahme von Strafbestimmungen im Rahmen von Richtlinien betreffend den Umweltschutz genannt. Seitens Norwegens und Islands wurde geltend gemacht, dies sei Bestandteil der früheren dritten Säule der EU (Justiz und Inneres) und Strafrechtsharmonisierung sei nicht Gegenstand des EWR. Demgegenüber hatte der EuGH bereits schon vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages gegenüber EU-Mitgliedstaaten, die dasselbe Argument vorgebracht hatten, klargestellt, dass Strafrechtmassnahmen zur Durchsetzung von Bestimmungen des Binnenmarktes zu übernehmen seien. Darüber hinaus kam es im Jahr 2010 auch zu Diskussionen darüber, inwieweit Ausnahmen vom EU-Acquis möglich sind, ohne das Ziel einer homogenen Übernahme und Anwendung dieses Rechts zu gefährden. So war die Kommission beispielsweise nicht bereit, eine Ausnahme bei grenzüberschreitender Fernsehwerbung zuzulassen, welche eine Einschränkung von Werbung für Alkohol und Spiel in einzelnen EWR/EFTA-Staaten ermöglicht hätte. Ein weiteres Problem für die beiden nordischen Partner Liechtensteins im EWR stellt die Einräumung einer Kompetenz an die EFTA-Aufsichtsbehörde zur Anordnung von Bussen beim Vollzug von Entscheidungen der Europäischen Luftfahrtsicherheitsagentur (EASA) dar.

Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat die Interessen des Landes an beiden jährlichen EWR-Ratssitzungen, und mehrere Regierungsräte nahmen an informellen Ministertreffen teil, die jeweils vom EU-Mitgliedstaat in der Funktion der EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt werden (in 2010 Spanien und Belgien). An der jährlichen Aussprache zwischen dem EU-Wirtschafts- und Finanzministerrat (ECOFIN) und den EFTA-Staaten wurde das Land in diesem Jahr durch Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer im Vorsitz auf der EFTA-Seite vertreten, da die Agenda diesmal nur wirtschafts- und konjukturpolitische Themen betraf.

Nach Einschätzung des EU-Ministerrates vom Dezember 2010 funktioniert die Zusammenarbeit mit EWR/EFTA-Staaten reibungslos. Der Rat begrüsste in seinen Schlussfolgerungen im Rahmen seiner jährlichen Beratung über die Beziehungen der EU zu den EFTA Staaten, dass die EWR/EFTA-Staaten den Rechtsbestand (Acquis communautaire) des EU-Binnenmarktrechts stets äusserst korrekt übernommen haben. Hervorgehoben wurde insbesondere auch die Schnelligkeit, mit der Liechtenstein seine Rechtsvorschriften entsprechend der Entwicklung des EU-Rechtsbestandes regelmässig angepasst hat. Erhofft wird ein rascher Beitritt Liechtensteins zum Schengen-Raum. Gelobt wird auch die Zusammenarbeit mit Liechtenstein in Steuersachen. Geprüft werden sollte aber, ob im Falle der EWR/EFTA-Staaten ein umfassenderer Ansatz, der alle Bereiche der Zusammenarbeit erfasst und horizontale Kohärenz sicherstellt, sinnvoller wäre. Ferner sollte etwaigen Entwicklungen hinsichtlich der Mitgliedschaft im EWR Rechnung getragen werden.

Das In-Kraft-Treten des Lissabon-Vertrags im Dezember 2009 hat Änderungen im institutionellen Aufbau und in der Komitologie mit sich gebracht, deren Auswirkungen noch nicht alle abschätzbar sind. Klar ist aber, dass die Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozess kräftig aufgewertet wurde, was intensivierte Beziehungen auch seitens der EWR/EFTA-Staaten mit dem EU-Parlament erforderlich macht.

EU-Beitrittsgesuch Islands

Das Beitrittsverfahren der EU mit Island wurde am 17. Juni 2010 eröffnet und am 27. Juli 2010 wurden mit Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus von Island Vorverhandlungen aufgenommen. In einer ersten Phase erfolgte eine Grobüberprüfung der isländischen Gesetzgebung durch die EU, die im November 2010 abgeschlossen wurde. Die Überprüfung der Vereinbarkeit der bestehenden isländischen Rechtsordnung mit

den EU-Vorschriften wird mindestens bis zum Sommer 2011 dauern, wobei kapitelweise vorgegangen wird. Es wird damit gerechnet, dass die Verhandlungen frühestens ab Mitte 2011 aufgenommen werden können. Island geht davon aus, dass der weitaus grösste Teil der Kapitel auf Grund der EWR-Mitgliedschaft bereits voll umgesetzt oder teilweise (z.B. Umweltschutz) umgesetzt sind. Viel Zeit werden die Verhandlungen zu den Kapiteln Landwirtschaft und Fischerei in Anspruch nehmen. Bei den Verhandlungen werden übrigens alle bestehenden Ausnahmen neu überprüft, die Island im Rahmen des EWR-Abkommens zugestanden wurden. Diese sind im Hinblick auf einen EU-Beitritt nicht als Besitzstand garantiert.

EWR-Finanzierungsmechanismus 2009/2014

Nachdem Liechtenstein das Übereinkommen zwischen der Europäischen Union, Island, dem Fürstentum Liechtenstein und dem Königreich Norwegen über einen EWR-Finanzierungsmechanismus für den Zeitraum 2009-2014 am 19. August 2010 unterzeichnet hatte, bewilligte der Landtag in seiner Sitzung vom September 2010 den entsprechenden Finanzbeschluss. Nach Ablauf der Referendumsfrist hinterlegte die Mission in Brüssel am 15. Dezember die liechtensteinische Ratifikationsurkunde und erklärte die Zustimmung Liechtensteins zur provisorischen Anwendung, bis das Abkommen förmlich in Kraft tritt. Das Abkommen wird ab Anfang 2011 mit Zustimmung aller Parteien provisorisch angewendet.

Steuerthemen mit der EU

Der Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens mit der EU erhielt im Berichtsjahr durch eine neue Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (siehe z.B. Fall C-540/07 Kommission gegen Italien und Fall C-72/09 Rimbaud) einen erhöhten Stellenwert. Die Rechtsprechung bestätigt, dass in der EU künftig die fehlende Integration der EWR/EFTA-Staaten in die steuerrechtlichen Bestimmungen der EU-Binnenmarkregulierung als ein Rechtfertigungsgrund für diskriminierende Beschränkungen bei der Ausübung der Kapitalverkehrs- und Dienstleistungsfreiheit geltend gemacht werden kann. So sei eine umstrittene 3-prozentige Quellenbesteuerung auf den Grundbesitz einer ausländischen (hier liechtensteinischen) juristischen Person in Frankreich, die aber nicht für Personen in anderen EU-Mitgliedstaaten gilt, gerechtfertigt, solange der betreffende Drittstaat mit Frankreich kein Abkommen über die Amtshilfe oder mit einem ausdrücklichen Diskriminierungsverbot in Steuerangelegenheiten abgeschlossen hat.

Zwischen der Europäischen Kommission und Vertretern der liechtensteinischen Verwaltung fand ein allgemeiner Informationsaustausch über die Frage der Übernahme des EU-Verhaltenskodexe in Steuerangelegenheiten (Code of Conduct on Taxation) durch Liechtenstein statt, an der auch über andere hängige Steuerthemen bei der EU gesprochen wurde. Die liechtensteinische Delegation wurde durch die Mission in Brüssel unterstützt. Die Besprechungen hatten ausschliesslich exploratorischen Charakter. Zu den hängigen Dossiers des Betrugsabkommens und der Revision der EU-Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie konnten keine Fortschritte vermeldet werden, ausser dass angekündigt wurde, es würden in naher Zukunft Vorschläge der EU-Kommission zur Neuauflage der EU-Amtshilferichtlinie und Zinsertragsbesteuerungsrichtlinie vorliegen, die zu einer Deblockierung der Verhandlungen über das Betrugsbekämpfungsabkommen zwischen der EU und Liechtenstein führen sollten.

Schengen- und Dublin-Assoziation

Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon hatte zur Folge, dass das EU-interne Verfahren für die Genehmigung von internationalen Verträgen Änderungen unterworfen wurde. Da die liechtensteinischen Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages unterzeichnet wurden, aber erst danach ratifiziert werden, wurden sie Teil einer im EU-Ministerrat zu definierenden Übergangsregelung, deren Festlegung einiges an Zeit in Anspruch nahm. Kurzum, die Abkommen/Protokolle betreffend Liechtenstein mussten erneut ans Europäische Parlament überwiesen werden, welches im Jahr 2008 bereits einmal dazu Stellung genommen hatte, nun aber unter dem Regime von Lissabon den Abkommen formell zustimmen muss. Im Prozess zur Ratifikation der Assoziation Liechtensteins mit den Abkommen von Schengen und Dublin konnte im Laufe des Berichtsjahres ein neuer Elan verzeichnet werden, nachdem dieses Dossiers zuvor für längere Zeit blockiert war. Schweden zog schliesslich im September als letzter EU-Mitgliedstaat seinen Vorbehalt zurück. Die Behandlung der liechtensteinischen Assoziierungsprotokolle konnte aber nicht mehr vor Ende 2010 im europäischen Parlament durchgeführt werden. Nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens gehen die Protokolle zur definitiven Beschlussfassung (Ratifikation) zurück an den EU-Ministerrat, womit vor Mitte 2011 gerechnet wird und was einen Beitritt Liechtensteins vor Ende 2011 ermöglichen würde. Regierungsrat Hugo Quaderer nahm in Begleitung der Mission in Brüssel an mehreren Sitzungen des Rats der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten teil, zu denen Liechtenstein bereits wegen der bevorstehenden Assoziation mit Schengen und Dublin als Beobachter eingeladen wird.

Hinsichtlich der durch die Schengen-/Dublin-Assoziation bedingten weiteren Abkommen sind mit Ausnahme des Abkommens mit Dänemark zur gegenseitigen Anwendung der Schengenregeln alle Abkommen ausgehandelt und unterzeichnet. Das Abkommen Liechtensteins mit Island und Norwegen befand sich 2010

noch in der Ratifikationsphase und das Abkommen mit Dänemark stand Ende Jahr kurz vor der Unterzeichnung. Bei den unterzeichneten Abkommen handelt es sich um jenes zur Teilnahme Liechtensteins an der EU-Aussengrenzagentur FRONTEX, das Abkommen zur Beteiligung am EU-Aussengrenzfonds und das Abkommen mit der EU über den Austausch von klassifizierten Informationen, das bereits am 1. August 2010 in Kraft trat.

Als indirekte, vorgezogene Auswirkung der Schengen-/Dublin-Assoziierung der Schweiz und Liechtensteins wurde in 2010 die Visumspflicht für Kurzaufenthalte von Staatsangehörigen aus Mazedonien, Montenegro, Serbien, Albanien sowie Bosnien und Herzegowina aufgehoben. Somit können Staatangehörige dieser Staaten, welche im Besitz eines biometrischen Passes sind, ohne Visum in den Schengenraum (inkl. Liechtensteins) einreisen und sich dort für 90 Tage pro Halbjahr aufhalten.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Die wichtigsten Ereignisse in der Berichtsperiode waren die 120. Ministersession am 11. Mai in Strassburg, die von Generalsekretär Jagland eingeleitete Reform des Europarats, die Interlaken-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) am 18./19. Februar sowie die Folgearbeiten zu dieser Konferenz, insbesondere die Schaffung eines «Screening Panels» betreffend die Wahl der Richter beim EGMR.

Am 11. Mai ging der halbjährliche Vorsitz im Ministerkomitee von der Schweiz auf die «Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien» über. Diese Vorsitzländer bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich verstärkt für die Grundwerte des Europarats - Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - einzusetzen und die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte voranzutreiben. Die Schweiz setzte sich insbesondere auch für eine Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und für eine erhöhte Transparenz und Effizienz des Europarats ein, während sich Mazedonien zudem für die Förderung der Integration in der multikulturellen Gesellschaft sowie für die Förderung der Beteiligung Jugendlicher einsetzte.

Am 10. November übernahm die Türkei den Vorsitz und hatte hierfür folgende Schwerpunkte festgelegt:
- *Reform des Europarats;*
- *Reform des EGMR;*
- *Stärkung der sog. Monitoring-Mechanismen des Europarats;*
- *Rascher Beitritt der EU zur EMRK.*

120. Ministersession am 11. Mai

Am 11. Mai fand unter dem Vorsitz der Schweiz in Strassburg die 120. Ministersession des Europarats statt. Liechtenstein wurde durch Aussenministerin Aurelia Frick vertreten. Diese Ministersession befasste sich vor allem mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz sowie mit der Rolle des Europarats im Bezug auf Bosnien und Herzegowina. Zu diesem Thema gab es eine gemeinsame Erklärung der ausscheidenden und des neuen Vorsitzenden. Weitere Themen der Session waren die Massnahmen des Europarats infolge des Georgien-Konflikts, die durch den neuen Generalsekretär eingeleiteten Reformen der Organisation sowie die Beziehungen zwischen dem Europarat und der EU.

Reform des Europarats

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 1. Oktober 2009 hatte Generalsekretär Thorbjørn Jagland die notwendigen Schritte für eine Reform der Organisation in die Wege geleitet. Im Januar 2010 erläuterte er dem Ministerkomitee erstmals seine Reformideen, welche auf einstimmige Zustimmung stiessen.

Der Generalsekretär will den Europarat als politisches Organ und als innovative und flexible Organisation stärken, um ihm mehr Visibilität zu verleihen und seine Bedeutung für die Bürger Europas zu erhöhen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit dem Personal und den Partnern der Organisation geschehen. Die Reform soll auf folgenden Säulen beruhen: bessere Verwaltung, Konzentration der Arbeit, Strukturreformen sowie Reform des EGMR. Manche Reformteile wurden sofort umgesetzt, während andere mehr Zeit benötigen.

Weitere Reformvorstellungen des Generalsekretärs wurden im Berichtszeitraum überprüft und werden weiterhin intensiv beraten, nachdem es ein Anliegen des Europarats sein muss, ein hohes Mass an Sicherheit und Stabilität in einem Europa ohne Trennungslinien zu gewährleisten und die politische Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten sowie mit der EU und der OSZE zu verstärken.

Liechtenstein hat seine Unterstützung für diese Reformbemühungen im Berichtsjahr wiederholt im Ministerkomitee und insbesondere im Rahmen der 120. Ministersession zum Ausdruck gebracht.

High-Level-Konferenz über die Zukunft des EGMR in Interlaken und Folgearbeiten

Auf Einladung des Schweizer Vorsitzes fand am 18.-19. Februar in Interlaken eine High-Level-Konferenz zur Zukunft des EGMR statt. Die liechtensteinische Delegation wurde von Aussen- und Justizministerin Aurelia Frick geleitet.

Ziel der Konferenz war es, Reformen für den total überlasteten Gerichtshof einzuleiten. In der feierlichen

Schlusserklärung verpflichteten sich die Staaten, die Reform nach Kräften voranzutreiben. Ein entsprechender Aktionsplan wurde angenommen.

Folgende Punkte bezüglich der Resultate der Konferenz sind zu betonen:

– Die Hauptverantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte tragen die Staaten, Sie müssen dafür mehr als bisher tun. Der Gerichtshof hat nur eine subsidiäre Rolle.
– Viele der vom Gerichtshof behandelten Fälle zeigen immer wiederkehrende Probleme auf. Der Gerichtshof muss solche systemimmanenten Schwierigkeiten in Modellurteilen aufzeigen und die Staaten auffordern, diese Probleme zu beseitigen, sowie seinerseits bei künftigen ähnlichen Fällen auf sein früheres Modellurteil verweisen.
– Der Gerichtshof muss auf eine klare und einheitliche Rechtsprechung achten.
– Das Verfahren zur Änderung organisatorischer Bestimmungen der Konvention sollte vereinfacht werden.
– Das Recht auf Individualbeschwerde muss unbedingt aufrechterhalten bleiben, aber der Gerichtshof sollte sich auf besonders wichtige Fälle konzentrieren.
– Es soll ein Filtersystem eingeführt werden, um die Flut der einlaufenden (unzulässigen) Beschwerden effizienter bearbeiten zu können.
– Die Zulässigkeitskriterien müssen vom Gerichtshof strenger gehandhabt werden.
– Die Bevölkerung muss über die Konvention und die Zulassungskriterien besser informiert werden.

Bis Ende 2011 sollen die Staaten über die getroffenen Massnahmen zur Umsetzung der Interlaken-Erklärung und des Aktionsplans berichten.

Eine Folgekonferenz wird auf Ministerebene unter türkischem Vorsitz am 26.-27. April 2011 in Izmir stattfinden. Im Vordergrund werden dabei die Prüfung von Reformvorschlägen, die keine Abänderung der EMRK erfordern, sowie die vorläufige Besprechung von Vorschlägen, für welche eine Änderung der Konvention nötig wäre, stehen.

Mit den Folgearbeiten zur Interlaken-Konferenz ist derzeit auf Expertenebene vor allem das Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) sowie die zu diesem Thema geschaffene Arbeitsgruppe (GT-SUIVI.Interlaken) beschäftigt. Liechtenstein engagiert sich in beiden Gremien für das Vorantreiben der Reformbemühungen.

Eine erste sichtbare Massnahme, welche auf der Grundlage des Aktionsplans von Interlaken vom Ministerkomitee mittlerweile umgesetzt wurde, ist die Schaffung eines «Screening Panels» betreffend die Wahl der Richter am EGMR. Des Weiteren berät das Ministerkomitee über eine Anpassung seiner Arbeitsmethoden zur Überprüfung der Umsetzung der Urteile des EGMR. Dieses Panel besteht aus sieben Mitgliedern.

Bevor ein Staat, für den ein Richter zu finden ist, bei der Parlamentarischen Versammlung wie üblich einen Dreier-Vorschlag einreicht, hat der betreffende Staat künftig dem Panel die Namen und Lebensläufe der möglichen Kandidaten zu übermitteln, die dann von diesem auf ihre Eignung überprüft werden.

Inkrafttreten von Protokoll Nr. 14 zur EMRK

Nach der Ratifizierung durch Russland trat das Protokoll Nr. 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) am 1. Juni 2010 in Kraft. Es bindet damit auch Liechtenstein rechtlich. Es hat eine Steigerung der Effizienz des EGMR zum Ziel und beinhaltet unter anderem folgende Massnahmen:

– eine Stärkung des Filtersystems, um offensichtlich unzulässige Beschwerden auszusondern;
– die Festlegung eines neuen Zulässigkeitskriteriums für Rechtssachen, in denen der Beschwerdeführer keinen erheblichen Nachteil erlitten hat;
– die Einführung von Massnahmen zu einem effizienteren Umgang mit Beschwerden, zu denen es schon eine Rechtssprechung gibt (Wiederholungsfälle);
– eine Stärkung der Rolle des Ministerkomitees, auch mit Hinblick auf die Überwachung der Umsetzung der Urteile; sowie
– die Möglichkeit, dass die EU der EMRK beitritt.

Beitritt der EU zur EMRK

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon und von Protokoll Nr. 14 zur EMRK, welche die Grundlage für den geplanten Beitritt der EU zur EMRK schufen, wurden die diesbezüglichen Diskussionen auf Expertenebene im Sommer 2010 lanciert. Zu diesem Zweck wurde eine informelle Gruppe bestehend aus Vertretern des Direktionskomitees für Menschenrechte (CDDH) des Europarats und der Europäischen Kommission geschaffen, in deren Rahmen bis Juni 2011 ein Rechtsinstrument ausgearbeitet werden soll, welches als vertragliche Basis für den Beitritt der EU zur Konvention dienen kann.

Liechtenstein begleitet diesen für den Europarat wichtigen Prozess vor allem durch die Beteiligung an den Arbeiten des CDDH und wird sich auch im Ministerkomitee entsprechend einbringen.

High-Level-Konferenz zum Thema Roma

Am 20. Oktober fand in Strassburg eine High-Level-Konferenz des Europarats zum Thema Roma statt. Die Konferenz wurde in Folge der aktuellen Entwicklungen in Europa (insbesondere in Frankreich) auf Initiative des Generalsekretärs des Europarats einberufen. Sie ist im Zusammenhang mit der von Generalsekretär Jagland eingeleiteten Reform des Europarats zu sehen. Die Reform soll dazu beitragen dass der Europarat in der aktuellen politischen Diskussion über Fragen, welche in seine Kernbereiche fallen, wieder eine aktivere und einflussreichere Rolle spielen kann. Neben Vertretern der

47 Mitgliedsstaaten des Europarates nahmen auch hochrangige Vertreter der EU (Kommissarin Reding) und Vertreter der Roma-Gemeinschaft an der Konferenz teil.

Nach langwierigen Verhandlungen gelang es den Mitgliedsstaaten, sich auf eine gemeinsame gesamteuropäische Antwort zu einigen, um den Bedürfnissen der ca. 12 Millionen Roma in Europa Rechnung zu tragen. Die verabschiedete «Strassburger Erklärung» enthält Leitlinien und Prioritäten zu Themen wie Nichtdiskriminierung, Bürgerschaft, Frauen- und Kinderrechte, soziale Eingliederung, Selbstbestimmung und Zugang zur Justiz. Die Erklärung sieht ausserdem die Einrichtung eines neuen europäischen Trainingsprogramms für über 1000 Roma-Mediatoren vor, welche die Gemeinschaften in rechtlichen und administrativen Fragen beraten werden. Zudem hat der Europarat vor, im Jahr 2011 rund 100 Anwälte weiterzubilden, welche sich zusammen mit den Roma-Mediatoren für den Zugang zu Unterkünften, Gesundheitsfürsorge und Arbeit einsetzen und eine bessere Verbindung zwischen den Roma-Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft schaffen sollen.

Liechtenstein war an der Konferenz durch den Stellvertretenden Ständigen Vertreter beim Europarat, Dominik Marxer, vertreten.

20-Jahrfeier des Nord-Süd-Zentrums

Anlässlich der Feier zum 20jährigen Bestehen des Europäischen Zentrums für globale Interdependenz und Solidarität (Nord-Süd-Zentrum) am 17. und 18. Mai in Lissabon hielt der Exekutivrat des Zentrums am 17. Mai seine 43. Sitzung ab, an welcher der Ständige Vertreter teilnahm. Es wurde u. a. ein neues, «Think-Tank» genanntes Beratergremium vorgestellt, das sich Gedanken über die künftige Ausrichtung und die Schwerpunkte des Zentrums machen und geplante Arbeiten begutachten soll.

Höhepunkt der Feier zum 20-jährigen Bestehen des Zentrums war eine Podiumsdiskussion über «das 21. Jahrhundert als Jahrhundert weltweiter Abhängigkeit und Solidarität», an der auch der portugiesische Präsident und die Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats teilnahmen.

Eine Ausstellung aus Anlass des Jubiläums war 20 sog. Brückenbauern in der Menschheitsgeschichte gewidmet. Als solche wurde ferner Michael Gorbatschow und Frau Rula Dashti (Kuwait) mit dem Preis des Nord-Süd-Zentrums ausgezeichnet.

Am 3. November fand eine weitere Sitzung des Exekutivrats des Nord-Süd-Zentrums in Lissabon statt. Begrüsst wurde der Beitritt Aserbaidschans zum 1. August 2010 sowie die Rückkehr Maltas als Mitglied zum 1. Januar 2011. Gedankt wurde für den freiwilligen Beitrag Liechtensteins von rund 27'000 Euro für das Lissabon-Forum (siehe unten), das zusammen mit der EU-Kommission finanziert wird.

Die Arbeit des Zentrums konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die sog. «Global Education» (Erziehung zum Verständnis weltweiter Zusammenhänge und Solidarität), die diesem Anliegen entsprechende Jugendarbeit sowie auf den interkulturellen Dialog.

Lissabon-Forum

Der Ständige Vertreter nahm an diesem Forum am 4. und 5. November in Lissabon teil. Dieses vom Nord-Süd-Zentrum jeweils Anfang November veranstaltete Forum dient dem Dialog zwischen Europa und den anderen Kontinenten, vor allem dem Nahen Osten, den südlichen Mittelmeer-Anliegern und dem restlichen Afrika. Thema der diesjährigen Veranstaltung war die «Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit». Der Vorsitz lag bei Jorge Sampaio, dem UN-High Representative für die «Alliance of Civilisations», und Frau Deborah Bergamini, der Vorsitzenden des Exekutivrats des Zentrums.

Venedig-Kommission

Vom 15. bis 16. Oktober hielt die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) ihre 84. Plenarsitzung in Venedig ab. Neben der Behandlung von Entwürfen zu verschiedenen bulgarischen und georgischen Gesetzen, Gutachten für Verfassungsgerichte (u.a. für Bosnien-Herzegowina, Kirgisistan, Slowenien und Serbien) fand ein Meinungsaustausch mit südafrikanischen Abgeordneten zum Verfahren bei Verfassungsänderungen in Südafrika sowie mit dem türkischen Justizminister zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Verfassung und zur Rolle der Venedig-Kommission statt.

Zu den Sitzungen der Venedig-Kommission werden regelmässig Botschafter aus Strassburg eingeladen. Der Ständige Vertreter nahm die Einladung zu dieser Sitzung an und berichtete der Venedig-Kommission, dass sich die von ihr vor Jahren geäusserten Befürchtungen betreffend die Verfassung Liechtensteins nicht bestätigt haben. Sowohl der Ständige Vertreter als auch der liechtensteinische Vertreter in der Venedig-Kommission, Harry Gstöhl, erhielten in diesem Zusammenhang positive Rückmeldungen.

Forum für die Zukunft der Demokratie

Auf Einladung des armenischen Aussenministers fand das diesjährige Europaratsforum für die Zukunft der Demokratie in Europa am 19.-20. Oktober in Eriwan statt. Für Liechtenstein nahm der Ständige Vertreter teil. Das Thema des Forums war diesmal «Grundsätze und Herausforderungen der Demokratie in Europa – Aussichten bis 2020». Vertreter der Mitgliedsstaaten und ihrer Zivilgesellschaft sowie der Parlamentarischen Versammlung, des Kongresses der Gemeinden und Regionen, der Europaratskonferenz der internationalen Nichtregierungsorganisationen, der Venedig-Kommission sowie der EU diskutierten darüber, wie sich die Demokratie angesichts

des politischen und sozialen Wandels der letzten Jahre in den einzelnen Staaten im Alltag bewährt hat und wie die Demokratie künftig gestärkt werden könnte.

Sessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE)

Im Rahmen der 18. Plenarsession des Kongresses vom 17. bis 19. März fand eine aktuelle Debatte über die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gemeinden und Regionen statt. Weiters wurden auch die sog. «Monitoring-Berichte» über die kommunale/regionale Demokratie (Selbstverwaltung) in Island, Portugal und der Schweiz geprüft.

In der 19. Plenarsession des Kongresses vom 26. bis 28. Oktober verabschiedete der Kongress seine Prioritäten für die Jahre 2011-2012 sowie Vorschläge zur Änderung seiner Strukturen und Arbeitsmethoden. Dadurch sollen der Einfluss des Kongresses gestärkt und seine Massnahmen für die Bürger und Gebietskörperschaften Europas effektiver und relevanter werden.

Die Situation in Georgien

Am 5. November legte der Generalsekretär einen weiteren umfassenden Bericht über die Lage in Georgien für die Zeit von April bis September 2010 vor. Zwischen Russland und Georgien ist es zu keiner Entspannung gekommen. Die beiden von Russland als unabhängige Staaten anerkannten abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien betonen weiterhin mit russischer Unterstützung ihre Eigenständigkeit und geben eigene Pässe und Ausweise aus. Sie erlauben keinen freien Verkehr über die Verwaltungsgrenzen hinweg. Aussicht auf Rückkehr der Vertriebenen besteht nicht. Abchasien ist an internationaler Aufbauhilfe interessiert und lässt bestimmte internationale Kontakte zu, während Südossetien keine internationalen Stellen ins Land lässt. Die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen ist nach wie vor unzureichend, besonders in Bezug auf die Unterkunft. Der Menschenrechtskommissar des Europarats konnte die Schicksale einiger vermisster Personen klären und die Freilassung einiger verhafteter Personen erreichen. Alle Organe und Stellen des Europarats werden auch weiterhin in Georgien engagiert bleiben und die Entwicklung verfolgen.

Teilnahme an MK-Sitzungen und CEB-Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der 120. Ministersession 34 Sitzungen des Ministerkomitees (MK) auf Botschafterebene einschliesslich der Sitzungen zu Menschenrechtsfragen (DH-Sitzungen) statt. Zudem gab es 86 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees. Der Ständige Vertreter nahm an verschiedenen dieser Sitzungen teil, soweit sie von besonderen Interesse für Liechtenstein waren. Er nahm ausserdem an drei Sitzungen des Aufsichtsrats und vier Sitzungen des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris und in Strassburg sowie an einer gemeinsamen Sitzung beider Organe in Rom/Italien teil.

Ebenso nahm der Ständige Vertreter an den vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung und an den zwei Plenarsessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE) teil. Zu den inhaltlichen Aspekten der Sessionen der Parlamentarischen Versammlung wird auf den Bericht der Delegation beim Europarat verwiesen.

Diverses

Gruppe namhafter Persönlichkeiten

Auf Vorschlag von Generalsekretär Jagland und in Zusammenarbeit mit dem türkischen Vorsitz im Ministerkomitee wurde eine Gruppe namhafter Persönlichkeiten mit spezifischem Fachwissen unter dem Vorsitz von Joschka Fischer beauftragt, für die nächste Ministersession am 11. Mai 2011 in Istanbul einen Bericht über das «Zusammenleben im Europa des 21. Jahrhunderts» auszuarbeiten. Die Gruppe soll insbesondere Antworten auf aktuelle Bedrohungen durch Intoleranz und Diskriminierung in Europa finden.

Freiwillige Beiträge

Die Unterstützung von Projekten zur Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte ist weiterhin ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Entwicklungszusammenarbeit. Liechtenstein unterstützte im Berichtsjahr vier Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 170'000.

Die Regierung genehmigte Beiträge für das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon (CHF 37'500), für vertrauensbildende Massnahmen in Moldau/Transnistrien (CHF 37'500), für die Unterstützung der Volksabstimmung zur Änderung der Verfassung und der vorgezogenen Parlamentswahlen in Moldau (CHF 45'000) sowie für die Akademie für Kommunalverwaltung (School of Local Democracy) im westlichen Balkan (EUR 50'000).

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung engagierte sich aktiv in den bekannten prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen und die

Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC) sowie die humanitäre Hilfe. Höhepunkt der Arbeit im Jahr 2010 war die Überprüfungskonferenz des ICC-Statuts in Kampala (Uganda) unter Vorsitz von Botschafter Wenaweser, insbesondere die historische Annahme der Statutsänderung zum Verbrechen der Aggression. Regierungschef Klaus Tschütscher nahm am UNO-Gipfeltreffen zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 teil. Regierungsrätin Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung. Die Aussenministerin wurde von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags begleitet.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Das Thema Steuertransparenz nahm in der Entwicklungsdebatte und damit auch in zahlreichen UNO-Foren nach wie vor eine prominente Stellung ein, jedoch vorerst ohne konkrete, für Liechtenstein bedenkliche Ergebnisse. Das Thema der innovativen Mechanismen zur Entwicklungsfinanzierung (darunter Steuerkooperation) rückt stärker ins Zentrum und könnte 2011 von den G20 aufgenommen werden. Der neue Fokus der G20 auf Entwicklung am Gipfeltreffen in Seoul brachte für Liechtenstein relevante Bestimmungen zu Steuerkooperation, Korruptionsbekämpfung und der Rückführung illegaler Gelder. Ein erneuter Anlauf der Entwicklungsländer, den Expertenausschuss zu Fragen der internationalen Steuerkooperation in ein zwischenstaatliches Gremium umzuwandeln, konnte vorerst verhindert werden. Liechtenstein beteiligte sich weiter aktiv an Arbeiten der 3G («Global Governance Group»), die sich v.a. in finanzplatzrelevanten Bereichen um die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Prozesse der G20 einsetzt. Im Rahmen der umfassenden Überprüfung der Taliban/Al-Qaida-Sanktionenliste des Sicherheitsrates wurden die letzten verbliebenen liechtensteinischen Gesellschaften von der Liste gestrichen. Liechtenstein ist somit auf keiner SR-Sanktionenliste mehr explizit erwähnt. Der Ausschuss ist nach dem jüngsten Urteil des EuGH im Fall Kadi weiterhin unter Reformdruck, trotz der ambitionierten Tätigkeit der neu bestellten Ombudsperson.

Im Zweiten Ausschuss unterstützte Liechtenstein erfolgreich die Entwicklungsländer in ihrer Forderung, das Thema Korruption neu im Menschenrechtskontext und nicht wie bisher im Entwicklungskontext zu behandeln.

Menschenrechte

Dem Thema Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Rolle der Frau kam vor allem im Hinblick auf das Gipfeltreffen zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele in verschiedenen Foren besondere Bedeutung zu. Die Generalversammlung (GV) verabschiedete einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Botschafter Wenaweser sowie der marokkanische Botschafter wurden von den GV-Präsidenten Treki (64. Session) und Deiss (65. Session) mit der Leitung der New Yorker Überprüfung des Status des Menschenrechtsrates (MRR) betraut. Nach umfassenden Konsultationen im Frühherbst liess sich eine breite Tendenz der Mitgliedschaft zu einer konservativen Überprüfung des MRR ohne radikale Zielsetzungen feststellen. Es wurde eine enge Koordination zwischen Genf, welches die Arbeitsweise des MRR überprüft, und New York sowie ein Abschluss der Arbeiten bis spätestens Juli 2011 vereinbart. Die Überprüfung wird sich hauptsächlich mit dem Verhältnis des MRR zur GV befassen, insbesondere mit der Berichterstattungspraxis und den Finanzierungsmechanismen für MRR-Entscheidungen. Das kontroverse Thema der Mitgliedschaft im MRR (Qualität, Zusammensetzung, Grösse) wird ebenfalls in New York diskutiert werden.

Im Dritten Ausschuss stieg die Zustimmung zu den Länderresolutionen (Iran, Myanmar und Nordkorea) sowie zur Resolution zum Moratorium der Todesstrafe. Liechtenstein setzte sich bei der Resolution gegen Gewalt an Frauen mit Vorschlägen für ICC-Referenzen durch. Ein diplomatischer Kraftakt der USA zur Resolution über aussergerichtliche Hinrichtungen revidierte im GV-Plenum eine Abstimmung des Dritten Ausschusses und rettete so die letzte Referenz zum Thema sexuelle Orientierung in aktuellen GV-Resolutionen.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/Internationalen Strafgerichtshofes

Höhepunkt des ersten Halbjahres war die ICC-Revisionskonferenz in Kampala, die unter liechtensteinischem Vorsitz unerwartet einen historischen Kompromiss zum Verbrechen der Aggression schloss. Die Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) einigten sich auf eine Definition des Verbrechens der Aggression. Gleichzeitig wurde die aktive Strafverfolgung von Tätern grundsätzlich dem ICC anvertraut. Der historische Beschluss hat zur Folge, dass über 60 Jahre nach den Tribunalen von Nürnberg und Tokio die politisch Verantwortlichen für die schwersten Formen illegaler Gewaltanwendung zwischen Staaten nun mit strafrechtlicher Verfolgung auf internationaler Ebene rechnen müssen. Es wurde weithin anerkannt, dass der Kompromiss von Kampala ohne die liechtensteinische Verhandlungsleitung (seit 2003) nicht möglich gewesen wäre. Die letzte ICC-Vertragsstaatenversammlung im Dezember 2010 unter der Präsidentschaft von Botschafter Wenaweser beschloss u.a. das Budget des Gerichts für 2011 (reales Nullwachstum) sowie das Mandat für einen unabhängigen Aufsichtsmechanismus. Politisch stand die Kontroverse um den Haftbefehl gegen Sudans Präsidenten Al-Bashir weiter im Vordergrund, insbesondere dessen Reisen nach Tschad und Kenia.

Der Sicherheitsrat debattierte seine Rolle zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene. Die Bemühungen zur Stärkung des weiterhin kontroversen Konzepts der Schutzverantwortung (R2P) konzen-

trierten sich auf institutionelle Fragen. Keine Fortschritte gab es zum Entwurf einer umfassenden Terrorismuskonvention. Eine von Liechtenstein und Mexiko koordinierte Resolution des Sechsten Ausschusses beschloss für 2012 die Abhaltung einer hochrangigen Tagung zur Rechtsstaatlichkeit.

UNO-Reform

Herausragendes Ereignis war die Schaffung einer neuen Einheit zur Förderung der Geschlechtergleichheit mit dem schwer zu übersetzenden Namen «UN Women», welche bestehende, über das gesamte UN-System verbreitete Einheiten und Programme vereint. Die Schaffung von «UN Women» hat das Potential, die Rolle der UNO in diesem Bereich effizienter und publikumswirksamer zu gestalten, nicht zuletzt durch die Bestellung der ehemaligen chilenischen Präsidentin Bachelet als Leiterin. Die Verhandlungen zur Sicherheitsratsreform wurden teils intensiv, jedoch ohne jeglichen inhaltlichen Fortschritt geführt. Liechtenstein stellte seinen Kompromissvorschlag zur «intermediate solution» im Detail vor, doch fehlt weiterhin die notwendige politische Dynamik zur Erweiterung des Sicherheitsrats. Liechtenstein setzte ausserdem sein Engagement im Rahmen der S-5 (Costa Rica, Jordanien, Schweiz, Singapur, Liechtenstein) zur Reform der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates fort; Schwerpunkt war die Interaktion mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates selbst.

Generalversammlung

Gipfeltreffen zu Millenniums-Entwicklungszielen

Das Gipfeltreffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) vom 20. bis 22. September diente der Bestandsaufnahme des Fortschritts beim Erreichen der acht MDGs, die im Jahr 2000 als Teil der Millenniums-Erklärung verabschiedet worden waren. Über 140 Staats- und Regierungschefs nahmen teil, darunter auch Regierungschef Klaus Tschütscher. Der Regierungschef betonte in seiner Rede, dass sich Liechtensteins ODA/BNE für 2010 auf ungefähr 0.6% belaufe und dass Liechtenstein zu seinem Versprechen von 0.7% ODA/BNE trotz temporärer Budgeteinschränkungen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise stehe.

Generaldebatte

Die Generaldebatte der 65. Session der UNO-Generalversammlung fand vom 23. bis 29. September statt. GV-Präsident Joseph Deiss stellte die Generaldebatte und zugleich seine gesamte Präsidentschaft unter das Motto «Bekräftigung der zentralen Rolle der UNO in globaler Gouvernanz». Liechtenstein wurde durch Regierungsrätin Aurelia Frick vertreten, welche von einer Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Landtags, bestehend aus den Abgeordneten Marlies Amman-Marxer, Albert Frick und Harry Quaderer, begleitet wurde. Weitere zentrale Themen waren die Entwicklung, der Klimawandel, die Lage im Nahen Osten, die nukleare Abrüstung, die Reform des Sicherheitsrates, die Biodiversität und kleine Inselentwicklungsländer.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Die diesjährige Hauptsession des ECOSOC diente vor allem dazu, den MDG-Gipfel mit strategischen Inputs zu unterstützen. Geberländer wurden unter anderem dazu angehalten, Fünfjahrespläne für ihre offizielle Entwicklungsunterstützung zu erstellen. Liechtenstein engagierte sich besonders im humanitären Bereich mit Vorstössen zu alternativen Existenzgrundlagen und zum sicheren Zugang zu Brennstoffen und alternativen Energien in humanitären Notsituationen. Ein Vorstoss der Entwicklungsländer, das ECOSOC-Expertengremium zu Steuerkooperation in ein zwischenstaatliches Gremium umzuwandeln, konnte vorerst abgewendet werden. Durch die Abtretung des liechtensteinischen ECOSOC-Sitzes per Ende Jahr an die Schweiz (gemäss Rotationsschema) endete die dreijährige Mitgliedschaft Liechtensteins im ECOSOC. Liechtenstein wird erst wieder im Jahr 2023 im ECOSOC Einsitz nehmen.

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat befasste sich in der Hauptsache mit dem Kosovo, mit Afghanistan, Kirgistan, Iran, Nordkorea, der Demokratischen Republik Kongo, der Elfenbeinküste, Somalia, dem Sudan und dem Nahen Osten. Nachdem der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem Gutachten festgestellt hatte, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen völkerrechtliche Normen verstösst, stiegen die Spannungen zwischen der albanisch stämmigen Mehrheit und der serbisch stämmigen Minderheit im Kosovo. Der Kosovo wird gegenwärtig von 72 Ländern, darunter Liechtenstein, als unabhängiger Staat anerkannt.

Der Sicherheitsrat begrüsste den Dialog der afghanischen Regierung mit Aufständischen und verlängerte das Mandat für die Nato-Streitkräfte (ISAF). Derzeit befinden sich knapp 120.000 ISAF-Soldaten in Afghanistan. Der Rat verurteilte die ethnischen Unruhen im Süden von Kirgistan. Die Gewalt in dem zentralasiatischen Staat hat etwa 2000 Menschen das Leben gekostet. Mit Resolution 1929 verhängte der Sicherheitsrat neue Sanktionen gegen den Iran, welche weit hinter den Forderungen der USA zurückblieben, indem sie den Energiesektor auf Drängen Russlands und Chinas verschonen. Westliche Staaten warfen dem Iran indes illegalen Waffenschmuggel vor. Entsprechendes Kriegsmaterial war in mehreren Schiffscontainern gefunden worden. Der Sicherheitsrat verurteilte den Untergang des südkoreanischen Kriegsschiffes «Cheonan», ohne allerdings Nordkorea direkt die Schuld zuzuweisen. Er zeigte sich in der Folge uneinig über das Vorgehen zu den wachsenden Spannungen

zwischen Nord- und Südkorea, insbesondere nach dem Beschuss einer südkoreanischen Insel durch Nordkorea. Ein Expertenbericht konstatierte derweil, dass Nordkorea Raketengeschosse und Nukleartechnik nach Syrien, Iran und Myanmar transferierte. Der Bericht bestärkt US-Vermutungen, dass Nordkorea eine Quelle der nuklearen Proliferation geworden ist.

Der Sicherheitsrat verurteilte die neuerlichen Massenvergewaltigungen in der Demokratischen Republik Kongo und forderte die Regierung nachdrücklich zu raschen Massnahmen gegen die Urheber auf. Die bestehenden gezielten Sanktionen (Waffenembargo, Reiseverbot, Vermögenssperre) gegen Rebellenführer wurden verlängert. Angesichts des anhaltenden Machtkampfs um die Präsidentschaft in der Elfenbeinküste hat der Sicherheitsrat die dort stationierten Blauhelmtruppen aufgestockt. Trotz internationaler Marineaktionen nimmt die Piraterie vor der Küste Somalias gemäss einem Bericht des Gerneralsekretärs an Intensität zu. Der Sicherheitsrat ermächtigt betroffene Staaten und regionale Gruppen erneut, den Erfordernissen entsprechend auf See einzugreifen. In einer Debatte im Sicherheitsrat auf Ministerebene zur aktuellen Lage im Sudan bot US-Aussenministerin Clinton dem Sudan die Streichung von der Liste terrorismusunterstützender Staaten an, sollte sich Khartum im Falle einer Abspaltung des Südsudan an das Friedensabkommen von 2005 halten.

Der UNO-Gesandte im Libanon bezeichnete im Sicherheitsrat die momentane Lage als gefährlich und verwies auf das beträchtliche Waffenarsenal der Hisbollah, das eine Atmosphäre der Drohungen und Einschüchterungen im Libanon geschaffen habe und die Souveränität der Regierung gefährde. Fristgerecht reagierten sowohl Israel als auch die Palästinensische Autonomiebehörde auf den Aufruf der Generalversammlung, über ihre Anstrengungen zur Untersuchung der Vorwürfe des Goldstone-Berichts zu berichten. Eine prozedurale Folgeresolution zur Goldstone-Resolution erhielt breitere Unterstützung. Nach einer langwierigen Debatte konnte sich der Sicherheitsrat zu einer Verurteilung des israelischen Militäreinsatzes gegen den Schiffskonvoi vor der Küste von Gaza durchringen, nahm jedoch lediglich Kenntnis von der Erklärung des Generalsekretärs über die Notwendigkeit einer vollständigen Untersuchung der Angelegenheit.

Thematische Schwerpunkte

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ernannte die ehemalige EU-Kommissarin Margot Wallström zu seiner neuen Sondergesandten im Kampf gegen sexuelle Gewalt in Konflikten. An einem Ministertreffen anlässlich des zehnten Jahrestages der Verabschiedung von Resolution 1325 sprach sich Regierungsrätin Aurelia Frick für die vollständige Implementierung der Frauen-, Frieden- und Sicherheitsagenda des Sicherheitsrates aus. Sie stellte die von Liechtenstein initiierten Massnahmen vor, darunter die Finanzierung eines Handbuchs sowie monatlicher Handlungsempfehlungen an den Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat beauftragte das Sekretariat, die Umsetzung von Resolution 1325 mittels 26 Indikatoren zu überwachen. Mit Resolution 1960 im Dezember beauftragte der Sicherheitsrat das Sekretariat, in dessen regelmässigen Berichten jene Konfliktparteien aufzulisten, die sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten einsetzen. Ausserdem wurde ein Berichts- und Überwachungsmechanismus zu diesem Thema eingerichtet.

Liechtenstein beteiligte sich erneut aktiv bei den «Friends of Children in Armed Conflict» und zählt dort mit der Schweiz, Kanada und Norwegen zur Kerngruppe. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Auswirkungen des neu beschlossenen Berichterstattungsmechanismus des Sekretariats zum Thema sexuelle Gewalt auf den bereits existierenden Mechanismus im Bereich Kinder in bewaffneten Konflikten.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des im Jahr 2006 gegründeten Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus der Tätigkeit weiterhin bei den EFTA-Drittlandbeziehungen. Dabei geht es im Wesentlichen um den weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sowie um die Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen. Der Schwerpunkt der EFTA-Tätigkeit hat sich im Berichtsjahr weiter nach Asien verlagert. Die Berichtsperiode stand zudem auch im Zeichen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der EFTA (1960-2010).

Die Ständige Mission befasste sich im Rahmen der WTO weiterhin vor allem mit der laufenden Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde). Trotz Bemühungen auf allen Ebenen blieb in den Verhandlungen der Durchbruch mangels politischen Willens weiterhin aus.

In Bezug auf den Menschenrechtsrat konzentrierte sich das Engagement der Ständigen Mission insbesondere auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechts im Menschenrechtsbereich und die Überprüfung der bestehenden Standards durch die Sondermechanismen des Rates.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Der Schwerpunkt der EFTA-Tätigkeit in Genf liegt bei den Beziehungen zu Drittstaaten. Dabei geht es hauptsächlich darum, das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Abschluss weiterer Freihandelsabkommen auszubauen sowie die bereits be-

stehenden Freihandelsabkommen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich wiederum einige Erfolge erzielt werden. Am 1. Oktober trat das Freihandelsabkommen mit Serbien und am 1. November dasjenige mit Albanien in Kraft. Bei den bereits unterzeichneten (und von Liechtenstein bereits ratifizierten) Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Golfkooperationsstaaten (Golfkooperationsrat (Gulf Co-operation, Council, GCC) bestehend aus: Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi Arabein, Vereinigte Arabische Emirate) und Kolumbien stehen die Ratifikationen in den Partnerstaaten noch aus, so dass diese beiden Abkommen erst 2011 in Kraft treten können. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 24. Juni 2010 in Reykjavik/Island konnten die EFTA-MinisterInnen je ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der Ukraine und Peru (Gegenzeichnung in Peru am 14. Juli 2010) unterzeichnen. Liechtensteins Unternehmen werden dadurch weitere Märkte eröffnet, in welche sie künftig zu bevorzugten Bedingungen exportieren können. Sämtliche neuen Freihandelsabkommen wurden von Liechtenstein durch Regierungsrätin Aurelia Frick unterzeichnet. Neu umfasst das EFTA-Netzwerk somit 22 Freihandelsabkommen mit insgesamt 31 Ländern. Damit ist es das weltweit grösste Freihandelsnetz.

Am Herbstministertreffen vom 23. November in Genf konnten zudem die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Zollunion Russland, Weissrussland und Kasachstan offiziell lanciert werden. Diesbezüglich fanden im Berichtsjahr bereits diverse organisatorische Treffen sowie Treffen auf Experten- und Delegationsleiter-Ebene in Genf und Moskau statt. Gemäss Umfragen bei den liechtensteinischen Wirtschaftsvertretern kommt diesen Verhandlungen für die liechtensteinische Wirtschaft eine grosse Bedeutung zu.

Der Schwerpunkt der EFTA-Aktivitäten hat sich jedoch im Allgemeinen nach Asien verschoben. Im Berichtsjahr wurden die Verhandlungen mit Indien wieder intensiviert und mit Priorität vorangetrieben. Die fünfte Verhandlungsrunde fand im August in Delhi und die sechste im November in Genf statt. Im Januar wurden zudem die Verhandlungen mit Hongkong lanciert. Bis Ende Jahr fanden insgesamt vier Verhandlungsrunden und diverse Zwischenrunden statt. Die fünfte und hoffentlich letzte Verhandlungsrunde mit Hongkong soll Ende Februar 2011 stattfinden. Die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen («Comprehensive Economic Partnership Agreement») mit Indonesien wurden im Juli lanciert. Im Berichtsjahr fanden zwei organisatorische Treffen mit Indonesien statt. Die Verhandlungen werden im Februar 2011 aufgenommen. Mit Vietnam ist im Juni die Ausarbeitung einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie über den Abschluss eines Freihandelsabkommens vereinbart worden. Die neu geschaffene Gemeinsame Studiengruppe EFTA-Vietnam traf sich im Berichtsjahr zweimal. Der Abschluss der gemeinsamen Machbarkeitsstudie wird anlässlich des dritten Treffens im Januar 2011 erwartet. In diesem Zusammenhang kann auch die im Juli 2010 unterzeichnete Zusammenarbeitserklärung mit Malaysia erwähnt werden. Anlässlich des EFTA-Ministertreffens vom 23. November 2010 wurde beschlossen, mit den Philippinen die Möglichkeit engerer Handelsbeziehungen abzuklären. Die laufenden Verhandlungen mit Thailand sind aufgrund der politischen Lage in Thailand sistiert. Auch diejenigen mit Algerien konnten im Berichtsjahr nicht weitergeführt werden.

Im Weiteren haben die EFTA-MinisterInnen am Herbstministertreffen die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina und mit Montenegro beschlossen. Dies geschieht vor allem, um Ungleichbehandlungen für die EFTA-Wirtschaftsakteure gegenüber jenen aus der EU, wenn Letztere bereits von einem Freihandelsabkommen profitieren, zu verhindern. Auch die Möglichkeit engerer Handelsbeziehungen mit den zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, einschliesslich Panama), sollen abgeklärt werden. Mit Panama wurde im Berichtsjahr zudem eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet.

Ziel der Freihandelsabkommen ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können sowie die Diskriminierung im Marktzutritt gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten, z.B. aus den EU-Staaten oder den USA, zu vermeiden.

Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt. Im Berichtsjahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit folgenden Freihandelspartnern statt: Korea, Kanada, Mongolei, Palästinensische Autonomiebehörde (alle in Genf) sowie mit Singapur (in Singapur), Mexiko (in Mexiko-City) und Marokko (in Rabat). Mit Mexiko und Singapur fanden zudem auch Treffen der DienstleistungsexpertInnen statt zwecks Diskussion der Weiterentwicklung dieses Bereichs im bestehenden Freihandelsabkommen. Im Zusammenhang mit Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse in den Partnerstaaten wird jeweils versucht, Seminare zu Themen des Freihandels zu organisieren. Im Berichtsjahr geschah dies u.a. in Mexiko und Marokko. Diese Seminare werden im Rahmen der technischen Hilfe der EFTA-Staaten organisiert und durchgeführt.

Es fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Unter isländischem Vorsitz am 23. Juni 2010 in Reykjavik sowie unter Schweizer Vorsitz am 23. November 2010 in Genf. Im Rahmen dieser Anlässe fanden verschiedene Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der EFTA (1960-2010) statt. Unter anderem führten Island und die Schweiz je ein Seminar mit Paneldiskussion mit der Teilnahme von hochrangigen Persönlichkeiten durch. Im Nachgang zu den beiden EFTA-Ministertreffen in Reykjavik und Genf fanden jeweils auch Treffen der EFTA-MinisterInnen mit dem EFTA-Parlamentarier- und dem EFTA-Konsultativkomitee statt. An den Sitzungen der EFTA-Parlamentari-

erInnen im Jahr 2010 war Liechtenstein in verschiedener Zusammensetzung durch die Landtagsabgeordneten Harry Quaderer, Albert Frick und Helmuth Büchel (stv. Landtagsabgeordneter) vertreten. Josef Beck als Vertreter der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Sigi Langenbahn als Vertreter des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, bei welchem es sich um ein Forum der Sozialpartner handelt, teil.

Im Berichtsjahr konnte die Arbeitsgruppe «Handel und Umwelt sowie Arbeitsstandards» ihren Schlussbericht mit Empfehlungen an die EFTA-MinisterInnen übermitteln. Die Arbeitsgruppe, die sich um die Weiterentwicklung einer gemeinsamen EFTA-Verhandlungsplattform bemüht, traf sich im Berichtsjahr einmal.

Im Weiteren fanden die üblichen regelmässigen (monatlichen) Treffen auf der Ebene der BotschafterInnen und StellvertreterInnen (Deputies) in Genf statt. Die zuständigen MitarbeiterInnen der Ständigen Mission nahmen jeweils auch an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees und des EFTA-Budgetkomitees teil. Allgemein fanden im Berichtsjahr zahlreiche Expertentreffen statt (v.a. im Zusammenhang mit laufenden Verhandlungsrunden). Die EFTA-interne Koordinierung der Positionen für Verhandlungen mit Drittländern, vor allem in Bereichen wie Investitionen und Geistiges Eigentum, aber auch Steueraspekte bei Freihandelsabkommen, erwiesen sich wiederum als sehr zeitintensiv.

Welthandelsorganisation (WTO)

Neben der Wahrnehmung der institutionalisierten Sitzungen, wie der WTO-Rat, standen nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde im Mittelpunkt der Tätigkeit der Ständigen Mission. Die Verhandlungen, welche 2001 in Doha lanciert wurden, haben sich vor allem aufgrund der Nord-Süd-Konfrontation in den Agrar- und Güterverhandlungen erfolglos über Jahre hingezogen. Im Berichtsjahr wurde auf technischer Ebene und auf Ebene Verhandlungsleiter zwar weiter verhandelt, aufgrund des fehlenden politischen Willens jedoch kein Verhandlungsdurchbruch erzielt. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Zentrale Inhalte der laufenden Welthandelsrunde sind die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Bei den Agrarverhandlungen gehört Liechtenstein – u.a. zusammen mit den anderen drei EFTA-Staaten - der Gruppe der 10 (G10-Staaten), bestehend aus: Japan, Südkorea, Taiwan, Norwegen, Island, Liechtenstein, Schweiz, Mauritius, Israel (Bulgarien ist per 1.1.2007 der EU beigetreten) an, welche sich vor allem für die Multifunktionalität der Landwirtschaft einsetzt.

Gegen Ende des Berichtsjahres haben die Verhandlungen aufgrund der ausdrücklichen Unterstützung der G20 eine neue Dynamik erfahren. Diese zentralen politischen Entscheidungsträger und der WTO-Generaldirektor sehen eine reelle Möglichkeit für den Abschluss. Ziemlich einhellig wird 2011 aber als Jahr der letzten Chance bezeichnet. Die Verhandlungen sollen demnach 2011 abgeschlossen und das Abkommen im Dezember 2011 unterzeichnet werden. Entsprechend hoch und ambitiös ist der angesetzte Verhandlungsrhythmus. Obwohl für einen erfolgreichen Abschluss die wesentlichen Handelsnationen ihre Konzessionen nochmals nachbessern müssen, ist der Abschluss der Doha-Runde letztlich im Interesse aller WTO-Mitgliedstaaten. Es würden die Rechtssicherheit, die Glaubwürdigkeit des multilateralen Handelssystems und ein Welthandel gefördert, der auch den ärmsten Ländern zugute käme. Liechtenstein versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Abschluss beizutragen.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Der Menschenrechtsbereich und insbesondere die Arbeiten des UNO-Menschenrechtsrates standen im Zentrum der Aktivitäten der Ständigen Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf. Der Menschenrechtsrat trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen, zwei Sondersessionen (über die Lage in Haïti bzw. der Elfenbeinküste) und zu drei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» zusammen. Von den Arbeitsgruppen des Rates waren jene über dessen Reform sowie jene über die Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention der UNO von besonderem Interesse. Die Mission beteiligte sich an diesen Arbeiten und brachte diverse liechtensteinische Positionen ein. Neben der Aushandlung neuer internationaler Standards bildete die Stärkung der Sondermechanismen des Rates zur Überwachung der Standards einen Schwerpunkt des liechtensteinischen Engagements. Dazu gehörte die Schaffung des Mandats für einen Sonderberichterstatter über die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und für eine Gruppe von Sachverständigen betreffend die Diskriminierung von Frauen in Gesetz und Rechtspraxis. An den entsprechenden Verhandlungen war Liechtenstein aktiv beteiligt. Zur Vorbereitung der formellen Sitzungen des Rates nahm die Mission an den regelmässig stattfindenden Treffen der WEOG-Gruppe (WEOG besteht aus den westeuropäischen EU-Mitgliedern, den JUSCANZ-Staaten (mit Ausnahme Südkoreas) und der Türkei) und der JUSCANZ-Staaten (JUSCANZ-Staaten sind Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Island, Schweiz, Liechtenstein, Südkorea, Andorra, San Marino und Israel) teil.

2010 hatte Liechtenstein über die Umsetzung seiner Verpflichtungen unter dem Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention betreffend Kinder und bewaffnete Kon-

flikte sowie unter der UNO-Konvention gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vor den entsprechenden Expertengremien der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten. Die Ständige Mission vertrat Liechtenstein bei der Präsentation des Berichts zum ersten Thema und nahm an der Präsentation zum zweiten Thema aktiv teil.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr ausserdem am dritten Treffen der Vertragsstaaten des Zusatzprotokolls zur erwähnten Anti-Folter-Konvention und nahm aus humanitärer Perspektive an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich teil. Dazu zählten die Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW), die 12. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll II (Landminenprotokoll) sowie die 4. Vertragsstaatenkonferenz zum Protokoll V (Kriegsmunitionsrückstände).

Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen im Zusammenhang mit der UNO.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen abgelaufen. Zu den regelmässigen Pflichtterminen gehörten die jährlichen Sitzungen der Suchtstoffkommission und der Verbrechensverhütungskommission der UNO sowie die Generalkonferenz der IAEA. Zudem nahm die Ständige Vertretung jeweils an den Informationssitzungen bezüglich UNO-Angelegenheiten der EU-Präsidentschaft für EWR und andere Assoziierungs- und Partnerstaaten teil.

Am 9. Juli wurde Yuri Fedotov (Russland) von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zum neuen Generaldirektor des UNO Büros in Wien (UNOV) ernannt. Damit tritt er die Nachfolge von Antonio Maria Costa als Exekutivdirektor des UNODC an.

Konferenzen

Suchtstoffkommission

Vom 8.-12. März fand das 53. Treffen der Suchtstoffkommission statt, welches die Implementierung des Drogenabkommens, die Reduktion der Drogennachfrage sowie den illegalen Drogenhandel zum Thema hatte. Die Vertretung Liechtensteins wurde vom Amt für Soziale Dienste wahrgenommen.

Kongress zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Im Bereich der Verbrechensverhütung fand vom 12. –19. April der 12. Kongress zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege in Salvador, Brasilien, sowie vom 17. – 21. Mai das Treffen der Kommission zur Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege in Wien statt. Bei beiden Treffen wurde Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Internationale Atomenergiebehörde

Vom 20.-24. September fand in Wien die 54. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) statt. Neben der alljährlichen Bewilligung des Jahresberichts sowie des Budgets der Organisation standen wie schon im Vorjahr die politische Resolution zu den israelischen nuklearen Fähigkeiten und der damit zusammenhängende Konflikt zwischen den westlichen und den arabischen Staaten im Mittelpunkt. Im Rahmen der Generalkonferenz wurde Liechtenstein gemäss Rotationsschema innerhalb der westeuropäischen Gruppe zusammen mit Luxemburg und Frankreich (Vize-Vorsitz) als Mitglied des Präsidialausschusses gewählt. I.D. Botschafterin Kothbauer nahm an den zwei Treffen des Ausschusses, zu dessen Aufgabe die Genehmigung der Tagesordnung sowie die Überprüfung der Vollmachten der Delegationen zählen, teil. Die Abdeckung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten.

Übereinkommen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Vom 18. - 22. Oktober fand in Wien die 5. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Palermo-Konvention) statt. Die Konferenz hat gezeigt, dass zehn Jahre nach der Verabschiedung der Palermo-Konvention und der drei Zusatzprotokolle, die Schwierigkeiten und Mängel bei der Umsetzung nach wie vor ein Hauptthema sind. Liechtenstein war durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

Internationale Anti-Korruptionsakademie

Anlässlich der Aufnahme des Lehrbetriebs der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) im Herbst 2010 fand am 2. und 3. September eine Gründerkonferenz in Wien statt. Die in Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und dem UNODC und mit der Unterstützung des Europäischen Anti-Betrugsbüros gegründete Anti-Korruptionsakademie basiert ihre Lehre grossteils

auf den im UNO-Antikorruptionsabkommen (UNCAC) verankerten Grundsätzen und hat ihren Sitz in Laxenburg bei Wien. Liechtenstein hat das internationale Abkommen über die Gründung der Akademie während dieser Konferenz mit 34 anderen Staaten als Gründungsmitglied unterzeichnet.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

2010 war die Arbeit der bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien von Vorbereitungen des hochrangigen Gipfeltreffens im Dezember in Astana, Kasachstan, geprägt. Ansonsten nahm die Ständige Vertretung wie in den Vorjahren aktiv an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Die Zusammenarbeit Liechtensteins war schwerpunktmässig auf institutionelle Fragen, Fragen der europäischen Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet. In diesen Themenbereichen engagierte sich Liechtenstein auch finanziell mit freiwilligen Beiträgen an zahlreichen Aktivitäten der OSZE. Die Zusammenarbeit in der OSZE gab der Ständigen Vertretung Gelegenheit, die Beziehungen zu den anderen 55 Teilnehmerstaaten bei der OSZE weiterzuentwickeln. Besonders eng war die Zusammenarbeit in der so genannten Gruppe der Like Minded Countries (Island, Kanada, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) und im Rahmen des regelmässigen Gedankenaustausches mit Vertretern der EU, der Russischen Föderation und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem OSZE-Vorsitz, Kasachstan.

OSZE-GIPFELTREFFEN IN ASTANA

Elf Jahre nach dem letzen derartigen Treffen fand am 1. und 2. Dezember in Astana das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der 56 OSZE-Staaten statt. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten in der Gedenkerklärung von Astana die bereits bestehenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Insbesondere die starke Sprache in Bezug auf Verpflichtungen der Menschlichen Dimension ist als positiv zu werten. Liechtenstein war durch Regierungschef Klaus Tschütscher auf höchster Ebene vertreten, welcher das Gipfeltreffen auch für einen Austausch mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen nutzen konnte.

OSZE Überprüfungskonferenz 2010 in Warschau, Wien und Astana

Im Vorfeld des OSZE-Gipfeltreffens wurde eine Konferenz zur Überprüfung der Tätigkeiten der OSZE in allen drei Dimension abgehalten. Die Überprüfungskonferenz gliederte sich in drei Teile: Vom 30. September bis 8. Oktober fanden in Warschau Sitzungen zur Menschlichen Dimension statt. Vom 18.-26. Oktober wurden in Wien die politisch-militärische und die wirtschaftlich-ökologische Dimension sowie die bestehenden OSZE-Strukturen behandelt. Beim dritten Teil der Konferenz vom 26.-28. November in Astana, der unmittelbar vor dem OSZE-Gipfeltreffen stattfand, wurde die Überprüfung der Menschlichen Dimension fortgesetzt. Liechtenstein war bei allen drei Teilen der Überprüfungskonferenz vertreten.

Finanzielle Beitragsleistungen für den OSZE-Raum

Der Umfang der freiwilligen Beiträge Liechtensteins bewegt sich im Rahmen des Vorjahres. Es wurden CHF 120'000 für OSZE-Projekte generell und CHF 120'000 für Projekte des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) aufgewendet. Es wurde erneut darauf Wert gelegt, dass die Unterstützung von Projekten der OSZE in allen drei Dimensionen (politisch/militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension, menschliche Dimension) erfolgte.

STIFTUNG

Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED)

Präsident: Josef Biedermann, lic.oec. Karlheinz Ospelt, ab 1.7.2010
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner, Ing. FH Peter Ritter, ab 1.11.2010

Im Jahr 2010 konnte der LED 67 Projektanträge in Lateinamerika, Afrika, Osteuropa und Asien genehmigen. Vier Projektevaluationen wurden durchgeführt, die den positiven Verlauf der Projekte belegen. Die Anzahl Kleinprojekte belief sich auf 23. Insgesamt leisteten 13 Fachleute 118 Einsatzmonate in den Projekten.

Der Stiftungsrat hat sich an der Klausursitzung vom 24. September mit den Konsequenzen der Sparvorgaben der liechtensteinischen Regierung auseinander gesetzt und ein Massnahmenpaket beschlossen, das die vorgesehenen Reduktionen auszugleichen und die negativen Auswirkungen für die Projektarbeit und die Mitarbeiter abzuschwächen versucht.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat

Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Amtsdauer	Funktion & Bestellungsorgan
lic. oec. Karlheinz Ospelt, Vaduz,	Präsident ab 1. Juli 2010 Juli 2009	Regierung Vizepräsident / Stiftungsrat seit
Dipl.phil.nat. Josef Biedermann, Planken,	Vizepräsident ab 1. Juli 2010 Oktober 2007	Regierung Präsident / Stiftungsrat seit
Dipl.phil.nat. Andreas Gstöhl, Triesen	Stiftungsrat seit Juni 2005	Regierung
Dr. med. Manfred Oehry, Ruggell	Stiftungsrat seit Juni 2005	Regierung
Luzia Walch, Planken	Stiftungsrätin seit Juli 2009	Regierung
Mag. pharm. Brigitte Batliner, Eschen	Stiftungsrätin seit April 1996	Verein Welt und Heimat
Helen Konzett-Bargetze, Triesen	Stiftungsrätin seit Februar 2008	Verein Welt und Heimat
Dr. jur. Marianne Marxer, Vaduz	Stiftungsrätin seit Mai 1987	Liechtensteinisches Rotes Kreuz
Ernst Vedana, Schaan	Stiftungsrat seit Juni 2005	Liecht. Industrie und Handelskammer

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen und einer Klausurtagung, deren Beschlüsse protokolliert sind. Eine Kommission des Stiftungsrates zur Prüfung von Bewerbern traf zu drei Sitzungen zusammen. Das Leitungsteam, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vize-Präsidenten, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, traf sich für elf Sitzungen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeiter/-innen besetzt:

- Dr. phil. Rudolf Batliner, Geschäftsführer (bis 31. Oktober 2010 mit 70%)
- Ing. FH Peter Ritter, Geschäftsführer (ab 1. Oktober 2010 mit 100%)
- Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
- Dipl. geogr. Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit
- Lic. phil. Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien, MicroFinance Initiative Liechtenstein und EDV
- Lic. phil. Stefan Biedermann, Sachbearbeiter Lateinamerika, Redaktion Blickwechsel und Bildungsarbeit mit den Schulen

Zur Struktur des LED gehören auch die drei Aussenstellen in Harare, Cochabamba und Chisinau.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/-innen im Ausland beliefen sich auf CHF 777'404.95. Folgende 13 Fachleute waren insgesamt 118 Monate im Einsatz:

Markus Sprenger, Architekt, 1.10.2008 – 31.1.2010 Costa Rica, ICER, Planung und Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes

- Heinz Meyerhans, Gymnasiallehrer, 1.8.2009 – 30.3.2010, Tansania, Mathematiklehrer am Lehrerseminar MWUCE.
- Mara Hasler, Primarlehrerin, 1.8.2009 – 31.7.2010, Panama, Pädagogische Beraterin an der Radioschule von Panama.
- Peter Ritter, Maschinenbauingenieur, 1.5.2006 – 30.9.2010, Tansania, Wasser für die 3. Welt, Berater für die Förderung von angepassten Bewässerungstechnologien.
- Nicole Bolomey, Landschaftsarchitektin, 1.3.2006 – 31.10.2010, Indien, Regionalbüro UNESCO, Beratung beim Schutz von historisch wertvollen Naturdenkmälern.
- Sarafina Ritter, Kaufm. Angestellte, 1.10.2006 – 30.4.2011, Tansania, WEETU, Beraterin für Organisation und Administration.

Phuong Pham Chi, Projektleiterin, 1.9.2007 – 30.6.2011, Berufsbildungsprojekt Moldau und Repräsentantin des LED.

- Edith Müller, Lehrerbildnerin, 1.10.2008 – 31.10.2011, Tansania, Lehrerin für ICT und e-learning am Lehrerseminar MWUCE.
- Dr. Karl Fleischmann, Gymnasiallehrer, 1.10.2008 – 31.10.2011, Tansania, Biologielehrer und Kontaktperson für die Schulpartnerschaft LG Vaduz, PH Graubünden und MWUCE.
- Jasmine Spalt, Primarlehrerin, 1.9.2010 – 31.8.2012, Thailand, tätig als Lehrerin und bei der Erstellung der Lehrpläne bei Youth Connect.
- Johanna Sele, Kindergärtnerin, 1.11.2009 – 31.10.2012, Tansania, Stellvertretende Leiterin eines Jugend- und Frauenzentrums in Mwanza.
- Veronica de Assas, Journalistin, 1.1.2010 – 31.12.2012, Costa Rica, Beraterin der Kultursender des ICER.
- Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 – 31.12.2012, Bolivien, TUSOCO, Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen im Auftrag eines Bolivianischen Netzwerkes für Regionaltourismus.

Im Jahr 2010 absolvierten 11 Personen ein Praktikum und leisteten 36 Monate Einsatz: Alexandra Konrad, Nadja Kindle, Laura Ospelt, Veronica Nigsch und Beat Ospelt in Bolivien, Patrizia Büchel in Peru, Florian Frommelt und Veronica Eller in Nepal, Lukas Willburger in Tansania, Jasmine Spalt in Thailand und Nora Ambühl in Zimbabwe.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2010 wirkten folgende vier liechtensteinische Ordensleute in Südamerika und Afrika:

- Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
- Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
- Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
- P. Josef Oehri in Lubango, Angola (kehrte im Sommer 2010 nach Liechtenstein zurück)

Öffentlichkeitsarbeit

Rund 800 Besucher nahmen an dem Konzert des algerischen Künstlers «Khaled» im Rathaussaal, Schaan teil. Die «Fiesta Latina» fand neu auch am Sonntag statt. Die Konzerte und Verkaufsstände zogen wiederum etwa 1000 Besucher an. Rund 100 Besucher der Eröffnungsveranstaltung erfreuten sich an der Ausstellung der afrikanischen Shona-Skulpturen im Seminarzentrum Stein-Egerta. In den drei Folgewochen wurde die Ausstellung sehr gut besucht. Am «Fairen Brunch» waren etwa 120 Besucher anwesend.

Der Blickwechsel erschien zweimal mit einer Auflage von je 1000 Exemplaren. Die Themen der beiden Hefte waren: «Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit» und «Mikrofinanz». Der LED gab erneut den Kalender «Solidarisches Liechtenstein» in einer Auflage von 500 Exemplaren heraus.

Es wurden 126 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. verdoppelt. Der an Projekte überwiesene Betrag belief sich auf CHF 1'475'834.80. Der LED steuerte dazu CHF 640'333.55 bei.

Projekte und Finanzen

Der LED verfügte im Jahr 2010 über ein ordentliches Budget von CHF 18'200'000 seitens des Landes Liechtenstein. Die Stiftung Medicor Liechtenstein und weitere, externe Geldgeber stellten für Grossprojekte CHF 1'254'732.00 bereit.

PROJEKTLISTE 2010

2010-1	Diverse Beiträge (insgesamt 23 Kleinprojekte CHF bis 25'000)	356'111.40
2010-2	Verdoppelungen (Eingang 835'501.25 aus 126 Aktionen)	640'333.55

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag
101	2011/13	Bolivien	OCCA, Berufl. Aus-/Weiterbildung im Barrio Plan 3000	132'000.00
102	2010/12	Bolivien	Centro Juana Azurduy, Berufsbildungszentrum CETA	173'225.00
103	2009/14	Bolivien	Proceso, zweite Bildungschance für Chiquitanos	98'356.00
105	2009/11	Bolivien	Interteam, Entsendung von Fachleuten im Bildungsbereich	140'000.00
106	2007/10	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	92'000.00
108	2009/12	Bolivien	CEFOI, Unterstützung Bildung u. Sozialwesen in Challapa	54'600.00
109	2009/11	Bolivien	CIDEM, Gewalt-Präventionsprogramm	124'050.00
111	2010	Bolivien	Proceso, Umweltbildung	33'172.00
114	2009/11	Bolivien	IPTK, Ausbildungen für hauswirtschaftliche Angestellte	26'214.00
115	2009/11	Bolivien	Proceso, Interkulturelle Bildung	91'826.00
116	2010/12	Bolivien	OJM, Schule und Demokratisierung	81'704.00
117	2009/12	Bolivien	Artescuela/Educar es fiesta, Kunst und Schule	87'754.00
118	2009/12	Bolivien	PROCASHA, Frauenkooperativen in der Bauwirtschaft	73'715.00
121	2010/12	Peru	Tarea, Institutionelle Unterstützung	200'000.00
122	2010/12	Peru	EDUCA, Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen, (inkl. Evaluation)	226'090.60
123	2010/12	Peru	EDUVIDA, Bildung für ein gesundes Leben	216'870.00
124	2007/09	Peru	ACU, Moro 2009 – regionales Entwicklungsprogramm, Verlängerung	81'789.70
124	2010/12	Peru	ACU, Moro 2015 – regionales Entwicklungsprogramm	312'000.00
126	2006/10	Peru	Swisscontact, Stärkung von Microfinance-Instituten im Hochland von Peru	280'937.00
129	2008/10	Peru	Formabiap, Ausbildung zweisprachiger interkultureller Lehrpersonen	120'490.00
132	2009/11	Peru	Chaski, Netz von Kleinkinos zur Kulturförderung	92'500.00
133	2997/10	Peru	CREA, ICT und Lernnetzwerke in der Lehrerweiterbildung	164'526.00
134	2009/11	Peru	Asociacion Allin Kawsay, Friedenserziehung	105'179.00
136	2010/11	Peru	ARPI, Ausbildung interkultureller Lehrpersonen in Satipo	54'822.00
137	2010	Peru	EDUVIDA – Institutionelle Konsolidierung durch Kauf von Projektinfrastr.	265'000.00
161	2009	Costa Rica	ICER, Infrastrukturelle Stärkung der Druckerei	87'600.00
163	2008/10	Costa Rica	ICER, Institutionelle Unterstützung (inkl. Hörerbefragung)	278'210.00
165	2008/10	Panama	IPER, Radioschule «Der Hauslehrer»	92'000.00
201	2011/13	Mosambik	Solidarmed, Mütter- und Neugeborenengesundheit inkl. Hebammenausbildung	551'000.00
202	2010/11	Mosambik	Inter Aide, Gesundheitsprogramm Nampula	240'000.00
206	2009/12	Mosambik	HWA, ComuSanas, Konsolidierung in Buzi, Chibabava und Machanga	693'818.30

207	2009/12	Mosambik	HWA, ComuSanas, Erweiterung nach Gorongosa und Nhamatanda	365'600.00
211	2011/13	Mosambik	Solidarmed, Smart III HIV/Aids-Programm in Chiure	400'000.00
212	2008/11	Mosambik	Solidarmed, Smart I HIV/Aids-Programm in Ancuabe	400'000.00
223	2009/11	Zimbabwe	Lupane Women's Centre	85'410.00
224	2010/12	Zimbabwe	MDTC, Ländliches Entwicklungs- und Ausbildungszentrum (inkl. Projektfahrzeug)	234'611.00
225	2010/12	Zimbabwe	SAFIRE, Sanierung des Manjinji Bewässerungsystems	115'000.00
242	2010/12	Zambia	KARA Choma, Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	241'686.00
246	2009/13	Zambia	Solidarmed,Medical Licentiate Ausbildung des Chainama College	494'760.00
275	2008/11	Ostafrika	Biovision, Radioprogramm & Magazin «The Organic Farmer»	119'803.00
276	2009/12	Ostafrika	Biovision-Infonet, Aufbau einer Informationsplatform für Kleinbauern	259'500.00
278	2009/13	Bol./Kenia/Ind.	FiBL, Landbau Langzeitvergleich in den Tropen (Bolivien, Kenia, Indien)	439'000.00
301	2009/12	Burkina Faso	Swisscontact, Förderung der Berufsbildung	541'500.00
303	2009/11	Burkina Faso	Terre des Hommes, Kampf gegen Ausbeutung	296'400.00
305	2008/10	Burkina Faso	SAH, Bildungsprogramm und ländliche Entwicklung	700'000.00
321	2010/12	Mali	Helvetas, Biolog. Landwirtschaft, Wasserbewirtschaftung und Siedlungshygiene	700'000.00
322	2008/10	Mali	DED, Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	208'598.00
323	2009/11	Mali	VSF, Förderung der Milchvermarktung	63'223.00
326	2010/13	Mali	IC, Landwirtschaftliche Diversifizierung	400'000.00
332	2009/12	Niger	Swisscontact, Bessere Chancen für arbeitslose junge Frauen und Männer	399'000.00
333	2008/10	Niger	DED, Kleinprojektefonds zur Armutsbekämpfung	100'000.00
341	2010/12	Senegal	Horizont3000, Ländliche Entwicklung für eine nachhaltige Ernährungssicherung	623'270.90
351	2010/11	Afrika	Pamiga, Stärkung von Mikrofinanz-Initiativen	80'000.00
405	2007/10	Moldau	LED, Consept Stärkung der Berufsbildung	915'468.00
407	2011/13	Moldau	Winrock, Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt/Gründung von Kleinunternehmen	259'144.00
410	2009/12	Moldau	Step by Step - Ein guter Start ins Leben im ländlichen Raum	160'128.00
411	2009/12	Moldau	Kinderdorfs Pestalozzi, Länderprogramm: Integration durch Bildung	150'000.00
451	2010/11	Kirgistan	Helvetas, T-Star, Berufsbildung in der Tourismusbranche	200'000.00
452	2008/10	Kirgistan	FEIS, Bessere Bildung für die usbekische Minderheit	133'168.00
453	2011/14	Kirgistan	SRK, Community Health Support Programme	700'000.00
492	2008/11	Afghanistan	AWC, Unterstützungsprogramm für Frauen in der Provinz Parwan	136'631.00
494	2009/10	Afghanistan	Terre des Hommes, Für eine sichere Mutterschaft in Kabul und Kandahar	309'831.00
495	2010/12	Afghanistan	Helvetas-IC, Verbesserung der Nahrungssicherheit	701'448.00
496	2010/11	Afghanistan	AWLI Afghan Women's Leadership Institute	68'712.00
497	2010/11	global	Cerise, Social Performance in Microfinance	160'000.00
498	2008/12	global	ADA, Rating Initiative	300'000.00
				16'733'340.50

Im Berichtsjahr wurden vier Projekte im Auftrag des LED extern evaluiert.

Im Berichtsjahr wurden neun Projektreisen durchgeführt. An sechs Reisen nahm jeweils ein Mitglied des Stiftungsrates teil. Alle Projektreisen verliefen positiv und trugen dazu bei, die Beziehungen des LED zu den Partnerorganisationen zu vertiefen.

Bilanz per 31. Dezember	**2010**	**2009**
AKTIVEN	CHF	CHF
Umlaufvermögen		
Flüssige Mittel	**4'666'176.90**	4'228'847.70
Sonstige Aktiven		
Debitoren	**6'162.05**	0.00
Anlagevermögen		
Mobilien	**14'667.85**	5'071.00
Total Aktiven	**4'687'006.80**	**4'233'918.70**
PASSIVEN		
Fremdkapital		
Kreditoren		
«Projektfinanzierungen»	**4'307'352.49**	3'803'372.05
Kreditoren		
«Projekte in Abklärung»	**52'600.00**	181'588.15
Sonstige Kreditoren	**175'259.60**	119'630.75
Stiftungsvermögen		
Stiftungsvermögen Land	**49'000.00**	49'000.00
Stiftungsvermögen Verein	**1'000.00**	1'000.00
	50'000.00	50'000.00
Gewinnvortrag		
Saldovortrag per 01.01.	**79'327.75**	99'857.82
Aufwandüberschuss		20'530.07
Ertragsüberschuss	**22'466.96**	
Gewinnvortrag per 31.12.	**101'794.71**	79'327.75
Total Passiven	**4'687'006.80**	**4'233'918.70**

Erfolgsrechnung per 31. Dezember	**2010**	**2009**
AUFWAND	**CHF**	**CHF**
Projekte		
Projektfinanzierungen		
Grossprojekte	**16'733'340.50**	15'770'076.15
Diverse Projektbeiträge	**356'111.40**	565'012.95
Weitergeleitete		
private Beiträge	**107'403.95**	506'473.65
Spendenverdoppelungen	**640'333.55**	562'076.90
Weitergeleitete Beiträge		
Verdoppelungen	**835'501.25**	809'491.60
Projektabklärungen	**49'183.50**	63'214.85
Entwicklungsmitarbeitende	**777'404.95**	945'634.35
Total Projekte	**19'499'279.10**	19'221'980.45
Öffentlichkeitsarbeit	**113'487.50**	133'935.80
Verwaltung	**935'437.59**	917'552.47
Total Aufwand	**20'548'204.19**	20'273'468.72
Ertragsüberschuss	**22'466.96**	0.00
TOTAL	**20'570'671.15**	**20'273'468.72**
ERTRAG		
Landesbeitrag Entwicklungs-		
zusammenarbeit	**18'200'000.00**	17'900'000.00
Private		Beiträge
Grossprojekte	**1'254'732.00**	1'030'247.50
Private Beiträge	**108'413.95**	507'773.65
Private		Beiträge
Verdoppelungen	**835'501.25**	809'491.60
Rückzahlungen	**6'227.00**	0.00
Abgerechnete Projekte	**159'493.45**	0.00
Bankzinsen	**6'303.50**	5'425.90
Total Ertrag	**20'570'671.15**	**20'252'938.65**
Aufwandüberschuss	**0.00**	20'530.07
TOTAL	**20'570'671.15**	**20'273'468.72**